

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 9919.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die halbspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Amt 1, Nr. 1008. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 27. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Der Zar im Sterben.

Der Zar liegt auf dem Sterbebette. Was ihn in der Blüthe seiner Jahre dahingebrochen, ja an was für einer Krankheit er eigentlich leidet, das weiß man noch heute nicht. Die Angaben der Ärzte widersprechen sich. Nur daß man es mit einem Nierenleiden irgend welcher Art zu thun hat, ließ sich konstatieren aus der Art der Krankheits-Symptome. Daß vielerseits aus diesen Widersprüchen und den Verschleierungsbemühungen der russischen Regierung auf eine Vergiftung des Zaren geschlossen werde, ist angesichts der Familiengeschichte des Hauses Romanow nicht verwunderlich. Nur die wenigsten der Vorfahren des Zaren Alexander III. sind eines natürlichen Todes gestorben. Hat doch ein Historiograph die russischen Staatseinrichtungen mit den Worten charakterisiert: „In Rußland herrscht der Despotismus, gemildert durch den Mordmord.“

Aber wenn auch Vergiftung möglich, kann diese Annahme zur Erklärung des Zarenlebens doch beiseite gelassen werden. Was man von seinen bisherigen Lebensschicksalen und Lebensgewohnheiten kennt, erklärt vollaus, wie er ursprünglich von robustester Gesundheit, kaum 49 Jahre alt auf das Siechenbett geworfen werden konnte, um nicht mehr aufzustehen.

Zar Alexander war als zweiter Sohn seines Vaters nicht für den Thron bestimmt und erzogen. In Rußland folgt man dem orientalischen Brauche, die Brüder des Thronfolgers möglichst unschädlich zu machen, um Thronstreitigkeiten zu vermeiden. Sie können nicht wie in der Türkei in den Harem gesperrt werden, aber man giebt ihnen eine Erziehung, die nicht auf Bildung des Geistes, sondern nur auf einen oberflächlichen Drill gerichtet ist, wie er vielleicht für einen Feldwebel genügen würde. Als Alexander durch den frühzeitigen Tod seines älteren Bruders zum Thronerben aufrückte, war es zu spät, ihm noch einen höheren Bildungsschliff zu geben, um so mehr, da seine geistigen Anlagen so beschränkter Natur waren, daß sie seinen Erziehern nicht viel Anhalt zur Herausarbeitung wirklicher Bildung boten. So ist der Zarensohn niemals über den Feldwebel hinausgekommen. Es war das aber eine Feldwebelnatur, der die kriegerische Neigung fehlte. Als der russisch-türkische Krieg ausbrach, erhielt der Großfürst als geborener General den Oberbefehl eines Armeekorps, erntete indeß wegen seines gänzlichen Mangels aller Feldherrntalente noch weniger Lorbeeren als die anderen russischen Heerführer. Ehre macht es ihm

indef, daß er durch die Gruel des Krieges tief erschüttert wurde und deshalb niemals später Neigung gezeigt hat, einen frischen, fröhlichen Krieg vom Zaune zu brechen.

Dieses Lob ist aber auch das einzige, das das russische Volk ihm wegen seiner Regierungstätigkeit spenden kann; denn soweit er von Einfluß auf die Geschicke des russischen Reiches war, hat er nur Unheil angerichtet, nicht aus Bösartigkeit selbstverständlich, sondern aus hochgradiger Unfähigkeit und Charakterschwäche.

Als nach der Ermordung Alexanders II. am 13. März 1881 Alexander III. den Thron bestiegen hatte, fand er den von seinem Vater bereits genehmigten Entwurf einer Verfassung für das russische Reich vor. Die Verfassung beschnitt, wie sich das denken läßt, dem Absolutismus, oder vielmehr der Bureaukratherrschschaft, worauf jeder Absolutismus praktisch hinauskommt, die Flügel kaum merklich. Trotzdem nun der Zar als Thronfolger im Glanze des üblichen Thronfolger-Liberalismus sich gefonnt hatte, gelang es seinem ehemaligen Erziehern, dem fanatisch-rechtgläubigen Pobedonoszew, durch Ausnutzung des Attentats auf seinen Vater, ihn derart mit dem Umsturzpopanz einzuschüchtern, daß er die Verfassung verwarf und im Absolutismus, in der strengsten Unduldsamkeit gegen Andersgläubige, im Ultrarussenthum, in der Unterdrückung jeder nicht-russischen Nationalität, wie jeder freien Bewegung im Volke das Heil erblickte. Seitdem war Pobedonoszew der Regent Rußlands. Alexander III. war nur sein Repräsentant für ornamentale Zwecke.

Gleich anderen Hausmeiern hat Pobedonoszew es vorzuziehlich verstanden, seinen Jögling durch beständige Schreckmittel gefügig zu erhalten. Sobald die Gefahr nahe trat, daß sonstige Personen Einfluß auf den Zaren gewinnen könnten, ließ Pobedonoszew das nihilistische Gespinnst spielen. Dazu kam, daß durch wirkliche Attentate des Zaren Leben wiederholt gefährdet wurde. Die brutale Unterdrückungspolitik der Zarenbiener entseffelte ein Verfülle von Haß im Volke, der sich wiederholt in Verzweiflungsausbrüchen Luft machte. Am bedauerlichsten ist hiervon die Katastrophe von Vorki, wo der Eisenbahnzug, der die kaiserliche Familie führt, durch eine Explosion zertrümmert wurde. Der Zar troch nach der Explosion unverletzt aus allen Bieren aus den Trümmern heraus. Es heißt aber jetzt, daß er dabei eine Nierenquetschung davongetragen, die sein gegenwärtiges Leiden herbeiführte. Abgesehen von einer solchen direkten Ursache mußte aber auch der beständige Zustand der Angst eine Gesundheitszerrüttung herbeiführen. Der Zar geirante sich schließlich nicht mehr,

sich frei zu bewegen. Er führte in seinem Lustschloß Gatschina das Leben eines Gefangenen, von einer Wolke von Spiheln umgeben. Ja, es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß sein Gemüthszustand in Verfolgungswahn ausartet.

Ein charakteristisches Vorkommniß ist durch die höfischen Verschleierungen hindurchgesehert. Im Vorzimmer des Zaren hatte sich einst der dienstthuende Flügeladjutant, ein junger dem Zaren persönlich werther Offizier verbotener Weise eine Zigarette angezündet. Plöglch tritt der Zar ins Zimmer. Der Adjutant verbirgt schleunigst die verbotene Zigarette hinter seinem Rücken. Der Zar sieht die Bewegung: was kann das anderes sein als eine Nordwaffe, die ihm selber gilt! Er springt auf den unglücklichen Offizier zu und erwürgt ihn mit seinen eigenen Händen.

Einen Privatmann, dem so etwas nachgewiesen wäre, hätte man günstigsten Falles als gemeingefährlichen Geisteskranken ins Irrenhaus gesteckt. Der Zar regiert bis auf den heutigen Tag hundert Millionen rechtloser Unterthanen. Das „Regieren“ ist selbstverständlich nicht wörtlich zu nehmen. Pobedonoszew regierte, der Zar bildete es sich nur ein. Außer der beständigen Verfolgungsangst des Zaren kamen seinem Gängler auch zwei sich scheinbar widersprechende Charaktereigenschaften Alexanders III. zu statten: sein Mangel an wirklichem Selbstvertrauen und der ungebändigte Dünkel, mit dem ihn das Bewußtsein seines Gottesgnadenthums erfüllte. Diesem Dünkel schmeichelte Pobedonoszew, der Mangel an Selbstvertrauen ließ den Zaren die salbungsvollen Lehren des politischen Reichthaters als tiefste staatsmännische Weisheit gläubig annehmen. So ging dem Zaren sein Leben dahin zwischen eisiger Angst und glühendem Größenwahn. Das mußte selbst diesen riesenstarken Körper zerrütten. Für die Charakterbeschaffenheit des Zaren ist es auch bezeichnend, daß er es nicht über sich gewinnen konnte, die Gesundheitsvorschriften seiner Ärzte trotz der Erkenntniß von deren Nothwendigkeit zu befolgen. Da er zur Fettsucht neigte, war ihm Mäßigkeit im Essen verordnet. Er vertilgte aber immer gewaltige Quantitäten kräftiger Speise und stets mehrere Teller Suppe, die ihm als besonders schädlich bezeichnet war. Bei seiner sonstigen Lebensweise eines Staatsgefingenen konnte das schließlich seine Wirkung auf die Gesundheit des Zaren nicht verfehlen.

Das ist das Lebens- und Charakterbild des Mannes, der sich einbildete, der Mächtigste der Erde zu sein. Das Kaiserthum hat schwerer auf ihm gelastet als auf irgend einem seiner Vorgänger, weil es langsam zwar, aber um so gründlicher ihn aufgerieben hat.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Andorf.

Dritter Theil.

Oberst und Polizeispichel.

Die „Ordnung“ herrschte in Paris! Eine lakonische Proklamation Mac Mahons veränderte Frankreich und Europa die „Befreiung“ der Hauptstadt. Ich lebte nicht in meine Wohnung zurück, und that wohl daran, denn ich erfuhr später, daß man dort zahlreiche Nachforschungen angestellt hatte. Man zerriff die Möbel unter dem Vorwande, es seien Waffen darin verborgen und meine Kleider und Bücher wurden als Anlage-Objekte gegen mich fortgeschleppt.

Ein Individuum schwang aufgebracht seinen Säbel auf der Schwelle meiner Wohnung und schrie wüthend: „Der Vogel ist ausgeflogen, aber wir werden ihn schon erwischen, und ich werde das Vergnügen haben, ihm den Säbel in den Wanst zu stoßen!“

Das war gewiß ein Held!

Viele Föderirte, welche die Waffen niedergelegt hatten und zu Hause geblieben waren, als die Truppen eindringen, wurden Opfer ihrer vertrauensseligen Leichtgläubigkeit. Eine Anzahl Reaktionäre, welche heilige Gelübde für den Sieg der Versailler Truppen abgelegt und denselben vom Himmel inbrünstig erstet hatten, wagten sich unvorsichtig aus ihren Kellern hervor, um den Soldaten zu Trinken anzubieten. Die Instruktion war jedoch äußerst strenge. Man wollte den Szenen der Verbrüderung zwischen Volk und Militär wie am 18. März vorbeugen und ohne Umstände wurden auch die Freunde der Versailler, wegen des Verfuches die Soldaten verführen zu wollen, niedergeschossen.

Am Abend des schon erwähnten Sonnabends waren viele unserer Genossen todt oder verwundet. Der Kreis, welchen die Truppen zogen, wurde von Minute zu Minute enger und wir waren nahe daran, gänzlich eingeschlossen zu werden. Viele derjenigen, welche bis zuletzt kämpften, ergriffen die Flucht. Ich besaß mich einen Augenblick allein, gegen eine Mauer gelehnt, an der Ecke eines kleinen Gäßchens. Ich dachte an Sylvia und sagte mir, daß, da ja doch Alles verloren sei, ich auch wohl darauf bedacht sein könnte, mich in Sicherheit zu bringen. In diesem Augenblicke wurde behutsam gegenüber die Thür geöffnet, ich hörte meinen Namen rufen und erkannte einen Arbeiter, einen meiner Freunde, dessen Bekanntschaft ich in den öffentlichen Versammlungen gemacht hatte. Er machte mir ein gebieterisches Zeichen zu ihm zu kommen, faßte meinen Arm und zog mich heftig zu sich ins Haus, dessen Thür er unmittelbar verschloß.

„Gehen Sie zu mir hinaus, Bürger, sprach er hastig, es ist gar keine Zeit zu verlieren. Länger Widerstand zu leisten ist Narrheit. Ich werde Ihnen Kleider geben, mit deren Hilfe Sie sich retten können. Das Haus hat zwei Ausgänge. Aber eilen wir, denn in wenigen Minuten wird der ganze Stadttheil von den Truppen besetzt sein und dann wäre es vielleicht zu spät.“

Ich hatte mir doch nichts vorzuwerfen, daß ich auf diese Weise verkleidet, nachdem ich bis zuletzt ausgehalten, eine Zuflucht bei einem Freunde, welcher nicht kompromittirt war, am Boulevard Sebastopol, also ziemlich entfernt von meiner Wohnung, fand. Ich glaubte mich hier vollkommen sicher und sandte eine zuverlässige Person ab, um Sylvia aufzufuchen und sie zu bitten unter Beobachtung der größten Vorsicht zu mir zu kommen, um gemeinschaftlich einen Plan zur Flucht zu verabreden. Zwei Stunden später hatte ich schon Antwort.

Sylvia war immer noch bei ihrer Freundin vom Hospital und jetzt zu glücklich, um Worte finden zu können

ihre Freude auszudrücken, daß sie mich heil und gesund dem Blutbade entronnen wußte. Sie zeigte mir an, daß sie im Begriffe sei, im Laufe des Tages auf dem Boulevard Cligny einen einsamen Pavillon, gelegen in einem großen Garten voller Schatten und Laubwerk, zu mieten. Wir würden da, fügte sie hinzu, nach der Meinung ihrer Freundin gewissermaßen in Sicherheit sein.

Während dieser Zeit hatte sich der Baron Meylan, mein älterer Bruder, mit seiner „unbefleckten“ Uniform eines Obersten der Nationalgarde in der Mairie unseres Stadttheils eingerichtet, wo er mit fieberhafter Thätigkeit die Namen derjenigen in die Listen eintrug, welche als „außerhalb des Gesetzes“ angesehen wurden. Viele Individuen, und zwischen ihnen gerade solche, welche ich unter den Offizieren der Kommune als verdächtig angesehen hatte, mit den Versaillern geheim im Bunde zu sein, kamen, um als gefällige Angeber zu fungiren und dafür als Belohnung eine dreifarbige Armbinde mit dem Siegel der „Mairie“ zu erhalten.

Eine Verhaftung jedoch beschäftigte hauptsächlich meinen Bruder, der noch nicht auf die Hoffnung verzichtet hatte, sich des Vermögens meiner Sylvia und auch wohl ihrer zu bemächtigen. Er hatte erfahren, daß ich nicht unter den Getödteten sei und mit einem wahren Polizeispürsinne verfolgte er eifrig meine Spur. Der Zufall, welcher so viele Dinge, gute oder schlechte, letztere immer mehr als erstere, veranlaßt, kam ihm unerwartet zu Hilfe und ließ ihm Sylvia in der Straße des Martyrs begegnen. Er verfolgte sie und da er sie die Wohnung am Boulevard de Cligny, welche sie seit dem vorhergehenden Tage inne hatte, betreten sah, so betrat er sofort nach ihr das Haus und zögerte nicht, sich ihr vorzustellen.

„Was wollen Sie?“ rief Sylvia erschreckt aus, als sie ihn eintreten sah. „Welches neue Unglück führt Sie wieder zu mir?“

„Sie mißverkennen mich seltsamer Weise noch immer.“

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“.
Frankfurt a. M., den 26. Oktober 1894.
Vormittags-Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht eine ganze Reihe von Anträgen zur Agrarfrage.

Der Vorsitzende Schwarz erteilt das Wort an Dr. Biggelsen zu Antrag 1:

Zu Punkt 5: Agrarfrage und Sozialdemokratie: Die Parteigenossen des 1. hessischen Wahlkreises, Gießen-Grünberg-Midda. Zur Landagitation: Es ist eine Kommission einzusetzen, die das Material über die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den einzelnen Teilen Deutschlands, sowie über die Wirkungen der verschiedenen Arten der Grundbesitzverteilung und Betriebstechnik zu sammeln und zu prüfen hat. Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Aufstellung eines agrarpolitischen Programms, sowie zur zweckmäßigsten Betreibung der Landagitation zu machen. Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf; wenn nötig, in verschiedenen Teilen Deutschlands. Sie kann Unterkommissionen nach sachlichen Gesichtspunkten ernennen und diesen besondere Berichte überbringen. Sie ist berechtigt, auch außerhalb der Partei stehende Sachleute gutachtlich zu hören.

Dr. Biggelsen: Der Antrag 1 kann nicht angenommen werden, da er eine viel zu große Tragweite hat. Es ist unmöglich, eine Kommission mit so großer Tragweite zu wählen. Er enthält aber einen guten Kern, so daß er der Diskussion wert erscheint. Daß eine Agrarkommission überhaupt eingesetzt werden müsse, darüber kann allerdings kein Zweifel bestehen.

Den Antrag 2. Parteigenossen von Frankfurt a. M.: „Zur Landagitation: Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Veranstaltung einer Erhebung über die Lage der kleinbäuerlichen Landarbeiter-Bevölkerung in Deutschland ist Sache des Reichs und der Einzelstaaten. Die Fraktion hat beim Reichstage zu beantragen, daß die Befugnisse der Reichskommission für Arbeiterstatistik in diesem Sinne erweitert werden.

2. Gegen den vom „Deutschen Landwirtschaftsrath“ im März dieses Jahres dem Bundesrath überreichten Gesetzentwurf, die Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse betreffend, ist der schärfste Protest im Namen der deutschen Landarbeiter einzulegen. Dieser Gesetzentwurf bedeutet einen ungeheuerlichen Versuch der Vergewaltigung deutscher Landarbeiter im Interesse der Großgrundbesitzer und ist mit allen Kräften zu bekämpfen. Dagegen sind zu verlangen: a) Abschaffung der Gesinde-Ordnungen; b) freies Koalitionsrecht; c) ländliche Schiedsgerichte, die auch für die Streitigkeiten der Kleinbäuerlichen Bevölkerung untereinander und mit dem größeren Grundbesitz zuständig sind, nach Analogie der Gewerbegerichte.

3. Der Vorstand wird beauftragt, ein Spezialprogramm für die ländliche Agitation nach der Art desjenigen auszuarbeiten, welches die französischen Genossen auf ihrem letzten Marxer Kongress festgestellt haben; außerdem soll er die Herausgabe billiger Kalender für die Landbevölkerung in größerem Maßstabe unterhalten.“

begründet Quara Frankfurt: In der Umgebung von Frankfurt ist der erste ländliche Agitator Georg Wächner vor 60 Jahren aufgetreten und auch in der Gegenwart haben wir von Frankfurt aus ein großes ländliches Gebiet zu bearbeiten, daher schreibt sich die Stellung, daß auch wir Frankfurter zur Agrarfrage positive Stellung genommen haben. Gegenüber den trüben Erfahrungen mit Enquêtes, die von uns ausgingen, bin ich der Meinung, daß nur das Reich in der Lage ist, eine umfassende Enquete über die ländlichen Verhältnisse zu veranstalten. Wir Frankfurter Delegierten stehen durchaus auf dem Standpunkte Vollmar's, dessen Ausführungen bedingt und berechtigt waren durch die Erfahrung, eine Erfahrung, die ihr Analogon in der gewerkschaftlichen Agitation findet. Wenn wir nun ein Spezial-Programm nach dem Muster des französischen Landagitations-Programms verlangen, so soll das natürlich nicht eine bloße Kopie des französischen Programms sein, es soll natürlich auch unser Haupt-Programm nicht abschwächen, was vielfach befürchtet worden ist, sondern nur eine populäre Ausführung der agrarpolitischen Forderungen unseres Haupt-Programms mit praktischen Vorschriften im Sinne von Vollmar's Vorschriften sein, damit praktische Agitation getrieben werden könne. Das ist nicht überflüssig, wie Bebel in der „Neuen Zeit“ anzunehmen scheint. Es giebt eine Menge befähigter Genossen, die auch Landagitation zu treiben vermögen, denen nur das Material fehlt. Für diese

antwortete mit erheuchelter Ruhe der neugebackene Oberst. „Trotz der Undankbarkeit meines Bruders und der Beleidigungen, mit welchen er mich überhäuft hat, kann ich doch die Stimme des Blutes, welches in meinem Innern für ihn spricht, nicht unterdrücken und ich komme nur, um sowohl Sie als auch Jacques zu retten.“

Jacques ist in Sicherheit und für meine Person glaube ich nichts fürchten zu müssen. Von jeher, so lange die Männer sich bekämpfen, hat man nie den Frauen daraus ein Verbrechen gemacht, daß sie die Verwundeten gepflegt haben.“

„Aber Sie sind nicht in Sicherheit vor der Verleumdung und der Denunziation. In diesem Augenblicke ist das Gerichtsverfahren unnachlässiglich und summarisch und man hat nicht immer Zeit, den Unschuldigen von dem Schuldigen zu unterscheiden. Zwischen dem rächenden Arm, welcher bestraft, und dem Gehirne, welches zu überlegen hat, ist ein Abgrund. Die Arme, welche von außen in Paris eingedrungen ist, kennt Niemand in der Stadt. Ein Wort aus dem Munde eines Mannes, wie ich zum Beispiel, genügt, um zu sagen, wo die Freunde oder die Feinde sich befinden.“

„Was geht mich das an! Ich denke, Sie sind nicht hierher gekommen, um mich später anzugeben?“

„Was denken Sie! Ich wiederhole Ihnen, daß ich Jacques zu retten wünsche.“

„Wenn Sie es thun können und noch nicht gethan haben, so ist es augenscheinlich, daß Sie Ihre Bedingungen haben. Reden Sie, wie hoch schätzen Sie Ihren Dienst?“

„Sie beleidigen mich, theure Cousine. Nur um Ihnen zu gefallen, wünsche ich Jacques zu retten. Mein einziges Verbrechen ist, Ihre Zuneigung zu erwerben oder vielmehr zu verdienen!“

„Ich vermag wohl über mein Vermögen zu verfügen, aber nicht über mein Herz, welches nur ihm gehört,“ antwortete Sylvia.

„Das kommt nicht in Betracht,“ erwiderte ärgerlich der Baron. „Ich will ihn retten um jeden Preis. Das Wesentlichste ist, sich seiner ohne Verzug anzunehmen. Vergessen Sie nicht, daß jede Minute, welche verstreicht, hunderten von Opfern das Leben kostet und man sich nicht lange bemüht, die Persönlichkeiten fest zu stellen. Wer weiß ob er noch lebt, wenn ich ihm endlich Hilfe bringen kann. Geben Sie mir schnell seine Adresse, damit ich zu ihm eile!“

(Fortsetzung folgt.)

müssen wir eine Unterlage zur Agitation schaffen. Das soll nicht eine große Broschüre, sondern ein kleines Wademecum sein. Natürlich kann die Ausarbeitung auch der einflussreichen Agrarkommission überlassen bleiben. Nach Absatz 2 unseres Antrages verlangen wir gegenüber der beabsichtigten ungeheuerlichen Vergewaltigung der Landarbeiter einen entschiedenen Protest, der hier im höchsten Grade angebracht erscheint.

Antrag 9 (von der Kreisversammlung für Friedeberg-Bädungen):

1. Das Parteiprogramm ist durch ein landwirtschaftliches Programm zu ergänzen, welches die seitens der Partei im besonderen Interesse der Landarbeiter und Kleinbauern zu erhebenden Forderungen zusammenfaßt.

2. Zur Vorbereitung dieses Ergänzungsprogramms wählt der Parteitag eine Kommission von mindestens 12 Mitgliedern aus den verschiedenen Theilen Deutschlands, welche den betreffenden Entwurf dem nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen hat.

3. Diese Kommission tritt sofort nach ihrer Wahl zusammen zur Aufstellung einer Geschäftsordnung und eines Arbeitsplanes, den sie noch dem diesjährigen Parteitag zur Genehmigung vorzulegen hat.

Der Antrag David-Gießen begründet: Auf die Annahme des dritten Punktes lege ich bei der geringen Zeit des Parteitag's keinen Werth. Im allgemeinen stimme ich mit den Anschauungen, die Schoenlant und Vollmar vorgetragen haben, überein und habe nur Einiges nachzutragen. Die Agitatoren aus dem Kreise der Industrie-Arbeiter wurden gestern scharf mitgenommen. Ein persönlicher Vorwurf sollte ihnen damit nicht gemacht werden, aber die Unzulänglichkeit des Agitationsmaterials kann nicht bestritten werden. In meiner Heimath haben wir eine Art natürlicher Agitatoren, Industrie-Arbeiter, die Bauernhöfe sind, in enger Verbindung mit dem Dorfe stehen, ja selber noch Ackerbau nebenbei treiben, und von denen man große agitatorische Erfolge erwarten sollte. Und doch gelingt es auch ihnen nicht, in den Bauernkreisen einzudringen, ja selbst in die Bauernschaft kommen sie nicht hinein, die ohne Knecht arbeitet. Woran liegt das? Die agitatorische Mäule, die im Umlauf ist in der städtischen Agitation, und an die auch diese Agitatoren nur gewöhnt sind, ist auf dem Lande nicht kurlfähig. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter, der das gebräuchliche Agitationsmaterial in der Stadt ist, und das Fehlen des Industrie-Arbeiters bewegt, ist dem Bauern durchaus fremd. Seine wirtschaftlichen Erfahrungen haben nichts mit ihm zu thun. Zweitens ist für den Industrie-Arbeiter die Trennung der Arbeitsmittel vom Arbeiter der Ausgangspunkt aller theoretischen Erörterungen. Und das stimmt wieder nicht für den Bauern. Als Sozialist wird häufig der Versuch gewagt, bei den Bauern das sozialistische Programm bei Seite zu lassen und sie nur für unsere demokratischen Forderungen zu gewinnen. Damit machen wir die Bauern aber im besten Falle zu Demokraten, nicht zu Sozialisten. Wir ebenen, wenn wir so vorgehen, nur den bürgerlichen Demokraten den Weg. Viel Verwirrung stiftet in der Agrarfrage häufig unsere eigene Presse. Der Redner zitiert Ausprägungen des „Braunschweiger Volksfreund“, des „Vorwärts“ und des „Offenb. Abendbl.“, die nach seiner Ansicht hierzu geeignet wären. Ebenso wie wir uns vor dem Bauernfang hüten sollen, müssen wir uns auch vor der Bauernverschönerung hüten. Zum Schluß ändert Redner seinen Antrag dahin, daß die von ihm vorgeschlagene Kommission nicht 12, sondern 15 Mitglieder haben solle, damit drei Abtheilungen mit ungleicher Mitgliederzahl für den Großbetrieb, den Mittelbetrieb und das Parzellenbauernthum gebildet werden können.

Zu Antrag 91, Absatz 1:

Parteigenossen in Niederbarnim: Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswähler, wie Schiffern, Schnilttern, Flößern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegelei-Arbeitern, Bau-Arbeitern u. dgl., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstags-Gesetzesvorlage etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz betr. die Aufhebung der Ausnahmegerichte gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämmtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie die Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerpenflichkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Einführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch öffentliche Wahlen hervorgegangene Gerichte unentgeltlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ordnungstatistische Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgedachten Arbeiterkategorien.

bemerkte Stadthagen: Nach Schoenlant hätte ich allerdings in dieser Frage nichts zu reden, weil ich nicht auf dem Lande wohne und dozu noch Berliner bin und nicht in Bayern geboren bin; aber trotzdem habe ich auf dem Lande Erfolge gehabt mit prinzipiellen Auseinandersetzungen und mit speziellen Ausführungen über das Ausnahmerecht der ländlichen Arbeiter. Dem Antrage 2, Absatz 2 kann ich deshalb nicht zustimmen, weil die Forderungen Sachsens nicht neues sind. Im preussischen Landrecht sind dieselben ungeheuerlichen Forderungen längst gesetzlich fixirt. Wenn den Landarbeitern auseinandergesetzt wird, daß sie nur Pflichten, aber fast gar keine Rechte haben, so verstehen sie uns. Auf Abhilfe der ungeheuerlichen Zustände auf dem Lande müssen wir hinarbeiten, und in diesem Sinne habe ich den kleinen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Selbst wenn Sie es für notwendig halten, daß Sie eine Kommission einsetzen, so bitte ich doch, meinen Gesetzentwurf anzuerkennen. Die Hauptstärke der Landagitation ist der ländliche Arbeiter, der eigentliche Agrarproletariat: ihm haben wir unsere Erfolge in Pommern, in Mecklenburg zu verdanken. Die Ausarbeitung eines neuen Programms würde einen bedeutenden Rückschritt bedeuten, er bedeutete Bauernfang im schlimmsten Sinne.

Den Antrag (97) der Parteigenossen in Berlin 3: „Die Reichstagsfraktion zu beantragen, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts einzubringen: Sämmtliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis des Gesindes zu seinem Arbeitgeber, d. h. die sogenannten Gesinde-Ordnungen sind aufgehoben.“ begründet Zahn-Berlin 3:

Der Antrag geht von den Hausdienern aus, die ja ebenfalls unter der Gesinde-Ordnung zu leiden haben.

Den Antrag (98) der Parteigenossen in Berlin 2: „Der Parteitag möge die Fraktion ersuchen, auf ein gesetzliches Verbot der Gesinderemissions-Komptoire und Einführung eines unentgeltlichen Dienstnachweises hinzuwirken.“ begründet Werner-Berlin 2:

Der Antrag soll besondere Vortheile für alle dienstanten be-

deuten, die unter der Ausbeutung durch Gesindebureau zu leiden haben; es ist unsere Pflicht, durch gesetzliche Maßnahmen diese Ausbeutungsbureau zu zerstören. Dieser Antrag hat die größte Tragweite auch für das ländliche Gesinde.

Den Antrag (108) der Parteigenossen des Brandenburger Provinzial-Parteitag's.

Zur Durchführung einer wirksamen Agitation auf dem Lande ist die Kenntniss der ländlichen Verhältnisse in den einzelnen Kreisen und den einzelnen Berufsgruppen die unmittelbare Voraussetzung. Um diese Kenntniss zu vermitteln, erklärt die Parteikonferenz eine eingehende beschreibende, nicht bloß rein statistische Untersuchung für notwendig, die sich auf die ländlichen Verhältnisse erstreckt, aber auch die Verhältnisse der gewerblichen Wanderarbeiter, Sachseingänger und Ziegelei-Arbeiter, sowie der Hausindustriellen berücksichtigt, weil diese als die geeignete Brücke zwischen der industriellen und rein ländlichen Bevölkerung erscheinen. Da das Agitationskomitee der Provinz Brandenburg und anderer Provinzen zur Einleitung dieser Untersuchung nicht im Stande sind, so überweist die Provinzialkonferenz die Untersuchung der sozialpolitischen Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung dem Parteitage in Frankfurt a. M. zur Berücksichtigung. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung empfiehlt es sich wenigstens mit einem beschränkten Bezirke oder einer bestimmten Arbeiterbranche den Anfang zu machen, begründet Timm-Berlin 1: Es soll in bestimmtem Rahmen wenigstens mit der praktischen Agitation begonnen werden. Vollmar und Schoenlant gingen von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Industrie-Arbeiter mit den ländlichen Verhältnissen nicht vertraut seien, daß ist aber nicht richtig, denn ein großer Theil der Industrie-Arbeiter ist ja direkt aus dem Lande hervorgegangen. Auf diese haben wir uns zu stützen. Ebenso wie Bebel's Untersuchungen über die Bäckereiverhältnisse den Anstoß zu Verbesserungen gegeben haben, so würde eine kurze Darstellung der Verhältnisse in begrenzten Distrikten bei speziellen Klassen der landwirtschaftlichen Arbeiter, Wanderarbeitern, Ziegelei-Arbeitern u. s. w. den Anstoß zu gesetzlichen Maßnahmen geben.

Antrag 110 des ostpreussischen Parteitag's, abgehalten am 7. Oktober cr. in Königsberg i. Pr.

Zusatzantrag zu Antrag aus Frankfurt a. M. zur Landagitation.

(Nr. 2 der Vortage.)

4. Um die Bewegung für diese Forderungen zu fördern, soll der Vorstand Geldpreise in angemessener Höhe ausschreiben für erscheinende Darstellungen der ländlichen Arbeiter- und Bauernverhältnisse größerer Landgebiete, die ihm bis zum nächsten Parteitage eingekandt werden.

Schulze, Königsberg i. Pr.

und Antrag 121: Ich beantrage:

„die Worte: „die Agrarfrage als notwendiger Bestandteil“ zu streichen und dafür folgendes zu setzen: Die Privatproduktion in der Landwirtschaft mit dem Privateigentum an dem Grund und Boden sowie den Produktions-Mitteln hat nicht nur die Agrarfrage hervorgerufen, sondern hat auch zu Wege gebracht, daß die Landwirtschaft der an sie zu stellenden Anforderung seitens der Gesamtbevölkerung nicht gerecht werden kann, und ferner, daß Noth, Elend und Unfreiheit des Erwerbslebens namentlich unter den Landarbeitern und den kleinen Besitzern hervorgerufen wurde. Die Ueberführung des Grund und Bodens und die Ausführung der Landwirtschaft durch die Gesellschaft selbst wird daher immer mehr zu einer Nothwendigkeit. Nur durch den gesellschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft kann alle hierbei thätigen Personen der Antheil an der Gesamtproduktion der Gesellschaft garantiert werden. Aufgabe der sozialdemokratischen Partei muß es sein, nicht nur den hieraus sich ergebenden Klassenkampf zu führen und zu leiten, sondern denselben auch so zu gestalten, daß die Bauern und Landarbeiter nicht noch tiefer in Noth und Elend sinken, sondern bereits gegenwärtig eine Besserstellung derselben erzielt wird.“ Schulze-Königsberg i. Pr.

Schulze-Königsberg begründet diese beiden Anträge. In der ländlichen Bevölkerung bestehen scharfe Gegensätze, Gegensätze zwischen Bauern und Gesinde, zwischen Kossäten, Depulanten, Junkleuten und Scharwerkern. Das erschwert unsere Agitation, die nur bei genauester Kenntniss der Verhältnisse möglich ist. Die ländlichen Arbeiter sehen die Welt noch mit ganz anderen Augen an, wie die Industrie-Arbeiter. Die Industrie-Arbeiter können täglich beobachten, wie gewaltig die Produktivität der Arbeit gestiegen ist, das können die Landarbeiter nicht! Vollmar und Schoenlant gingen von ganz falschen Gesichtspunkten aus, als sie den Schwerpunkt der Agitation in der Bauernagitation sahen, die Bauern müssen uns als Klasse feindlich gegenüberstellen. Der Bauernstand heuet die Arbeiter ebenso schlimm aus, wie der landwirtschaftliche Großbetrieb. Wir können die feindliche Klasse nicht gewinnen, ebenso gut könnte man von uns verlangen, wir sollten die Gewinnung des Panderstandes als unsere Hauptaufgabe betrachten. Schoenlant und Vollmar warnten davor, dem Bauern vom Achtstundentag zu erzählen. Ich glaube schon, daß der bayerische Bauer es lieber hört, wenn man ihm sagt: der Staat soll dir deine Schulden abnehmen, als wie du sollst dein Gesinde nur 8 Stunden lang arbeiten lassen. Viel eher als der Bauer hat der Großgrundbesitzer noch Verständnis für die achtstündige Arbeitszeit. Vollmar und Schoenlant verlangen entgegen unserem Programme die Aufrechterhaltung des Privateigentums. Das wäre doch nur durch Ankauf des Großgrundbesitzes möglich und durch dessen Einreidung auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, das wäre ein zweifelloscher Rückschritt. Die gewaltsame Enteignung aber wäre durchaus undurchführbar.

Antrag 120:

Die Parteileitung hat unter Mithilfe der Landesorganisation in den ländlichen Bezirken nach Möglichkeit geeignete Genossen in die materielle Lage zu versetzen, damit dieselben die Parteigeschäfte auf dem Lande ordnen und die Agitation dauernd und mit Erfolg betreiben können.

wird von Herrl. Bremen begründet: Wir haben genügend geeignete Genossen, aber die materiellen Mittel fehlen ihnen, um sich selbständig zu machen, dauernd auf dem Lande zu bleiben und von dort aus die Agitation zu leiten.

Zum Antrag 119:

„In Erwägung, daß eine thatkräftige und erfolgreiche Agitation unter der ländlichen Bevölkerung zu Gunsten des Sozialismus nur möglich ist, wenn die der Natur der Sache nach hauptsächlich dazu berufenen Kreise (die Genossen der Bauern-, Klein- und Mittelstädte) sich dieser Frage energisch widmen;

in fernerer Erwägung, daß jedoch diese Kreise die dazu erforderlichen geistigen und materiellen Mittel leider in dem meisten Fällen nicht besitzen, ist der Parteitag der Ansicht, daß die Genossen in den Groß- und Hauptstädten eines Landes oder einer Provinz die Pflicht haben, mehr als es bisher der Fall war, die schlechtesten, ärmsten Wahlkreise ihres Gebietes moralisch und materiell in der Agitation zu unterstützen. Die Art der Unterstützung und Hilfeleistung hat eine jedesmal vor dem allgemeinen Parteitag festzusetzen. Ueber die Verhandlungen dieser Körperchaften sind alsdann den Delegirten des allgemeinen Parteitag's gedruckte Berichte zur Orientirung und eventueller Verwerthung bei der Frage der Landagitation zu verabfolgen.“

bemerkte Trilse-Göttingen: Leider muß ich konstatiren, daß die moralische und materielle Unterstützung der Städte noch viel zu wünschen übrig läßt. Die kleinen Städte sind aber die eigentlichen Zentren der Landagitation. Die großen Städte müssen deshalb moralisch dazu verpflichtet werden, die kleinen Städte im Sinne des Antrages 119 zu unterstützen.

Im Interesse der Beendigung der Geschäfte des Parteitagess schlägt Singer vor, heute eine Abend Sitzung abzuhalten und heute die Punkte Agrarfrage, Maisfeier, Truss zu beenden. Der Vorschlag wird angenommen.

Zur Diskussion hat das Wort Friedrich Darmstadt: Ich kenne das Land aus eigener Erfahrung; es ist eine Tatsache, daß der Bauernstand seit einer Reihe von Jahren sich ohne seine Schuld in stetigem Rückgang befindet. Die wirtschaftliche Entwicklung drückt ihn zu Boden, seine mangelnde Einsicht wirkt in derselben Richtung; dazu kommt noch der Einfluß der Gesetzgebung, der Verwaltungsmaßnahmen, die den Kleinen zu Gunsten des Großen bedrücken. Ich habe im Verlaufe von 35 Jahren zahlreiche Dorfgemeinden zu Grunde gehen sehen und über das Bauerntum geht jetzt der Dampfplug. Die früheren selbständigen Bauern sind zu Tagelöhnern geworden. Nach dem Sprichwort: „Nur die allerärmsten Käiber wählen sich ihren Weg selber“, wählt die Landbevölkerung seit 25 Jahren noch dazu die Güterbesitzer in die Parlamente. Die technische und ökonomische Ueberlegenheit ist in der Landwirtschaft nicht so groß, als daß nicht die billige menschliche Arbeitskraft der Maschine vorgezogen werden sollte. Erst als die rapide Entwicklung der Industrie die Arbeitskräfte vom Lande in Massen in die Städte zog, fand die Maschine in der Landwirtschaft einen härteren Eingang.

Böfinger: Wir können uns nur mit dem Landarbeiter und dem Kleinbauern befassen, nicht mit den Mittel- und Großbauern. Es ist falsch, im allgemeinen zu sagen: wir müssen den Bauernstand als Feind betrachten. Dem Kleinbauer geht es häufig noch schlechter, als dem einen Knechte und der einen Magd, die er beschäftigt. Die Industrie bringt auf das Land vor und nimmt dem Kleinbauern den Knecht, der in der Fabrik mehr verdient.

Rittig: Das Vertrauensmänner-System muß auf dem platten Lande noch mehr ausgebaut werden. Nachrichtenbureau sollen auf dem Lande eingerichtet werden. Wir müssen die Sprache des Landmannes reden, müssen wissen, was in den einzelnen Dörfern geschieht, um damit wir daran anknüpfen können. Das Steuerwesen, Bedrückungen der Behörde in den einzelnen Orten müssen kritisiert werden. Unser Programm bietet der Landbevölkerung noch sehr wenig. Der Bauer hat immer nur gehört, daß die bösen Reichen ihm sein Land nehmen wollen. Unser Programm muß also erweitert werden, aber es darf nicht verwasstelt werden.

Ein Schlusssatz wird angenommen. Kandi: Moskau bittet im Interesse seiner Auftraggeber, zu konstatieren, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Zu der Resolution 118 ist das Amendement Stadthagen eingeleitet, am Schluß des Antrages, Zeile 8 und 9 von unten, die Worte „und ergänzt“ zu streichen.

Das Schlusssatz erhalten die Referenten:

Schoenlauf: Die Debatte hat mir gezeigt, daß durchgängig die Ansicht vorherrscht, daß etwas in der Agrarfrage geschehen muß, und daß die Grundzüge und Forderungen, die Vollmar und ich entwickelten, die Bildung des Parteitages im allgemeinen gefunden haben. Entschieden muß ich mich dagegen aussprechen, daß das Stadthagen'sche Amendement, was im letzten Augenblick eingereicht wurde, angenommen wird. Es ist unannehmbar, denn es schneidet uns von der Basis, die wir der Stellung unserer Partei in der Agrarfrage geben wollen, die Hälfte weg. Sowohl der Landarbeiter wie der Kleinbauernschutz muß programmäßig von uns verlangt werden, selbstverständlich ohne daß wir unseren prinzipiellen Standpunkt aufgeben. Wenn die Herren aus dem Norden nicht einsehen wollen, daß wir für Süd- und Mitteldeutschland nicht die Schablone anwenden können, die aus den landwirtschaftlichen Zuständen Ostpreußens gewonnen wird, so kann das uns doch nicht hindern, diese besonderen Verhältnisse in Betracht zu ziehen. Es ist die höchste Zeit, daß etwas Praktisches geschieht, daß wir mit dem richtigen Bewußtsein im richtigen Augenblick auf der Wirtschafte erscheinen. Heute, wo die Reaktion einen neuen Anlauf nimmt, um uns zu vernichten, müssen wir ihr den kräftigsten Gegenschlag versetzen, indem wir sie da packen, wo sie am empfindlichsten ist, bei den Bauern, damit, wenn einmal der politische Generalmarsch geschlagen wird, die Bauern nicht gegen, sondern mit uns sind! (Bravo!)

Vollmar: Das Amendement Stadthagen ist unannehmbar. Die ganze Resolution wäre unannehmbar, wenn wir den Bauernschutz nicht mit aufnehmen wollten, denn wir haben nicht bloß mit Landarbeitern, sondern vor allem mit Bauern zu thun. Der Agrarschutz soll nicht ein Universal-Heilmittel schaffen, seine einzige Aufgabe ist es nicht, das vorgeschlagene Programm auszuarbeiten. Der Agrarschutz soll vielmehr eine Studienkommission sein, das vorhandene Material ist von ihm zu sichten, er hat die Bearbeitung unerschlossener Materialien, die Veranstaltung von Enquêtes und schriftstellerische Arbeiten anzuregen. Dies ist seine Hauptaufgabe. Dem Agrarschutz müssen die Befugnisse gewährt werden, geeignete Personen vorzulegen zu können. Die Geldfrage tritt hier ganz in den Hintergrund. Die Ausgaben von Geldmitteln für diese Zwecke wird sich mit Luchergeldern rentieren. Der Vorstand hat natürlich ganz andere Aufgaben als die Agrarkommission, deshalb muß eine besondere vom Vorstande getrennte Kommission eingesetzt werden. Bei der Wahl der Mitglieder der Kommission handelt es sich darum, solche Leute zu wählen, die die drei hauptsächlichsten Wirtschaftsbetriebe kennen. Es ist eine Notwendigkeit, die Zahl der Ausschussmitglieder auf 15 festzusetzen. Dann werden sich ganz von selbst drei Sektionen, entsprechend den drei Hauptwirtschaftsbereichen herausbilden, die die Vorarbeiten zu leisten haben. Ich glaube nicht, daß die Arbeiten des Ausschusses bis zum nächsten Parteitag beendigt sein werden, das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, sofort mit der Gründung der Kommission vorzugehen.

Ein Amendement Arons, das bisher noch nicht zur Verlesung gekommen war, verlangt die Streichung des Absatzes 7 bis 9. Dasselbe wird abgelehnt. — Das Amendement Stadthagen wird gleichfalls abgelehnt. In der Resolution 118 zur Agrarfrage (am Beginne der ersten Beilage der gestrigen Nummer) ist bei der endgültigen Redaktion (8. und 9. Zeile von unten) der Passus: „und ihnen den rationalen und den gemeinschaftlichen Betrieb durch Staatshilfe erleichtern“ gestrichen worden. Die Resolution 118 wird mit großer Majorität angenommen. Einige 80 Stimmen sind bloß dagegen.

Der Antrag: eine Agrarkommission von folgenden 15 Mitgliedern: David-Gieshen, Ged.-Offenburg, Bod.-Gotha, Rahnstein-Leipzig, Böhler-Stuttgart, Liedtkecht, Virk.-München, Vollmar, Jug.-Vant, Schulte-Koschbaude, Schoenlauf, Wedel, Volkenbuh-Holstein, Dr. Cuard-Frankfurt, Schippel, zu wählen, wird mit großer Majorität angenommen.

Auf Antrag Singer's werden alle vorliegenden Anträge dem Agrarschutz überwiesen mit Ausnahme des Antrages 91, Absatz 1, der angenommen wird.

Singer, der den Vorschlag hat, gibt zu Punkt 4 der Tagesordnung: Maisfeier, dem Berichtstatter über diesen Punkt, Reich-Röln, das Wort. Derselbe fährt aus: Ich bin der Meinung, daß dieser Gegenstand nicht viel Zeit kosten kann, weil seit dem internationalen Kongress in Zürich die prinzipielle Stellung, die wir einzunehmen haben, festgelegt ist. Der Redner verliest die Züricher Resolution. Aus diesem Beschluß ergeben Sie, daß die materielle Grundlage eine andere ist als die des Pariser Kongresses, daß sie erweitert worden ist. Es handelt sich nun nicht mehr um den Achtstundentag und um Arbeiterschutz allein, sondern um eine internationale Demonstration für den Klassencharakter der proletarischen Bewegung. Durch den Ausfall der Maisfeier in allen Ländern ist bewiesen worden, daß die internationale Solidarität die erfolgreichsten Fortschritte gemacht hat. Die würdigste Feier würde die Arbeitsruhe sein. Wir werden alles dazu thun,

um sie immer mehr durchzuführen. Unser heutiger Beschluß kann nicht anders lauten als die Züricher Resolution. Es würde nur eine Wortklauberei sein, wenn wir, wie die Verhältnisse nun liegen, eine neue Resolution auszuarbeiten wollten. Wir müßten die ersten sein, die die Beschlüsse hoch halten und dürfen es nicht unterstützen, daß doch da und dort an einem anderen Tage als am 1. Mai die Demonstration stattfindet. Wenn die Maisfeier auch hier und da zu Kollisionen geführt hat, so werden wir ihnen nicht aus dem Wege gehen können. Sie entspringen eben dem Klassencharakter der Demonstration, auch unsere Gegner sind davon überzeugt, daß es nicht Schwäche von uns ist, wenn wir die Arbeitsruhe nur überall da eintreten lassen, wo es ohne Konflikte möglich ist. Zum Beweise dessen verliest Redner eine Anschauung der „Frankfurter Zeitung“. (Beifall.)

Zur Diskussion stehen die Anträge 77, 78, 79 und 109 und ein Antrag von Schulze-Königsberg i. Pr.: „den Parteigenossen aller Orten wird es zur Pflicht gemacht, mit größerem Eifer wie bisher dahin zu wirken, daß der erste Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird.“

Antrag 77 wird von Wättner-Berlin 8 begründet. Derselbe lautet:

Die Parteigenossen des 18. sächsischen Reichstags- Wahlkreises: „Der Partei-Vorstand wolle alljährlich ein Flugblatt ausarbeiten, welches die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter näher darlegt.“

Antrag 78 wird von Faudert-Apolda begründet. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Parteigenossen in Weimar: Die Maisfeier 1895 in der gleichen Weise wie in diesem Jahre zu begehen.

Antrag 79 findet keinen Befürworter. Der Antrag ist nur von einzelnen Genossen in Frankfurt und Warmen gestellt. Er lautet:

Parteigenossen in Frankfurt a. M., Offenburg i. S. und Warmen: Der Parteitag möge beschließen: daß es das Parteiprinzip verlangt, daß in allen Geschäften, wo für die Partei Arbeiten hergestellt werden, der 1. Mai als Feiertag erklärt und sämtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern die Bezahlung als Feiertag zugesichert wird.

Antrag 109 wird von Schulze-Königsberg mit dem Hinweis begründet, daß wir, da die wirtschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit doch keine Besserung erfahren werden, energischer wie bisher für Durchführung der Arbeitsruhe agitieren müssen.

In Antrag 79 ist das Amendement eingegangen, in diesem Antrags die Worte „und sämtlichen „bis zu“ zugesichert wird“ zu streichen.

Ferner liegt ein Antrag Kuer's vor, dem Antrag 79 folgende Form zu geben:

Der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß in allen unter Leitung von Parteigenossen stehenden und dem Parteidiens gewidmeten Parteigeschäften, der 1. Mai als Ruhetag erklärt und sämtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern dieser Tag voll bezahlt wird.

Die Diskussion wird eröffnet.

Grenz-Chemnitz beklagt, daß die Praxis mit der Theorie bei manchen von Sozialdemokraten gegründeten und geleiteten wirtschaftlichen Unternehmungen in Widerspruch gerathe. So giebt es in Sachsen Unternehmungen, wo 50 bis 60 Arbeiter von Arbeitern beschäftigt werden. Als diese Arbeiter die Maisfeier begehen wollten, wurde es von den sozialdemokratischen Leitern, von denen einige sogar als Maisfeier-Redner figurirten, den Leuten abgeschlagen. Das sei äußerst inkonsequent. Wenn die Gegner solche Fälle gegen die Partei ausnützen, sei es weiter nicht verwunderlich.

Wättner-Berlin: Der Antrag 79 hat seine Berechtigung. In Hamburg und Berlin haben die Parteigeschäfte ihrem Personal ohne weiteren Antrag den 1. Mai voll bezahlt. Aber in Frankfurt a. M. ist es leider nicht geschehen.

v. Elm-Hamburg: Ich bin ein Gegner der Königsberger Resolution, die eine Reihe wirtschaftlicher Kämpfe heraufbeschwören würde. Noch herrscht die wirtschaftliche Krise, noch sind unsere Gewerkschaften zu schwach zu diesen Kämpfen. Wollen Sie am 1. Mai wüthige Arbeitsruhe, so stärken Sie erst die Gewerkschaften. Der Antrag 79 muß angenommen werden, da er selbstverständlich ist. Redner bringt dazu ein Amendement ein, welches ausdrückt, daß der an diesem Feiertage erhaltene Lohn von den in Parteigeschäften angehehlten Personen zur Förderung allgemeiner Arbeiterinteressen verwandt werde.

Kuer: Wie der Antrag 79 hier steht, scheint er mir unannehmbar, trotz des sympathischen Bedenkens den er ausdrückt. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dem Antrage die vorhin verlesene Form zu geben. Wir haben kein Mittel, das zu erzwingen, was wir wünschen. Wir können dann unmöglich alle die Geschäfte, wo für die Partei Arbeiten geleistet werden, deren Besitzer aber nichts mit der Partei zu thun haben, zwingen, die Arbeit ruhen zu lassen. Bezüglich der Bezahlung müssen wir schon aus Zeitgemäßigkeit dieses verlangen. Aber ich möchte mich auch gegen die moralische Verpflichtung, den verdienten Lohn im Arbeiterinteresse zu verwenden, aussprechen. Der Gedanke ist zwar gewiß sympathisch. Der Eindruck nach Außen wäre aber ebenso gewis kein günstiger.

Schluß 1 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober.
Caprioli's Demission. In später Abendstunde ver- sendet das Wolff'sche offiziöse Telegraphenbureau folgende Depesche:

Es verlautet, der Reichskanzler hätte heute Nachmittag demissionirt, die Demission sei angenommen.

Da die Nachricht aus offiziöser Quelle kommt, scheint der Zweifel an ihrer Richtigkeit ausgeschlossen. Völlig unklar ist, was den Grund zur Demission Caprioli's abgeben konnte. Alle Nachrichten der letzten Tage liefen darauf hinaus, daß der Reichskanzler im Staatsministerium, bei dem Kaiser und schließlich auch im Bundesrath recht behalten habe mit seinen Vorschlägen zur Bekämpfung des „Umsturzes“ gegenüber denen des Grafen Eulenburg. Ueber Caprioli's Pläne selbst liegt noch eine Abenddepesche der „Köln. Zeitung“ vor, wonach der Reichskanzler nur eine Ergänzung gewisser Punkte des Reichs-Strafgesetzbuches, vor allem, soweit die Verrücktheit der Verbrecher in Frage kommt, erstrebt habe. Die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Auftrags im Reichsjustizamt seien bereits seit Mai abgeschlossen. Der Reichskanzler habe eine Verschärfung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung im Reiche abgelehnt.

Ein hiesiges Blatt will noch in Erfahrung gebracht haben, auch Graf Eulenburg hätte seine Demission gegeben. Das würde die ganze Angelegenheit noch unklarer machen. Plötzliche Entschlüsse und Sinnesänderungen einzelner Personen spielen in diesen Verhältnissen eine so große Rolle, daß alle Spekulationen über die Bedeutung der Sache zwecklos sind. Die Demission Eulenburg's ist vielleicht bloß eine formelle, um dem Kaiser die Möglichkeit zu geben, einen Reichskanzler zu ernennen, der zugleich preussischer Ministerpräsident sein kann. Was daran ist, muß sich morgen zeigen (siehe auch Depeschen).

Geht hin und thut desgleichen! riefen wir vorgestern den Gegnern zu, die an den Verhandlungen unseres

Parteitages herummäkeln. Gestern, verwiesen wir auf die wirtschaftliche Enge, in der die Masse unserer Parteigenossen sich bewege, und durch welche mit Nothwendigkeit eine gewisse Enge in der Auffassung sekundärer Verhältnisse erzeugt wird. Und wir sprachen des Weiteren den Gegnern das Recht ab, über uns als Splitterrichter zu urtheilen, so lange sie selber nicht den Muth haben, ihre Angelegenheiten mit unbeschränkter Kritik im Lichte unbeschränkter Oeffentlichkeit zu verhandeln.

Heute verweisen wir die Gegner auf die sachliche Ruhe und parlamentarische Ordnung der Verhandlungen unseres Parteitages. Es liegen Fragen vor, die geeignet sind, die Gemüther zu bewegen und persönliche Zusammenstöße herbeizuführen — so heftige Zusammenstöße, daß die Gegner an sie die Poffnung des Zerfalls unserer Partei knüpfen.

Und was ist gekommen? Die heftigsten Fragen — gerade die, von denen die heftigsten Stürme erwartet wurden — und auch nicht ein Wort persönlicher Gehässigkeit ist gefallen. Die Geister plagten aufeinander; sämtliche Redner sprachen frei von der Leber, aber nicht einen Augenblick wurde der sachliche Boden verlassen. Und das Ergebnis? Die Partei ist nicht „gespalten“, sondern durch die Klärung nur gefestigt worden. Und sind naturgemäß auch nicht sämtliche Delegirten mit den Beschlüssen des Parteitages zufrieden, so wird diese Unzufriedenheit sich bald legen. Jedenfalls ist die Partei nach dieser gründlichen Auseinandersetzung einiger als sie es vorher war; das heißt: Die kleinen Wölchlein, welche die Einigkeit etwas zu trüben schienen, sind verfliegen.

Vergleiche man mit diesen Verhandlungen unseres Parteitages die glistigen Fäulereien, die, meist um viel weniger wichtige Punkte innerhalb aller anderen Parteien stattgefunden haben und stattfinden. Und der Ton dieser öffentlichen Fäulereien ist nur ein schwacher Nachhall der Debatten hinter verschlossenen Thüren. Und Debatten hinter verschlossenen Thüren giebt es bei der Sozialdemokratie nicht. Wir besorgen unsere Parteigeschäfte, im vollen Lichte der Oeffentlichkeit; und mit Stolz können wir sagen: wir sind die einzige Partei, die das thut, und die das thun kann. —

Der Bundesrath erklärte sich in seiner heutigen Plenarsitzung mit den Anträgen Preußens, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Gewerbebetrieb der Schauspielunternehmer, Kleinhandel mit Bier) einverstanden. Die Vorlage betreffend den Entwurf einer Ergänzung der Grundstücke für die Befegung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militär-anwärtern (Anrechnung der Dienstzeit in den Schutzgebieten) wurde dem VII. I. und II. Ausschusse überwiesen. —

Zölle und indirekte Steuern. Für die Zeit vom 1. April 1894 bis zum Schluß des Monats September 1894 sind im Deutschen Reich von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie von anderen Einnahmen zur Anschreibung gelangt:

Zölle 188 977 270 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahrs + 15 688 825 M.), Tabaksteuer 4 713 291 M. (+ 143 890 M.), Zuckersteuer 36 644 790 M. (+ 6 988 409 M.), Salzsteuer 20 263 350 M. (+ 313 583 M.), Malzschottisch und Brauntwein-Materialsteuer 1 065 875 M. (+ 665 637 M.), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Zuschlag zu derselben 60 723 946 M. (+ 1 622 005 M.), Brauksteuer 13 241 810 M. (- 205 766 M.), Uebergangsabgabe von Bier 1 751 428 M. (- 20 428 M.); Summe 322 321 760 M. (+ 25 094 493 M.). — Spielartenstempel 543 630 M. (+ 6745 M.), Wechselstempelsteuer 4 045 567 M. (- 12 683 M.), Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 3 111 942 M. (+ 1 922 540 M.), b) Kauf und sonstige Anschaffungs-Geschäfte 6 710 300 M. (+ 2 605 799 M.), c) Loose zu: Privatlotterien 1 353 369 M. (+ 253 619 M.), Staatslotterien 3 825 432 M. (+ 851 157 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 127 796 231 M. (+ 5 531 788 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 32 667 000 M. (+ 1 040 000 M.). Die zur Reichskasse gelangte Zfr. Einnahme abzüglich der Rückfuervergütungen und Verwaltungsstellen beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende September 1894: Zölle 165 749 757 M. (+ 16 152 741 M.), Tabaksteuer 4 377 044 M. (+ 451 069 M.), Zuckersteuer 40 791 139 M. (+ 4 788 974 M.), Salzsteuer 19 581 862 M. (+ 274 729 M.), Malzschottisch- und Brauntweinmaterial-Steuer 7 467 515 M. (+ 694 716 M.), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Zuschlag zu derselben 50 226 675 M. (- 599 015 M.), Brauksteuer und Uebergangsabgabe von Bier 12 741 835 M. (- 190 993 M.); Summe 300 935 827 M. (+ 21 572 221 M.). — Spielarten-Stempel 571 781 M. (+ 12 610 M.). —

Erfreuliche Nachricht für deutsche Börsen-Spekulanten. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Der Reichskanzler hat als Chef der deutschen Reichsbank nunmehr das seit 1889 in Kraft befindliche Verbot aufgehoben, russische Werthe zu lombardiren. Ausschlaggebend für diese Maßregel soll vor allem der Gesichtspunkt gewesen sein, daß der Beweggrund, welcher zu dem Erlaß des Verbots geführt hatte, nach Wiederherstellung guter wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland inzwischen weggefallen ist, daß ebenso wenig ein politischer Grund vorliegt, die russischen Werthe von der Reichsbank anders behandeln zu lassen, was die Werthe aller übrigen europäischen Staaten, und daß endlich eine Beförderung der deutschen Markt werde jetzt wiederum von russischen Werthen überschwennt werden, beim jetzigen hohen Kursstande der russischen Papiere als ausgeschlossen gelten muß. Nirgends wird man aber die ebenso freundschaftliche wie kostspielige Maßregel der deutschen Reichsbank mehr erfreut sein wie in Frankreich, das fast ein Duzend Milliarden russischer Staatspapiere als drückende Last für die freie Beweglichkeit seines Kapitals besitzt. Die Franzosen werden mit beiden Händen die Gelegenheit ergreifen, ihre russischen Werthe nach Deutschland abzuführen zu können. —

Nach dem „schändlichsten aller Wahlsysteme“, dem Dreiklassen-Wahlsysteme, werden die nächsten Stadtverordneten-Wahlen in Leipzig vorgenommen werden. Um die „ausgleichende Gerechtigkeit“ dieses Systems nochmals unseren Lesern vor Augen zu führen, seien hier die betreffenden Zahlen wiederholt. Je ein Drittel der Stadtverordneten wählen 1171 Wähler in der ersten Klasse, 3552 Wähler in der zweiten Klasse und 10 006 Wähler in der dritten Klasse. —

Sind die Schutzgebiete „Inland“? Ueber diese Frage, die anläßlich des Falles Peißt aktuell geworden ist, bringt die „Köln. Ztg.“ eine sehr objektiv gehaltene juristische Betrachtung, die zur Beurtheilung des ferneren

Verkaufes der Sache des Kameruner Kanzlers von Werth ist. Es heißt da:

Ob die Schutzgebiete im Sinne des Strafrechts Inland oder Ausland sind, ist im Laufe der jüngsten Tage aus Anlaß des Verhältnisses zwischen Kamerun und Deutschland mehrfach erörtert worden, und es sind bei der Verantwortung der Frage verschiedene Ansichten zutage getreten. Fest steht zunächst, daß die Schutzgebiete nicht Teile des Reichsgebietes im Sinne des Art. 1 der Reichsverfassung sind. Sie sind dies so lange nicht, als nicht durch ein Gesetz abänderndes Reichsgesetz ihre Einverleibung in das Reichsgebiet erfolgt ist. Da nun der Begriff „Inland“ im Sinne des deutschen Staatsrechts das selbe bedeutet wie Reichsgebiet, so folgt daraus, daß im staatsrechtlichen Sinne die Schutzgebiete nicht Inland, sondern Ausland sind. Hierüber besteht in der Literatur kein Zweifel. Nun gebraucht aber die Strafgesetzbuch das Wort „Inland“ in einem anderen Sinne als die Verfassung. Im Sinne des Strafgesetzbuchs gilt als Inland jedes Gebiet, in welchem das Strafgesetzbuch eingeführt ist; ein solches Gebiet braucht darum noch nicht Inland im Sinne der Verfassung zu sein. Umgekehrt ist auch der Fall denkbar, daß ein Gebiet Inland im Sinne der Verfassung, aber nicht Inland im Sinne des Strafgesetzbuchs ist; dies wäre dann der Fall, wenn zwar die Einverleibung eines Gebietes in das Reichsgebiet erfolgt ist, aber die Einführung des Strafgesetzbuchs unterlassen wurde. Dies war der Fall bei der Einverleibung der Reichslande. Mit dem 28. Juni 1871 trat das Gesetz vom 9. Juni 1871, welches die Einverleibung der von Frankreich abgetretenen Gebiete in das Reichsgebiet verfügte, in Kraft; von diesem Tage ab war Elsaß-Lothringen somit Inland im Sinne der Verfassung; Inland im Sinne des Strafgesetzbuchs wurde es dagegen erst mit dem 1. Oktober 1871, weil mit diesem Tage erst das Strafgesetzbuch dort in Kraft trat. Es ergibt sich hieraus, daß zwischen dem Inland im staats- und strafrechtlichen Sinne wohl zu unterscheiden ist. Was nun die Schutzgebiete betrifft, so können dieselben zum Inland im Sinne des Strafgesetzbuchs dadurch werden, daß dasselbst dieses Gesetzbuch in Kraft tritt; in Ansehung aller Beziehungen, welche durch dasselbe geregelt sind, gilt dann das Gebiet als Inland. Daß im Schutzgebiet von Kamerun das Strafgesetzbuch ebenso gilt wie die Strafprozessordnung, unterliegt keinem Zweifel. Durch die kaiserliche Verordnung vom 2. Juli 1888, die auf Grund des Gesetzes vom 17. April 1886 in der Fassung des Gesetzes vom 19. März 1888 erlassen wurde, ist bestimmt worden, daß das Reichsgesetz über die Konsulargerichtsbarkeit in Kamerun und Togo mit den näher bestimmten, durch Gesetz zugelassenen Änderungen in Kraft tritt; in den Gebieten, in welchen das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit gilt, gilt aber auch das Strafgesetzbuch, so daß es in dem Gebiet von Kamerun und Togo als Inland im Sinne des Strafgesetzbuchs zu betrachten. In Übereinstimmung mit diesen Ausführungen sagt Stengel, der das Recht der Schutzgebiete mehrfach dargestellt hat und dessen Ansichten allgemein als sehr beachtenswert anerkannt werden: „Die Schutzgebiete gelten auch soweit und sofern als Inland, als bestimmte Reichsgesetze, wie das Reichsstrafgesetzbuch und die Reichsjustizgesetze, daselbst zur Einführung gelangt sind und die durch diese Gesetze geregelten Beziehungen in Frage stehen.“

Italienische Liga zur Verteidigung der Freiheit. Aus Mailand schreibt man uns unterm 24. Oktober: Crispijns Gewaltreich hat bereits eine Gegenaktion zur Folge gehabt: unsere hiesigen Genossen und andere freiheitsliebende Männer verschiedener Parteirichtungen haben sich zusammengethan, um einen „Bund zur Verteidigung der Freiheit“ zu gründen, der heute in den hier erscheinenden sozialistischen und radikalen Organen folgenden Aufruf erläßt:

„Gegenüber dem Anwachsen der Willkürakte, Heucheleien und Gewaltakte, durch welche die staatlichen Mächte, indem sie die verfassungsmäßigen Grundlagen des nationalen Rechts zerschören und die durch unsere Revolutionen geheiligten Grundsätze verleugnen, Triebe des Hasses und der Rache säen und Italien wieder in den Nachtrag der Zivilisation zurückstoßen, halten die unterzeichneten Bürger die Zeit für gekommen, alle der wahren Freiheit ergebenden Kräfte zu einem Bunde zu vereinigen, um dem Zerstückelungswerke eines wahnsinnigen Geistes ein „Genug!“ zuzurufen.

Augenblicklich muß vor allem dafür Sorge getragen werden, daß die elementaren Freiheiten gewahrt bleiben: Denk-, Rede-, Vereinigungs-, Versammlungs-, Pressefreiheit, ohne welche keine Nation, kein Fortschritt, kein Friede existiert.

Diese Freiheiten sind zur Fronte geworden, werden mit Füßen getreten und geringe geschätzt, wie es bis jetzt noch niemals der Fall war.

Wir wollen einen „Italienischen Bund zur Verteidigung der Freiheit“ gründen. Dieser Bund steht über den Parteien, Schulen, persönlichen oder Gruppentendenzen. Die Zivilisation verteidigt sich.

Diesem Bunde werden alle beitreten, die noch Sinn für Menschlichkeit und nationale Würde haben. Er wird in allen Formen den Protest gegen den Übermut und die Uebergriffe der Gewalt darstellen. Sobald eine ansehnliche Anzahl von Unterschriften erzielt sein wird, sollen ein Zentralkomitee und Bezirksausschüsse ernannt werden, um die Arbeit konkret zu gestalten.

Die Mailänder Blätter: „Lotta di classe“, „Battaglia“, „Italia del popolo“ und „Secolo“ und alle anderen italienischen Blätter, welche sich diesem Aufruf anschließen wollen, werden Unterschriften sammeln.

Es handelt sich darum, in Erfahrung zu bringen, ob Italien aus der Zahl der zivilisierten und freien Nationen verschwinden will.“

Unterszeichnet ist der Aufruf u. a. von unserem Genossen, dem Abgeordneten Brampolini, von den radikalen Abgeordneten Cavallotti, Nisfi, Luigi Rossi, Marcora, Riccardo Suzzatto, Engel, ferner von vielen gemeinsamen Abgeordneten, von Ärzten, Advokaten, Ingenieuren und anderen angesehenen Bürgern der Stadt Mailand. Im ganzen trägt er 192 Unterschriften. —

Spanischer Katholiken-Kongress. Die Internationalität der geschichtlichen Entwicklung in den europäischen Kulturstaaten prägt sich auch in der Stellungnahme der verwandten Parteien in den einzelnen Kulturländern zu den großen Tagesfragen aus. Ueberall suchen sich die Ultramontanen mit einem Tropfen sozialistischen Dels zu salben, um dem Volke sich nicht zu entfremden. So fand vorige Woche auf dem spanischen Katholiken-Kongresse in Tarragona der Staatssozialismus viele Verteidiger. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich für eine Politik im Sinne der Arbeiter-Erklärung Leo's XIII. ausspricht; mit dieser hofft man den Anarchismus, Radikalismus und Sozialismus befiegen zu können. Nun, Hoffen und Harren macht Manchen zum Narren sagt das Sprichwort. In sozialistischen Thaten mangelt es den Ultramontanen stets. Auch in Tarragona beschäftigte man sich am meisten mit der weltlichen Herrschaft des Papsttums, deren Wiederherstellung in einer energischen Resolution beschlossen wurde unter den begeistertsten Rufen: „Viva el Papa Rey! Es lebe der Papst-König!“ Auch wurden gegen das „räuberische“ Italien fulminante Reden gehalten. Mit der Wiederherstellung des Kirchenstaates wird es indeß noch gute Weile haben. —

In Russland fürchtet man wohl den Ausbruch einer revolutionären Bewegung beim Tode des Zaren. Wenigstens wird der „Pol. Korr.“ aus Petersburg gemeldet, daß infolge einer sogenannten konstitutionellen Bewegung, die sich in einigen russischen Städten bemerkbar macht, der Minister des Innern Turnowo an sämtliche Gouverneure der Provinzen die Weisung hat ergehen lassen, jede politische Bewegung mit aller Energie zu unterdrücken. Wie lange wird das noch gehen? —

Zahlreiche Nachrichten vom ostasiatischen Kriegsschauplatz liegen heute vor. Wir geben die folgenden wieder:

London, 26. Oktober. Die Abendblätter veröffentlichen folgendes Telegramm aus Wiju vom 25. Oktober Mitternachts: Am Mittwoch Abend begann General Kobay seine Truppen über den Jalufluß zu setzen; bei Sonnenaufgang war der Uebergang der ganzen Streitmacht vollzogen. Inzwischen übertrug Oberst Sato, dessen Kolonne in der Frühe Feindposten vorgezogen hatte, den Feind in seiner bestfälligen Stellung bei dem Dorfe Fouchang am rechten Ufer des Flußes, und griff denselben, obgleich er keine Artillerie hatte, an. Der Kampf dauerte von 10 Uhr Morgens bis nach Mittag. Die Chinesen kämpften eine Zeit lang gut, wurden aber schließlich geschlagen und zogen sich in Unordnung nach Kulienschas zurück. Die Japaner gerieten dann das Fort und lehrten zu ihrem Hauptkorps zurück. 200 Chinesen blieben tot auf dem Schlachtfeld, die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Ein gefangener chinesischer Offizier sagte, die Stellung sei von 18 Bataillonen besetzt gewesen. Diese Streitmacht, welche der japanischen an Zahl bedeutend überlegen war, zog sich beim Kampfe zurück. Die Japaner verloren 5 Offiziere und 90 Mann. Alle Pläne des Generals Yamagata für die nächste Schlacht sind fertig. Die chinesische Stellung wird wahrscheinlich bei Tagesanbruch am Sonnabend auf allen Seiten zugleich angegriffen werden. Nach den letzten Nachrichten ziehen sich die chinesischen Vorposten nach Kulienschas zurück. Die Batterien dieser Stellung sind auf 11 verstärkt worden, doch wird bezweifelt, ob dieselben komplett sind. Es herrscht noch günstiges Wetter.

London, 26. Oktober. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Yokohama vom heutigen Tage gemeldet: Nach einer hier eingegangenen Depesche hat gestern im Norden des Jaluflußes ein neuer Kampf stattgefunden, in welchem die japanischen Truppen die 3500 Mann starke chinesische Streitmacht angriffen und in die Flucht schlugen.

Yokohama, 26. Oktober. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Die japanische Vorhut vertrieb die chinesischen Truppen am 25. d. M. aus den Verschanzungen im Norden des Jaluflußes. Man glaubt hier, daß augenblicklich zwischen der japanischen Armee und den die Manchurie verteidigenden chinesischen Truppen beim Schlosse Kiuren (!) eine große Schlacht ausgefochten wird.

Shanghai, 26. Oktober. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.) Eine amtliche Depesche meldet, daß am 24. d. M. auf der chinesischen Seite des Jaluflußes ein Gefecht stattgefunden habe. Nähere Nachrichten fehlen. —

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 24. d. Mts., hatten wir hier im Saalbau eine imposante Volksversammlung, in welcher Genosse Liebnecht über: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner referierte. Es machte einen großartigen Eindruck, die auf ca. 2000 Personen bestehende Versammlung zu beobachten, wie jeder Einzelne mit gespannter Aufmerksamkeit der 2 1/2 stündigen Ausführung des Referenten folgte, der es verstand, die sozialistische Entwicklung in leichtfaßlicher Weise vorzutragen. In der Diskussion wandte sich ein Christlich-Sozialer gegen Genossen Liebnecht mit Unterstellungen, die von den Versammelten mit Entrüstung zurückgewiesen wurden. Es war dem Referenten ein Leichtes, das Gebahren des Christlich-Sozialen in das rechte Licht zu stellen. Eine von Müller-Arbeilgen eingebrachte Resolution, die sich mit dem Referat einverstanden erklärte und von den Versammelten das Geldlohn fordert, daß sie bei etwaigen Ausnahmestimmungen so wie früher auch jetzt und immerdar treu und unerschütterlich zur Sache des Proletariats stehen werden, wurde einstimmig angenommen.

Zum Berliner Vierbockort nahm eine Volksversammlung in Brandenburg Stellung, in der Genosse Millarg Berlin vor etwa 1500 Personen über die Ursachen, den Verlauf und den jetzigen Stand des Kampfes referierte. Am Schlusse seiner 1 1/2 stündigen Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, nahm die Versammlung die Resolution an, welche in den letzten Berliner Volks-Versammlungen zur Annahme gelangte. — Auch in Spandau beschloß eine Versammlung, in der etwa 400 Personen zugegen waren, nach einem Referat des Genossen Börsch Berlin, den Beschlüssen der Berliner Versammlungen gemäß zu handeln, um den Ausgesperrten zum Siege zu verhelfen.

Stadtverordneten-Wahlen. In den Magdeburger Vororten Neue Neustadt und Sudenburg finden die Stadtverordneten-Wahlen am 5., 6. und 7. November statt. Unsere Parteigenossen werden in beiden Orten Kandidaten aufstellen.

In Wandsbek steht die Neuwahl zweier Stadtverordneter bevor. Der Sozialdemokratische Verein beschloß in seiner letzten Versammlung, nicht in die Wahlbewegung einzutreten. Es bleibt den kommunalwahlberechtigten Parteigenossen somit überlassen, ob sie wählen wollen oder nicht. Das in Wandsbek herrschende Jenseit-Wahlrecht schreibt vor: Wer 16 M. Einkommen oder Gewerbesteuer zahlt, oder im Besitze eines Hauses ist, hat die „Qualifikation“ zur Ausübung des Wahlrechts. Die Zahl der „Qualifizierten“ beträgt nur ca. 20 pCt. der Reichstagswähler. Unter diesen Umständen ist der Beschluß des Sozialdemokratischen Vereins erklärlich.

Eine Parteikonferenz, welche am 19. Oktober in Greiz stattfand, beschloß, sich an den Gemeinderats-Wahlen zu beteiligen und stellte fünf Kandidaten auf.

Bei Veranstaltungen von Versammlungen bestand, wie überall, so auch in Sachsen, die Gepflogenheit, in der öffentlichen Einladung einen für den Beginn der Versammlung etwas früheren Zeitpunkt anzugeben, als in der polizeilichen Anmeldung. Es geschieht dies selbstverständlich nur, um die Besucher früher herbeizurufen, um recht pünktlich die Versammlung eröffnen zu können. Dies wurde den Dresdener Parteigenossen schon vor längerer Zeit verboten. Annahme wurde gewöhnlich unter der Einladung noch vermerkt (wenn zum Beispiel die Versammlung für 11 Uhr angemeldet), daß Saalöffnung um 10 Uhr stattfindet. Nachdem nun in Döhlen ein Genosse auch dieses Verbotens wegen verurteilt worden ist, macht die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ folgenden Vorschlag: Man möge bekannt, die Versammlung beginnt um 11 Uhr, der Saal wird um 10 Uhr geöffnet, aber man mache der Polizeibehörde eine gleichlautende Anzeige. Man dürfte gespannt sein, ob dann die Behörden noch immer etwas auszuweisen haben würden.

Der Nürnberger „Sozialdemokratische Verein“ zählt, wie in der letzten Generalversammlung bekannt gegeben wurde, 2800 bis 2900 Mitglieder, eine Zahl, die gewiss von einer lebhaften Bewegung Zeugnis ablegt. Gleichzeitig wurde eine Zusammenstellung der Mitglieder nach ihren Bezirken und dem

Alter verlesen. Von 2052 Mitgliedern fanden im Alter vom 21. bis 25. Jahre 245, vom 25. bis 40. Jahre 1242; über 40 Jahre 569; von 36 fehlt die Altersangabe.

Ueber die Maßregeln, welche gegen die „Verrufs-erklärungen“ geplant werden, schreibt die „Leipziger Volks-Zeitung“ treffend: Ein Schritt weiter zur Rechtsgleichheit. Wie aus Berlin gemeldet wird, plant eine hohe Reichsregierung gesetzliche Maßregeln gegen die Verrufs-erklärungen. Wir können das mit Freuden begrüßen. Es soll also den Organisationen der Arbeiter gegen Unterdrückungsgelüste der Unternehmer ein Schutz zu Teil werden. Während jetzt nach § 153 der Gewerbe-Ordnung nur der Zwang zum Anschluß an eine Arbeitervereinigung, die Verhinderung am Austritt aus einer solchen strafbar ist, straflos aber die Verhinderung am Eintritt, der Zwang zum Austritt durch die wirtschaftlichen Nachmittel des „Arbeitgebers“ — soll künftig die Verrufserklärung gegen solche Vereine, die Maßregelung ihrer Mitglieder und Vertrauensmänner strafbar sein. Strafbar sollen die schwarzen Listen sein, wie sie von kaiserlichen und königlichen Behörden nicht wider wie von Fabrikanten und den Herren Innungsmeistern gegen mißliebige Arbeiter, die „wülsten Heber“, gebanndt worden sind und noch werden. Strafbar werden die Verrufserklärungen gegen bestimmte Wirthe und gegen Geschäftsleute von Seiten der Militärbehörden, ferner die Verrufserklärungen der hohen studentischen Verbindungen gegen vernünftig denkende Studierende: alles wird verboten und bestraft werden. Daß man aber die schwachen Abwehrmaßregeln der Arbeiter: die Verrufserklärung gegen Kapitalisten, die schuldlose Arbeiter in Masse brotlos machen (siehe Berliner Bierbockort), oder gegen Saalhaber, die den Arbeitern und der Sozialdemokratie das gleiche Recht mit den Angehörigen der Ordnungsparteien verweigern (siehe Dresdener Bierbockort) — die Sperre gegen Unternehmer, die ihre Arbeiterinnen stichgefährden (siehe Cohn und Friedländer, Berlin), oder die das Vereinigungsrecht „ihrer“ Arbeiter zu Schanden machen wollen (siehe Tac und Co. in Burg), verbieten und strafbar machen wollte, das scheint uns zweifelhaft und durchaus unwahrscheinlich. Oder sollten wir wirklich eine Regierung haben, die im Dienste der Reichen und Mächtigen dem arbeitenden Volke die letzten Reste seiner Rechte auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete zu rauben sucht? Und sollte sich eine Volksvertretung finden, die solche Pläne unterstützte? Das wollen wir erst abwarten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Freigesprochen von der Anklage wegen Religionsvergehen wurden der Verleger der Magdeburger „Volksstimme“ Harbaum und der Buchhändler Vater in Sudau-Magdeburg. Sie sollten dies Vergehen durch Verbreitung des „Katechismus“ begangen haben. Da aber Harbaum von dem Inhalte des „Katechismus“ keine Kenntnis hatte und die Beweise der Verbreitung seitens Vaters fehlten, wurden beide freigesprochen.

Wegen Vergehens gegen das preussische Vereinsgesetz hatte sich die Vorherrsche des Frauen- und Mädchenvereins in Ottensen, Frau Heidemann, vor dem Altonaer Schöffengericht zu verantworten. Sie soll es gebildet haben, daß in Versammlungen des Vereins politische Gegenstände erörtert wurden. Die Angeklagte behauptete, daß sie nicht schuldig sei und beantragte ihre Freisprechung. Ihrem Antrage gemäß erkannte das Gericht.

Die aufgelösten Turnvereine im Bezirk Jwickau bleiben aufgelöst. Das sächsische Ministerium hat dem Entschaid der Vorinstanz Recht gegeben; die Verfügung enthält keinerlei Begründung.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Röln, 26. Oktober. Die „Rölnische Zeitung“ meldet, der Ministerpräsident Graf Eulenburg habe ebenfalls das Abschiedsgesuch eingereicht und dasselbe genehmigt erhalten. Eine Verhätigung liegt nicht vor, auch keine entsprechende Nachricht von anderer Seite.

Berlin, 26. Oktober. Die Gerichte, der Finanzminister Riquel sei zum Reichskanzler ernannt, sind unrichtig.

Kolbergmünde, 26. Oktober. Beim Einlaufen in den hiesigen Hafen wurden zwei Torpedoboote infolge des herrschenden starken Sturmes leicht beschädigt, ein drittes gerieth auf Grund; zwei Mann fielen über Bord, einer davon, der Obermatrose Boldt, ertrank. Das Boot hat keinen Schaden genommen.

Bremen, 26. Oktober. Rettungsstation Kolbergmünde telegraphirt: Am 26. Oktober von dem hier gestrandeten Torpedoboot Nr. 3, von Sahnitz nach Kolberg bestimmt, 21 Personen durch das Rettungsboot „Reichstelegraph“ der Station Kolbergmünde gerettet.

Wien, 26. Oktober. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach welcher die Einfuhr von Hindisch nach Oesterreich aus den Regierungsbezirken Magdeburg, Hildesheim und Köln sowie aus den Kreishauptmannschaften Leipzig und Jwickau und aus dem Großherzogthum Sachsen-Weimar bis auf Widerruf verboten wird.

Petersburg, 26. Oktober. Gutem Vernehmen nach hat Professor Grube die Operation beim Kaiser Alexander abgelehnt, da er die Verantwortlichkeit nicht übernehmen will.

Petersburg, 26. Oktober. Eine Depesche aus Moskow am Don meldet: Auf der Wladikawkas-Eisenbahn entgleite am Mittwoch ein Courierzug. Der Maschinist wurde getödtet, sein Gefährte schwer verwundet; 34 Passagiere erlitten Verletzungen. Einzelheiten fehlen noch.

Petersburg, 26. Oktober. Nach einem Telegramm aus Kasan ließ gestern auf der Wolga der Passagierdampfer „Zariza“ mit einem Bugfischdampfer zusammen. Letzterer ging unter, wobei von seiner 10 Mann betragenden Besatzung 8 Mann umkamen.

Paris, 26. Oktober. Dem „Matin“ zufolge wurde die Polizei davon in Kenntniß gesetzt, daß 3 aus Poitiers, Lyon und Lille kommende Anarchisten ein Attentat gegen die Deputirtenkammer versuchen würden. (?? Red. d. „B.“)

(Depeschen-Bureau Herold.)

Kolberg, 26. Oktober. Das Torpedoboot S. 2 ist an der pommerischen Küste gestrandet. Die Maschine wurde stark beschädigt. Die Torpedoboote S. 1 und S. 32 sind an der Westküste aufgelaufen, sie konnten jedoch mit geringen Beschädigungen landen. Ein Obermaat des letztgenannten Bootes wurde über Bord gespült und ist ertrunken. Seine Leiche wurde noch nicht aufgefunden.

Mährisch-Ostau, 26. Oktober. Hier selbst sind abermals zwei Erkrankungen an asiatischer Cholera vorgekommen.

Sofia, 26. Oktober. Die Janowitzer haben beschloffen, an die Regierung das kategorische Verlangen zu stellen, bis zum 26. Oktober Karawelow freizulassen, die Rückkehr Janow's zu gestatten, dessen Wahl anzuerkennen, alle Emigranten in Bulgarien zuzulassen und in der Sobranje die Frage der Ausöhnung mit Russland zu erörtern.

Brüssel, 26. Oktober. Gestern wurde die neue freie Universität eröffnet. Der sozialistische Abgeordnete Picard erklärte in der Eröffnungsrede, die alte Universität mit der alten bürgerlichen Gesellschaft werde in kurzer Zeit durch den Ansturm der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit zusammenfallen. Unter den 60 Professoren, welche zur Eröffnung anwesend waren, befanden sich auch Elysee Reclus und Robin, der frühere Direktor des Waisenhauses in Genepuis.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Parteitag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)
Nachmittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Debatte über die Maisfeier fortgesetzt.

Slozka-Bielefeld: Die Bielefelder Genossen sind für die Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses in der Maisfeier und gegen den Frankfurt-Barmer Antrag. Wer den 1. Mai feiert, hat ihn so zu feiern, wie alle übrigen Arbeiter und die übrigen Arbeiter bekommen, wenn sie am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, den Tag nicht bezahlt.

Silberberg-Budapest: Die Deutschen haben in der Maisfeier einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht, das erkennen wir Ausländer mit Befriedigung an. Uns ist ein großer Dienst damit geleistet worden. Unsere Genossen können sich nicht mehr damit ausreden, daß die Deutschen auch nicht den 1. Mai innehielten. Wir leben in Ungarn im Zustand des permanenten Ausnahmezustandes. Ministerielle Verordnungen, die mit den Ministern wechseln, schränken das Vereins- und Versammlungsrecht ein. Die Maisfeier in Budapest war imposant. Sie erstreckte sich sogar auf die ländlichen Arbeiter. Wir sind bei den Bauern bereits eingedrungen. In dem ungarischen Bauern lebt ein Stück Revolution. Mit genau demselben Haß, den er gegen die Oesterreicher hegt, haßt er die heutige Gesellschaft, von der er erkannt hat, daß sie die Schuld seines Unglücks ist. Diese ungarischen Bauern feiern den 1. Mai. Die Industrie ist nicht entwickelt. Das Kapital findet bessere Verwertung als Buchkapital, als in der Industrie. Der Bauer ist an die Scholle gefesselt und zu Frohndiensten gezwungen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Im Schlußwort erklärt Weitz: Die meisten Anträge sprechen ja meist etwas durchaus selbstverständliches aus, so z. B. die Resolution 79, oder aber sie greifen nur einzelne Punkte aus der Resolution heraus. Lehnen sie also die Anträge ab und nehmen sie die Resolution einfach an.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Antrag 77 wird abgelehnt. Der Antrag 78 ist durch die Resolution erledigt.

Das Amendement Auer zum Antrag 79 wird abgelehnt. Der Antrag 79 wird abgelehnt.

Hierdurch erledigt sich von selbst das Amendement von Gim. Antrag 109 wird gleichfalls erledigt.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung: Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

(112). Die Kartelle (Trusts, Ringe), wie sie in neuerer Zeit immer mehr in allen Kulturländern der Erde, insbesondere auch in Deutschland, von den Vertretern großkapitalistischer Unternehmungen gebildet werden, sind die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise, die mit stetig sich beschleunigender Schnelligkeit ihrem Höhepunkt entgegensteht.

Der Zweck dieser großkapitalistischen Produktionsvereinigungen ist, im Interesse der beteiligten Kapitalisten die Produktion zu regulieren, d. h. durch ihre Anpassung an die Nachfrage die Preisbildung so zu beeinflussen, daß der erreichbare höchste Profit den Unternehmern zufällt.

Der immer rascher Untergang des Konkurrenzunfähig gewordenen mittleren und kleineren Unternehmens ist die notwendige Wirkung dieser Kapitalisten-Organisationen.

Die Arbeiterklasse hat keine Veranlassung, den durch die Kartellwirtschaft beförderten großkapitalistischen Entwicklungsprozess durch reaktionäre Gesetzgebungsversuche zu stören, weil jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration fortgesetzt größere Massen ehemals Besitzender von den Interessen des Besitzes löst und die unüberwindliche Ueberlegenheit der national und international organisierten, einheitlich geleiteten Produktion über die zersplitterte Produktion der freien Konkurrenz, immer eindringlicher und augensälliger lehrt. Diese Entwicklung ist somit ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus.

Dagegen werden die Kartelle eine Geißel für die Arbeiter durch die Macht, welche die ausbeutenden Kapitalisten mit Hilfe ihrer Organisation gegenüber ihren Arbeitern erwerben. Geheigter Lohndruck, gesteigerte soziale und politische Knechtung werden unausbleiblich. Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung und der Menschewürde für die Arbeiterklasse, nachdrücklich und kategorisch zu verlangen, daß ein den Forderungen der Klassenbewußten Arbeiter entsprechender Arbeiterschutz gesetzlich festgelegt werde; daß nicht bloß alle Schranken der Koalitions- und Vereinsfreiheit fallen, sondern auch das Koalitionsrecht durch wirksame Strafbestimmungen gegen die Uebergriffe des Unternehmertums gesichert werde, und daß durch fortschreitende Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Verwaltungen immer mehr der Wille der stetig wachsenden Masse der wenig oder nicht bestehenden Konsumenten maßgebend wird, deren Interessen in schneidendem Gegensatz stehen zu den Interessen einer Handvoll übermächtiger Kapitalisten.

Schippel.

Schippel begründet dieselbe folgendermaßen: Ich denke mich nur darauf zu beschränken, einzelne Ueberreibungen zu kritisieren, die man in unserer Parteiliteratur über die Trusts und Kartelle findet. Es liegt hier ganz ähnlich wie bei den Anschauungen über die Boykotts der Amerikaner. Alles war beschränkt über die angeblichen Erfolge. Als Anfang der achtziger Jahre die ersten Nachrichten von dem amerikanischen Trust zu uns herüberkamen, erstarrt man förmlich vor dieser neuen Geißel, erschraf man vor diesen neuen Form der monopolistischen Produktionsweise. Diese Furcht spiegelt sich deutlich in Bellamy's Roman, der ja in jener Zeit sentend. Deut aber denkt man bereits viel ruhiger auch über die amerikanischen Vorfälle. Diese Kleinbürgerliche Angst spiegelt sich auch in unseren Büchern und in unserer Literatur wieder. Man darf nur die einzelnen Waaren, deren Produktion angeblich vertrustet sein soll, aufzählen, um sofort zu erkennen, daß hier eine Monopolisierung gar nicht möglich sei! Trotz der drei amerikanischen staatlichen Untersuchungen vom Jahre 1888 braucht man nur die Waarenlisten durchzugehen, um zu sehen, daß Bohnen, Erbsen, Brot, wie es von Kanada gesagt wird, nicht vertrustet sein kann. Wie soll sich die Bierproduktion z. B. vertrusten lassen? Bei der

Ergefäbritation soll durch einen Trust die Konkurrenz unmöglich gewesen sein. Die pennsylvanischen Kohlenruben sollen, wie es nach dem Berichte des österröichischen Generalkonfults heißt, in der Lage sein, die Preise der Kohlen vollständig monopolistisch festzusetzen. Der Bericht ist in zahlreichen Zeitungen, in das verbreitete Handbuch eines Genossen übergegangen. Aber auf den ersten Blick sieht man, daß, wenn das Monopol eine vorübergehende Zeit existiert haben sollte, es bald durch die Konkurrenz in anderen Gebieten vollständig gesprengt sein müßte. Einzelne Zeitschriften, so z. B. die „Industrie“, die Statistik bringt, dann die Abhandlung Grohmann's bringen eine lange Aufzählung von Kartellen und Trusts. Steinmann-Bucher spricht sogar von Kartellen des Kleingewerbes, bei denen man auf den ersten Blick erkennt, daß es sich häufig bloß um genossenschaftliche Vereinigungen zur Vertretung gemeinsamer Interessen, zur gegenseitigen Gewährung von Kredit handelt, wie wir sie überall vorfinden. Zählen wir alle diese Vereinigungen zu den gefährlichen Kartellen, so wäre jede Volkerei-Genossenschaft, jede Innungs-Krankenkasse, ja selbst unsere Partei ein Kartell. Was ist nun aber ein Kartell, das uns gefährlich, zugleich aber auch als Entwicklungsfaktor für die Zukunft erscheint? Das Monopol an sich kann nicht das Charakteristikum sein. Monopole haben wir in gewissen Zweigen immer gehabt, aber sie hätten doch immer eine gewisse latente Konkurrenz, die es verhindert, daß diese Monopole nach Belieben die Preise in die Höhe schrauben könnten. Ich will zugeben, daß unter den aufgeführten Kartellen eine ganze Menge Monopole vorhanden sind, aber es sind keine gefährlichen Monopole. Wenn man z. B. von den vereinigten Pinfelfabriken in Nürnberg hört, so kann man ja Angst bekommen, daß die Pinfel unerschwinglich theuer werden könnten. Aber zu dieser Angst ist kein Grund vorhanden. Daß Kapital, das hinter den vereinigten Pinfelfabriken steht, beträgt zwei Millionen Mark. Da ist die latente Konkurrenz beständig wirksam! Außerdem giebt es bei den Kartellen Faktoren, die das Monopol beständig zu durchbrechen drohen. Einige Fabriken bleiben außerhalb des Ringes und suchen darin ihren Vorteil. Ich will aber zugeben, daß wir uns dem Zustand der Vertrustung nähern. Welche Folgen wird sie nun haben? Man stellt sich immer vor, wenn man sagt, die Monopole könnten den Konsumenten zwingen, jeden Preis zu bewilligen, sie hätten es mit lauter armen vereinzelt Leuten von Konsumenten zu thun. Das ist aber nicht wahr! Der Käufer ist meistens wieder ein Kapitalist. Das Großkapital verkauft an das Großkapital. Gleiche Kräfte stehen sich gegenüber, und so verschwindet die Gefahr, daß das eine Kapital das andere auspowert. Wenn die vereinigten Kohlenruben den Preis der Kohle, die sie an die Eisenhütten abgeben, in die Höhe schrauben wollten, dann würde das Kapital, das hinter den Eisenhütten steht, selber Vergewerte einrichten. Wollten die Eisenhüttenbesitzer den Preis übermäßig steigern, dann würden die Walzwerk-Industriellen selber in Eisenhütten das Roheisen gewinnen. Es hat sich stets gezeigt, daß wenn ein Kartell in die Höhe gesprungen und zu hohen Preisen geformert hat, daß dann sofort der Gegenschlag gekommen ist. Ein Stoff läßt sich überdies durch den andern ersetzen. Gute durch Baumwolle, Kohlen durch Petroleum. Ein Stoff kann im Preise höchstens so steigen, daß es lohnend wird, einen andern Stoff zu nehmen. Werden zu hohe Profite in einem Industriezweige durch ein Monopol erzielt, so stürzt sich das anlagelüsterne Kapital sofort darauf und brüdt die Preise herunter. Ich will zugeben, daß wir allmählich dem Zustande der wirklich gefährlichen Vertrustung zuweilen; aber das werden immer nur solche Unternehmungen sein, wo ungeheure Kapitalien zur Anlage notwendig sind — beispielsweise bei Eisenbahnen, vielleicht auch bei Bergwerken, Eisenhütten —, überall da, wo kleine Anlagekapitalien ausreichen, um einen Industriezweig zu schaffen, ist eine Vertrustung unmöglich. Wenn man die Kartelle richtig versteht, so darf man sich nur die Geschichte der Eisenbahnen ansehen, die den Zustand markieren, nach denen andere Kartelle erst hintreiben, der sich bei diesen erst in 30—40 Jahren erfüllt haben wird. Aber bei den Eisenbahnen, wo der gleiche Verbrauch an fixem Kapital stattfindet, ob Reisende fahren oder nicht, ob Güter befördert werden oder nicht, müssen sie sorgen, hohe Gewinne durch Verabstufung der Tarife zu machen. Bei allen solchen Monopol-Unternehmungen sieht die Sache einfach so: Je niedriger sie die Preise stellen, um so größer sind die Gewinne, je höher aber die Preise, um so geringer sind die Gewinne! Die Ausgaben an fixem Kapital, die Zinsen, Amortisationen verteilen sich vielmehr bei der Massenproduktion. Es vermindern sich die relativen Produktionskosten bei einem möglichst großen Massenabfah. Uebertrieben wäre es ja natürlich auch, zu sagen, daß solche Unternehmungen mit den Preisen immer tiefer und tiefer herabgehen. Thatsächlich ist es nun bei den entwickeltesten Kartellen immer wieder eingetreten, daß die Preise immer mehr herabgegangen sind, so bei der Standard Oil Company (dem Petroleumtrust), dem entwickeltesten aller Trusts. Und das ist ganz erklärlich. Hat man eben einmal so große Röhrenleitungen gebaut, so kann die Kapitalistenanlage sich erst dann rentieren, wenn man mit den Preisen herabgeht. Aus den Gründen, die ich vorhin angegeben habe, ist es deshalb auch ganz unwahrscheinlich, daß selbst bei dem letzten großen Petroleummonopol die Preise in die Höhe gehen werden. Ganz abgesehen davon, daß das Petroleummonopol noch recht weit in der Zukunft liegt. Der Konsument hat also im allgemeinen von den Kartellen nichts zu fürchten. Nun habe ich allerdings in der Resolution gesagt, daß im Staate die Interessen der Konsumenten ausschlaggebend sein sollen, aber nur damit nicht irgend eine Schräpfung durch Viebesgaben, Steuerprämien, die an sich nichts mit den Monopolen zu thun haben, stattfinden könne. Gegen die Kartellierung an sich, gegen die Zusammenfassung der kleinen Unternehmungen in große haben wir absolut nichts einzurufen. Aber wir müssen verlangen, daß öffentliche Rechnung gelegt werde, wir müssen daher den Kartellen an sich nichts in den Weg legen, soweit sie einen Fortschritt in der Entwicklung darstellen. Der wichtigste Teil aber ist die Stellung der Monopole zu der Arbeiterklasse. Freilich gehen auch hier die Refürchtungen zu weit. Wir haben zwar in vielen Fällen eine Produktions einschränkung infolge einer Kartellbildung, aber das ist durchaus nichts anderes, als was auch bei einer Konzentration der Betriebe infolge einer Krise eintritt. Für die Gewerkschaften ist nichts gefährlicher als das ewige Wechseln zwischen Krisis und Ueberproduktion. Viel regelmäßiger Lebensbedingungen haben wir aber, wenn eine Stetigkeit, eine Regelung der Produktion durch die Kartelle eintritt. Der englische Arbeiter ist immer dafür eingetreten, anstatt an der Ueberproduktion mitzuwirken, lieber die kürzere Zeit regelmäßig zu arbeiten. Wir leben zwar immer sehr überlegen auf die theoretisch wenig geschulten englischen Arbeiter herab, aber in der Praxis sind sie uns doch über. Haben wir es doch erlebt, daß die englischen Spinner- und Arbeiter im Interesse der Verkürzung der Produktion von 6 auf 4 Tage in der Woche gestreikt haben, daß

die Bergarbeiter ein Begrüßungs-Telegramm an die Unternehmer gesandt haben, als diese die Produktion einschränkten. Sie wollten eben lieber regelmäßig etwas weniger verdienen, als dann plötzlich bei einer Absatzkrisis gar nichts verdienen. Die Arbeiter haben nur zu fürchten, daß sie nicht entschlossen genug sind, die neuen Bedingungen, die ihnen die Monopole gewähren, für sich auszunutzen. Aber auch das geschieht. Die Monopole organisieren die Arbeiter selbst. Bei voller Koalitionsfreiheit brauchen die Arbeiter die Monopole nicht zu fürchten. Ja, der endliche Sieg des Sozialismus wird durch die Riesen trusts beschleunigt. Es ist ein Weg für die Arbeiterklasse nach oben, jeder Riesenbetrieb ist eine Vorstufe für die sozialistische Organisation der Gesellschaft. (Beibehalter Weisfall.) Ich bitte Sie, die Resolution möglichst einstimmig anzunehmen.

Krumm-Billenburg: Mir scheint es, daß die Konsumenten doch die Monopole zu fürchten haben. Die Pinfelpreise sind durch den Einfluß der vereinigten Pinfelfabriken in Nürnberg um 20 pCt. gestiegen. (Hört!) Das Bernburger Soda-Syndikat, die vereinigten Stärkefabriken haben die Preise ihrer Produkte erhöht. Der Konsument wird geschöpft. Das ist die Absicht der Gründer der Kartelle.

Hue-Essen: In Essen ist der Sitz des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats. Ich kenne seine Wirklungen genau und kann mit den Ansichten Schippel's nicht völlig übereinstimmen. Die Kohlenpreise sind durch das Syndikat gestiegen worden. Die Kohlenproduktion kann nicht nach Belieben ausgedehnt werden. Auch mit den Ausführungen Schippel's über die Wirkung der Syndikate und Trusts auf die Gewerkschaften und auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter bin ich nicht einverstanden. Ich habe bei Krupp in Essen gearbeitet, der 17 000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist äußerst gering, dort sowohl wie bei Stumm. In diesen Riesenbetrieben besteht die Möglichkeit bei den Arbeitern, allmählich zu besser dotierten Stellen aufzurücken. Daher dann Schmaroherei und Liebedienerei. Der Großkapitalist kann eine stabilere Produktion einführen, das bietet die Möglichkeit für die Arbeiter, eine sichere Existenz zu schaffen. Deshalb fehlt es ihnen an Solidaritätsgefühl, das sie der Theorie nach, weil sie in Großbetrieben zusammen geschweift sind, haben sollten; das ist auch der Grund, weshalb ich nur geringe Hoffnung auf die gewerkschaftliche Bewegung habe. (Widerspruch.) Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kann niemals einen solchen Aufschwung nehmen, wie die englische, die mit dem Kapitalismus zusammen aufgewachsen ist. Ich sehe in den Gewerkschaften nur die Produktionsleistungen der Zukunft. (Beifall und Widerspruch.)

Zu der Resolution Schippel (112) ist folgendes Amendement von Schippel selbst eingegangen: An Stelle des vierten Absatzes: „Dieser durch die Kartellwirtschaft beförderte großkapitalistische Entwicklungsprozess ist unaufhaltsam und kann durch keine reaktionären Gesetzgebungsversuche gehemmt werden“ — folgendes Satz zu setzen:

Jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration löst fortgesetzt größere Massen ebenfalls Befestender von den Interessen des Besitzes los und lehrt die unüberwindliche Ueberlegenheit der national und international organisierten einheitlich geleiteten Produktion über die zersplitterte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und unüberwindlicher. Diese Entwicklung ist ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus!

Schoenlank: Bereits die beiden Vorredner haben zwei Punkte hervorgehoben, die Schippel schärfer hätte betonen müssen. Wir haben kein englisches Koalitionsrecht. Unsere Arbeiter können von dem Koalitionsrecht zum Teil gar keinen Gebrauch machen. Das aber ist der springende Punkt: Wir müssen erst die politische Macht haben. Wir müssen aufräumen mit den Polizeigeiseln, ehe wir den Kartellen ohne Furcht entgegen treten können. Schippel hat mehr die negative Seite der Kartelle hervorgehoben, aber er hat nicht scharf genug betont, daß es sich hier um eine Regelung der Produktion auf sozialistischer Basis handle, daß die Herren aber nur kollektivistisch produzieren, den Profit aber in ihren Privatsäckel stecken wollen; er hätte betonen müssen, daß im Kartell der moderne Großbetrieb sich aller Mittel der modernen Technik bedient, daß ein Erfah der menschlichen Arbeitskräfte durch technische Hilfskräfte stattfindet, daß dadurch aber die Unsicherheit des Erwerbes zunimmt. Nun sagt Schippel, der Staat solle hier eingreifen; wie kann das der Staat der Herren von Hammerstein, der Waare, Krupp, wie kann das der Staat, der selbst, wie Preußen im Kalisyndikat und im Salinensyndikat, der ärgste Kartellbruder ist. Damit der Staat den an ihn gestellten Forderungen entspricht, muß er erst demokratisiert werden; an stelle der Krupp und Stumm, der Kalitönige und Walzwerkkönige muß dem Volke die ausschlaggebende Stimme zufallen. Das durch die Kartelle die Krisen besänftigt werden, ist ein unbegründeter Optimismus. Wir müssen mit kühlem Blute eine naturnotwendige Entwicklungsphase des Kapitalismus betrachten. Der Einwand, daß die Großindustrie an sich die Arbeiterorganisationen unmöglich macht, muß dahin eingeschänkt werden, daß die Großindustrie die beste Aussicht zur Entwicklung dort hat, wo die Lage der Arbeiter schlecht ist. Aber die Kartelle werden zu Despoten, wir müssen deren Despotismus vernichten, indem wir zunächst nach der politischen Macht streben.

Gebel-Bergedorf führt einige Beispiele aus der Glasindustrie an, wo die Kartellierungen eine sehr große Gefahr für den Arbeiter geworden sind. Selbst das freieste Koalitionsrecht könnte den Arbeitern nicht viel gegen diese Ringe helfen. Besonders verderblich ist für die Glasarbeiter ihre Wohnungsabhängigkeit vom Fabrikanten.

v. Elm-Hamburg: Mit den Ausführungen Schippel's stimme ich vollkommen überein. Schippel hat gar nicht gesagt, daß der Konsument von den Ringen überhaupt nicht geschont würde. Er hat sie nur nicht auf die Dauer zu fürchten. Was die Stellung der Trusts zu dem Arbeiter als Produzenten betrifft, so glaube ich nicht, daß sie die Gewerkschaftsorganisation unmöglich machen, diese Verhinderung ist nur momentan. Das Wachen des Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern im allgemeinen wird auch auf die Arbeiter in Großbetrieben à la Krupp einwirken. Dafür ist die Geschichte der englischen Gewerkschaften ein sprechender Beweis. Das Fehlen eines freien Koalitionsrechtes ist die Ursache für die Schwäche der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das Anwachsen der Arbeiterbewegung wird den Staat nötigen, freiere Vereinigungsgeetze zu erlangen. Je mehr sich die Arbeiter organisieren, desto näher ist das Ziel.

Udler-Wien: Als Fremder hätte ich nicht das Wort ergriffen, wenn ich nicht dazu angeregt würde durch meine Teilnahme an den Verhandlungen des diesjährigen Kongresses für Sozialpolitik zu Wien über denselben Punkt. Dieser Verein ist

ein Verein von Professoren, von Kathedersozialisten von ehemals, die, um den Kaliber zu behalten, den Sozialismus fortgeworfen haben. (Sehr gut! Weiterkeit. Auf diesem Kongresse wurde nun über die Kartelle hin und her geredet, ob sie gefährlich oder ungefährlich, nämlich oder verderblich seien. Kurz, es waren lauter Dinge, die ich hier nicht gehört. Und darüber habe ich mich außerordentlich gefreut. Dadurch hebt sich die Diskussion hier vortheilhaft ab von den Diskussionen der Professoren. Hier ist die Kartellbildung von vornherein aufgefaßt worden als eine Notwendigkeit, die man zu verstehen habe, nicht aber als etwas, wobei man nachdenkt, ob man die Polizei dagegen zu Hilfe rufen soll oder nicht. Aus der Diskussion hier ist hervorgegangen, daß die Kartelle die wirtschaftliche Macht des Kapitals erhöhen gegenüber dem Konsumenten und dem Arbeiter. Mit vollem Recht wurden vom Referenten allzugroße Beschränkungen und phantastische Vorstellungen über die Kartelle zurückgewiesen. Indem er aber eine Seite der Sache zeigte, wurde die andere etwas in den Hintergrund gedrückt. Die Gefahr nämlich, die für die Arbeiter bei den Kartellen wirklich besteht. Es wäre unredlich, die Augen dagegen zu verschließen. Die Gewerkschaften werden nicht gefördert durch die Kartelle, mit der Konzentration des Kapitals gerät die Arbeiterkraft bei ihrem wirtschaftlichen Kampf in Nachtheil dem Kapital gegenüber. Daraus folgt, daß sie sich mit um so größerem Gewicht auf die andere Seite des Kampfes legt, auf die politische. (Sehr richtig!) Elm meinte, in England hätte die Entwicklung des Großkapitals die Entwicklung der Gewerkschaften nicht verhindert, und daß es ebenso in Deutschland kommen werde; das glaube ich nicht. Die englischen Gewerkschaften sind zu einer Zeit geworden, die für uns für immer vorbei ist. Damals war der Kapitalismus jung, naiv und blind, jetzt ist er alt und erfahren und wehrt sich mit größerer Macht gegen die Arbeiterbewegung. Und liegt nicht die Thatsache vor, daß die englischen Gewerkschaften in letzter Zeit in ihrem wirtschaftlichen Kampf beinahe kapituliert haben vor dem Unternehmertum, daß sie sich gefügt haben, der wirtschaftliche Kampf ist unvollständig, deshalb ist der politische Kampf erforderlich. Elm sagt: ja, der Staat wird nicht immer so sein. Ich möchte davor warnen, immer auf dieses letzte Klappen hinzuweisen. Das Anwachsen der politischen Macht einer Klasse geschieht nicht so, daß sich heute eine Klasse in völliger Ohnmacht, und morgen in völliger Allmacht befindet. Geschichtlich vollzieht sich dies Anwachsen allmählich. Auch die Kartelle werden nicht in ihrer Entwicklung auf einmal von uns geregelt werden, sondern in dem Maße, wie die Sozialdemokratie politische Macht erobert, in dem Maße wird sie gegen die wirtschaftlichen Organisationen vorgehen. Ich habe zu konstatieren, daß wir einig sind darin: Die Kartelle sind die mächtigste Organisationsform des Kapitalismus. Sie sind auf wirtschaftlichem Gebiete unmöglich von der Arbeiterklasse zu bekämpfen, auch auf politischem nicht, denn die Polizei ist in der Hand der Kapitalistenklasse, sondern allein durch die politische Machtentwicklung der Arbeiterklasse! (Bravo.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Schnepf: Die Abänderung meiner Resolution ist eine rein stilistische. Wäre ich doch in der Lage, daß der Kampf sich immer mehr auf das politische Gebiet hinüberzieht, aber man muß sich dagegen verwahren, daß der gewerkschaftliche Kampf immer ausschließlicher und ausschließlicher wird. In einem Schlußworte darauf einzugehen, ist nicht gut angängig, aber betonen möchte ich doch, daß neben der Konzentration des Kapitals auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch eine Schwächung des Kapitals stattfindet. Nehmen wir einmal an die Verhältnisse in Pennsylvania, auf die ich mich vorher bezog, seien sie so wie die Verhältnisse der Arbeiter und ihre Entrechtung die Schuld der Kapitalkonzentration? Ich sage, die Kapitalmacht düpelt sich den vereinigten Hausindustriellen gegenüber mit einer ganz anderen Macht als den gemeinsamen arbeitenden, zusammengeschlossenen Arbeitern, und seien sie auch so rückständig wie die Böhmen, Polen u. s. w. in Pennsylvania. Ich glaube, es ist eine Unterschätzung des gewerkschaftlichen Kampfes, die eintritt, wenn eine Hausindustrie sich in die Großindustrie hinübergibt. In einem solchen Moment befindet sich die Gewerkschaftsbewegung allerdings in einiger Verlegenheit; aber denken Sie an Pullman, wo die Gewerkschaftsbewegung ihre bedeutende Macht erzielte. Bezüglich der Preissteigerung durch die Kartelle muß man nicht zurückgehen auf die Hungerpreise infolge der Krise. Bei freier Konkurrenz wäre genau dasselbe der Fall gewesen. Gerade während des Antracht-Traus in Amerika ist die Kohlenproduktion an sich erheblich gestiegen und damit sind die Preise zugleich gesunken.

Bei der Abstimmung wird zunächst durch Beschluß der Absatz 4 der Resolution in der zweiten Fassung endgültig akzeptiert. Danach wird die Resolution Schnepf in der endgültigen Fassung akzeptiert.

Nach Bericht der Reumer-Kommission wird dem Parteitag der Antrag unterbreitet, zu erklären:

1. Daß die Zwischigkeiten innerhalb der badischen Sozialdemokratie der Würde der Partei nicht entsprechen und nach allen Seiten zu mißbilligen seien.
2. Daß ganz besonders die Intrigen und Heberien Müdt's zu verurtheilen seien.
3. Daß Stegmüller nicht geeignet sei, sein Mandat im Namen der sozialdemokratischen Partei auszuüben.
4. Daß es den badischen Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, das Parteinteresse höher zu stellen als die persönlichen Zwischigkeiten.

Das gilt sowohl für den Genossen Sed als auch für Müdt und Dreesbach. Nachdem Stegmüller, Müdt und Dreesbach noch gesprochen, und dieser ersucht, die Resolution zu gunsten Stegmüller's zu mildern, geht von Volkmar und Genossen ein Antrag ein, den Absatz 3 zu streichen und dafür zu setzen: Stegmüller ein Tadelvotum auszusprechen.

Blas präcipirt in seinem Schlußworte die Stellungnahme der Kommission.

Absatz 1 und 2 werden angenommen. Absatz 3 wird nach dem Antrage Volkmar angenommen. Absatz 4 wird nach dem Kommissionsbeschlusse angenommen.

In der Angelegenheit Bessungen-Darmstadt wird beschlossen, daß sich die Bessungen Sonderorganisation zu gunsten der Darmstädter Organisation aufzulösen habe.

In der Solinger Angelegenheit wird beschlossen, Schumacher für sein Verhalten der Vergifteten Arbeiter-Summe gegenüber ein Tadelvotum zu erteilen. Nur das mangelhafte Material hindere daran, gegen Schumacher die Konsequenzen wegen seiner Zuwiderhandlung gegen den Abnehmer zu ziehen. Die übrigen bedeutungsloseren Angelegenheiten werden nach den Kommissionsanträgen erledigt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Wegen starker Vermengung der Trakte zwischen Berlin und Frankfurt a. M. aus Anlaß der Reichskanzler- und Ministerreise kann der ausführliche Bericht erst morgen folgen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Tokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute Abend von 7 bis 8 Uhr abgehalten.

Die Lokalliste haben wir, um einem vielfach geäußerten Wunsche aus den Reihen unserer Parteigenossen nachzukommen, heute zuerst als besondere, selbständige Beilage dem „Vorwärts“ beigegeben. Diese kann zusammengefaßt und dann als Prospekt bequem in der Tasche getragen werden. Wir sind der Ueberzeugung, daß hierdurch die Liste ihrem Zweck mehr entsprechen wird und daß die Neuerung daher des Beifalles unserer Leserschaft sicher ist.

Zur Lokalfrage. Folgende Saalbesitzer haben sich durch Unterschrift bereit erklärt, hinfort ihre Lokale zu allen sozialdemokratischen Versammlungen (politischen wie gewerkschaftlichen) unentgeltlich zur Verfügung zu stellen: Zum Freischütz (F. Völkering), Fruchtstr. 66a, R. Buske, früher Seeheld, Grenadierstr. 33, und Feist, Brunnenstr. 192. Es sei noch bemerkt, daß diese Wirthe ausschließlich boykottfreies Bier verkaufen.
Die Lokalkommission.

Zur Lokalliste. Schmidt, Weidenweg 14, mußte aus der Liste gestrichen werden, weil er boykottirtes Bier schänkt. Wegener, Pringenallee 68, verweigert die Kontrolle.

Die Ringbierwirthe legen während des Boykotts zum Theil eine Nervosität an den Tag, die schon nicht mehr schön zu nennen ist. Fuhr da neulich Nachts der Kutscher der Drosche 5724 einen Kellner nach dem Lokal von Ulrich in der Friedrichstraße. Der Fuhrer wollte sich in seiner Weise erkenntlich zeigen und für den Kellner ein Glas Bier zum Besten geben.
„Wenn es kein boykottirtes Bier ist, trinke ich es“, war die pflichtgemäße Antwort des Kutschers, „aber der Wirth, wo Sie aufsteigen, scheint dem Geschmack der Arbeiter-Schaft keine Rechnung zu tragen. Ich will Ihnen aber nichts abschlagen, und nehme statt des Bieres, das mir doch nicht schmecken wird, einen Kognak und eine Zigarre.“

Trotzdem der Fuhrer, wenn er auch Tags über im Frack daher geht, kein besonderes Interesse daran haben konnte, den Ringbiermännern sordentlich und dienlich zu sein, kaprizierte er sich doch darauf, daß der Kutscher Ringbier trinken sollte.
„Was mir nun einmal nicht schmeckt, das trinke ich nicht“, sagte dieser, und ließ das Getränk, das ihm aufgedrängt werden sollte, mit der gebührenden Konsequenz stehen.

Wie es nun allemal vom Uebel ist, wenn sich ein Wirth in den Dünkel seiner Gäste mischt, so auch hier. Ohne daß der Herr Ulrich eine Ursache gehabt hätte, in diese Unterhaltung einzugreifen, ließ er sich plötzlich zu der unschönen Aeußerung hinreißen, daß der Kutscher wohl einer von der bewußten Sorte sei, mit denen ein ordentlicher Gast überhaupt nicht fahren solle!

Und dunkt, daß ein Wirth so wenig Ursache hätte, derartig mißachtend über seine Gäste zu sprechen, als die Gäste den Wirth, der nun einmal mit Ringbier glaubt besetzen zu können, an sich auch nicht als eine moralisch minderwerthige Person betrachten. Derartige gereizte Aeußerungen lassen sich nur dadurch erklären, daß den Herren Ringbierwirthen der Boykott verunsichert haargenau in den Gliedern steckt.

Wie es in boykottirten Bierlokale zugeht, und welche Macht insbesondere das samose Schuitheibier auf die antisemitischen Saukolonnen und sonstige Besucher der Höfischen Vierteltempel ausübt, davon ist selbstverständlich keiner besser unterrichtet, als Herr Röske selbst, und er weiß auch wirklich ein Lied davon zu singen — ein Lied, „das hat eine wunderbare, gewaltige Melodie!“

Von der Gewalt der Höfischen Poesie und von der wunderbaren Macht seines Bieres kann man sich keinen rechten Begriff machen, ohne beides zu kosten; da das letztere für zielbewußte Arbeiter unmöglich, Höfische Verse aber nicht boykottirt sind, so wollen wir heute davon unseren Lesern zum Vergnügen eine Probe geben, indem wir uns vorbehaltlos, demnach „Herrn Röske als — Dichter“ in seiner ganzen Glorie zu würdigen. In der letzten Nummer seines Leitblattes befindet Herr Röske frei nach Schiller's Lied von der Glocke „des Bieres Macht“, indem er zunächst anerkennt, wie wohlthätig diese Macht ist, wenn man das Bier nicht hastig, sondern mit Mäßen, immer ein Glas nach dem andern, ruhig und bedächtig hinunterzieht, zuvor aber vor allen Dingen die Speisekarte recht gründlich um Rath fragt. Doch — wir belassen anfrichtig: wir fühlen uns machtlos, auch nur annähernd den Eindruck und Schwung dieser herrlichen Höfischen Verse in unserer trüben Prosa wiederzugeben. Hören wir ihn deshalb selber „schlagen in der Saiten Gold“:

„Doch fürchtbar wird des Bieres Kraft — Wenn es der Mensch zu eilig schaffet — Und hat er keinen Grund gelegt — Sich bald der Aße in ihm regt. — Wehe, wenn er losgelassen — Wachend ohne Widerstand! — Nichts will dann dem Menschen passen, — Er ist ganz außer Rand und Band. — In dem Wirthshaus — Ist's sonst friedlich — Und gemächlich, — Doch dann giebt es manches Mal — Viel Standaß. — Er rüthet 'nen großen Mund, — Ohne Grund, — Roth wie Blut — Ist sein Antlitz, — Hoch steigt seines Hornes Wuth, — Welch Gefimmel um ihn her! — Er brüllt sehr, — Für ihn bilden sich Parteien, — Andere dagegen schreien, — Daß sie arg beleidigt seien. — Bald beginnt man Ernst zu machen, — Häuße drohen; — Stühle krachen, — Tische stürzen, — Gläser klirren; — Wirthsfrau jammert; — Kinder iren; — Hunde wimmern; — Unter Trümmern, — Wer vernünftig ist, der flüchtet; — Denn der Streit wird nicht geschlichtet, — Gegen des Verstandes Stätte — Um die Wette — Fliegt ein Stuhlbein, hoch im Bogen — Kommt ein volles Glas r'fliegen, — Saufend kommt ein Wurf gezogen, — Der die helle Lampe sucht, — Brässelnd von der großen Wucht — Fällt sie in viel hundert Scherben, — Allgemein wird das Verderben — Und als sollte man für immer — Bei dem fürchtbar'n Standaß — Gänzlich sein Gehör verlieren, — Wird das Lärmen in dem Zimmer — Diefen groß, — Hoffnungslos — Weicht der Gastwirth dem Gemälde, — Mähig sieht er sein Getränk — Und bedauernd untergeben. — Ganz geschminkt — Ist die Stätte — Und das Bier brüht um die Wette. — In dem schönen Stimmungsraum — Wohnt das Brauen, — Ganze Gläser sind zu schauen — Nur noch zwei.“

Doch genug des grausamen Saitenspiels! — Der Raum des „Vorwärts“ ist durch die Parteitagsberichte zu beschränkt, sonst würden wir die Höfische Lege ganz ausklingen lassen; nur eines müssen wir noch zur vollständigen Charakteristik dieser Kadavertänze hinzufügen, daß nämlich der Gastwirth berubigt zu Bett geht, denn „Was Horneswuth ihm auch verleiht, — Ein süßer Trost ist ihm geblieben: — Von denen, die sich hier erbeugen, — Wird Alles wieder ihm erleht.“ — Natürlich! Die Leute, die in solchen Lokalen verkehren und sich derartig betragen, haben's ja dazu! — Und die Wirthe solcher Lokale haben auch das Recht, die ganze Nacht offen zu halten! Dagegen müssen Arbeiterlokale, in denen gesittete Menschen verkehren, Punkt 11 Uhr schließen! — Ja, es geht nichts über die bürgerliche Gerechtigkeit!

Die Polen in Charlottenburg. Die „Post“, das Organ der höheren Polizeibeamten und Staatsanwälte, schrieb vor kurzem, daß die in Charlottenburg wohnenden Polen energigsten Widerstand gegen die Agitation der Sozialdemokraten entgegen gesetzt habe, daß den letzteren der Wuth zum Weiter-agitieren gänzlich vergangen ist. Wir würden von diesem Klatsch keine Notiz genommen haben, wenn nicht noch andere gegnerische Blätter den Charlottenburger Vorgang als ein Beispiel, daß die Polen überhaupt von den Lehren der Sozialdemokratie nichts wissen wollen, aufgestellt hätten.

Was die Charlottenburger Angelegenheit betrifft, so sei hier folgendes erwähnt:
In der Gegend von Charlottenburg (Halensee) arbeiteten bei der Zuschüttung großer Moräste und Gewässer mehrere

hundert Polen, welche in Erdböhlen, die mit Stäben bebaut waren, wohnten. Ihre Nahrung bestand aus Kartoffeln und Hering; als Getränk zu diesen Speisen (?) bedienten sich die Männer ihrer Kopfbedeckung, die Frauen ihrer Schürzen. Auch gingen sie ohne Ausnahme, ob Mann, Frau oder Kind, barfuß und halbnackend. Außerdem zeigte sich bei ihnen noch eine andere Erscheinung, von der wir hier nichts mittheilen wollen, da dieselbe durch die primitiven wirtschaftlichen Verhältnisse, Armuth und Noth herbeigeführt worden ist. — Tausende von Berlinern pilgerten nach Halensee „zu den Polacken“ heraus, um sie als aus anderen Erdtheilen eingeführte Wilde zu bewundern.

Dieses empörte unsere in Berlin ansässigen polnischen Genossen in höchstem Grade, und sie beschloßen, ihren Landsleuten die Bedeutung der Menschenwürde und Gleichberechtigung vor die Augen zu führen. Dieses gelang auch vollständig. Die veranstalteten öffentlichen Versammlungen waren von den polnischen Erarbeitern förmlich überfüllt und die Vorträge wurden mit dem größten Enthusiasmus begrüßt. Diese günstigen Resultate waren aber ein Dorn im Auge des Charlottenburger katholischen Pfarrers, welcher beschloßen hatte, die sozialdemokratischen Versammlungen nach seiner Art zu schädigen.

Dazu bot sich ihm eine sehr gute Gelegenheit. In einer dortigen Farbenfabrik arbeiten einige hundert Polen unter Aufsicht ihres Meisters Szymbrowicz, der gleichzeitig das Amt eines Kirchendiener's bekleidet. — Nachdem die polnischen Genossen ihre fünfte öffentliche Versammlung einberufen hatten und sich etwa 50 von ihnen versammelt hatten, erschien auch der genannte S. mit seiner lebenden Fabrik, bestehend aus ungefähr 500 Personen. Als der Referent seinen Vortrag mit dem Thema: „Wie verbessern wir unsere Lage“ eröffnen wollte, schrien die Fabrikarbeiter: „Wir wollen keine Verbesserung! Wir verdienen 14 M. wöchentlich! — Es lebe der Paps! — Es lebe Kaiser Wilhelm.“ Hierauf wurde durch den beauftragenden Polizeileutnant die Versammlung aufgelöst. Der Tumult wurde aber noch größer als die Segner „Heil dir im Siegesstranz“ brüllten. Viele von denselben enthielten sich aber des Singens und reichten im Geheimen den polnischen Genossen freundschaftlich ihre Hände mit der Erklärung, daß sie für die sozialdemokratischen Ideen sympathisiren, doch ein öffentliches Bekennen zu denselben sich enthalten müßten, da sie sonst von ihrem Meister aus der Fabrik hinausgeworfen würden. Trotz des starken Aufgebots der Polizei konnte nicht verhindert werden, daß ein Theil der Wütheriche, die ihren tierischen Instinkt nicht beherrschen konnten, sich mit ihren Stöcken auf die Genossen hinstürzten und einige Verwundungen ihnen beigebracht haben.

Die polnischen Genossen haben sich aber trotzdem doch nicht abschrecken lassen und die Flinte nicht in's Korn gemorfen. Denn gerade diese Manipulation hat ihnen bewiesen, daß die armen Arbeiter sich nur als Werkzeuge einiger Mucker gebrauchen lassen, und darum energischer und durchgreifender Agitation hier am Plage sei.

Die Saat, die die Genossen hier ausgestreut haben, ist bereits im Aufgehen und wird bald die schönsten Früchte tragen. Trotzdem und alledem wurde in Charlottenburg ein polnisch-sozialdemokratischer Arbeiter-Bildungsverein ins Leben gerufen. Die erste Vereinsitzung findet am Sonntag, den 28. d. M., Nachmittags 2 Uhr, bei Krause, Bismarckstr. 74, statt.

Aus der Schwarzkopffischen Maschinenfabrik. Die scheußliche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in diesem kapitalistischen Musterinstitut, von der wir am Mittwoch ein für unsere sogenannten Kulturstaaten tief beschämendes Bild geben mußten, ruiniert um den Preis eines Vinfengerichts nicht allein die Körperkonstitution der Lohnsklaven an sich in unerantwortlicher Weise, sondern sie erhöht auch die Gefahren des Betriebes ganz übermäßig. Für die paar Pfennige des Ueberstundenlohnes hat der Arbeiter zehnjährige Wucherzinsen zu zahlen, Heil und Profit aber blüht allein dem Kapital.
Wir richten an die Trabanten des Kapitalismus, besoldete und unbesoldete, die höfliche Einladung, einmal ihre Nase in einen Fass zu stecken, der allen, die da sehen wollen, klärlieh zeigt, daß es der Arbeiter ist, der für sein Leben lang einen Dentsattel empfängt, wenn Staat und Gesellschaft gestatten, daß rücksichtslose Profitwuth über seine Körperkraft schrankenlos gebietet.

Der Arbeiter Speck hat in der Schwarzkopffischen Maschinenfabrik in der Chausseestraße während der sechs Arbeitstage der jüngstverfloßenen Woche nicht weniger als 98 Stunden gearbeitet. Am Sonntag war nothgedungenen Aufbot. Darauf schaffte er am Montag dieser Woche zwölf Stunden lang, am Dienstag von Morgens sechs bis zum Mittwoch Morgens sechs Uhr, also 24 Stunden hinter einander! Hierauf pausirte Speck sieben Stunden, um dann wieder von ein Uhr Nachmittags bis zum Donnerstag früh sechs Uhr zu arbeiten. Sodann ging es wieder punkt ein Uhr los. Um vier Uhr Nachmittags hatte er an einer schweren Kupferwalze im Gewichte von etwa zwanzig Zentnern zu hantieren. Der letzten Tage Qual war aber fast zu fürchtbar gewesen; schlaftrunken nur verrichtete Speck seine schwere Arbeit. Da — ein Fehltriff; der Kolof rollte zurück und in der nächsten Minute waren dem Arbeiter drei Zehen vom Fuß abgequetscht, die in Fesseln vorzeigten.

Er wurde aus der Fabrik fortgeschafft, schnell, schnell, damit der Betrieb nur ja keine unnütze Unterbrechung erleide. Und weiter geht die wilde Jagd, hei, hussa! Ueberstunden, Ueberstunden!

Was ist es denn auch großes, wenn die Arbeiter sich zu Krämpfen schinden oder bestenfalls einige Jahre vorzeitig von der Brut, die sie in die Welt gesetzt haben, Abschied nehmen müssen? Was schadet das dem Betrieb, wo es doch jederzeit Ersatz in Hülle und Fülle giebt? Und ist für den leichtsinnigen Arbeiter, der sich selbst wenn er aus reiner Frivolität, wie es in den Organen des Schlotjunkerthums heißt, zum Krüppel gemacht hat, nicht um Ueberflus durch eine weise sozialpolitische Gesetzgebung meiterhaft gesorgt? Erhält so ein Tölpel doch seine erste ganze dreizehn Wochen hindurch seine barens zwölf oder vierzehn Mark aus der Krankenkasse. Und wenn diese Frist verstrichen, dann sorgt eine interessanter gestaltete Unfallversicherung sogar dafür, daß dem Arbeiter keine Langeweile erthehe. Sechzig Prozent Rente! Zu viel, hinein in die Rentenquetsche — fünfzig Prozent, vierzig Prozent, und so weiter mit Grazie!

Derweil aber geht bis zum unvermeidlichen Krach die wahnsinnige Hast in der Fabrik weiter. Zwölfeinhalb Prozent Zwiwendende gab's nur im letzten Jahr; aber frohe Hoffnung blüht, die Schwarzkopff-Aktien stehen jetzt auf 22!

Schützt darauf los, Arbeiter, hei, hussa, 90, 100, 105 Stunden — fort mit Schaden!!

Es lebe die heutige Ordnung, die segensreiche in der kapitalistischen Welt, es leben ihre reizenden Schmeistern, die Religion und die Sitte, die bei vierundzwanzigstündiger Arbeitszeit trampelhaft geschätzt werden müssen gegen Umsturz und Achstundenswahn!

Turchsicherung der Sonntagruhe. Besonders rührend unter den mancherlei Petitionen um Durchsicherung der Sonntagruhe ist eine von dem Schugverein der Papierindustrie an den Bundesrath abgefaßt, in der die Profrühwütheriche dieser Branche Schandweg für die beiden Monate November und Dezember eine Arbeitszeit von mindestens sechs Stunden gestattet haben wollen. Für die Luxuspapierfabriken, Monogramm-Prägerien und Buchbindereien, so heißt es in der Petition, sei das Verbot der Sonntagarbeit besonders hart, indem dieselben viele weibliche Arbeiter beschäftigen und durch gesetzliche Bestimmungen verhindert sind, deren Arbeitszeit auszuweihen. Wenn dies ermöglicht werden solle, könne es nur durch Zulassung der Sonntage geschehen.

Die Unternehmer, die hier im geheulichen Interesse der von ihnen ausgehenden Arbeiterinnen fast Krotobildhauern weinen, zahlen so ziemlich die allererbärmlichsten Löhne, und das will in Berlin, wo die weibliche Arbeitskraft im Ganzen höchst elend entlohnt wird, schon etwas sagen.

Profitwuth, Polizei und Sonntagruhe. Uns wird geschrieben: Vor kurzem haben Sie zweifelnd der Mittelstellung eines Richterthumers Raum, wonach die liebe Polizei gegen die Profitwuth, welche an der Ausbeutung ihres Personals während der Woche nicht genug haben, und dasselbe auch noch des Sonntags schänden, jetzt „mit ganz besonderer Schärfe“ vorgehen werde. Wohl den Hilfsarbeitern im Handelsgewerbe, wenn sich das so verhielte; die Arbeiter spüren bis jetzt noch sehr, sehr wenig von der seitens der Polizei an den Tag gelegten ganz „besonderen Schärfe“. Im Gegentheil sind die auch des Sonntags ausgepreßten Arbeiter immer noch der unmaßgeblichen Meinung, daß viel zu wenig geschieht und daß sich die Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen, welche bezüglich der Sonntagruhe geschaffen sind, in ganz erschreckender Weise mehren. Es dürfte bekannt sein, daß die organisierten Hilfsarbeiter angefaßt dieses Ständels selber die Kontrolle in die Hand nahmen und die Befehlsverleher auf den Revierbüros anzeigten. Da konnten die Arbeiter aber zum Theil recht fatale Erfahrungen machen. In gar vielen Fällen hatten sie die unangenehme Empfindung, daß das Entgegenkommen der Polizeibehörden, auf das sie mit Bestimmtheit rechneten, nur ein sehr mäßiges war, man wurde inquirirt, es gab eine ganze Reihe oft kaum zur Sache gehörender Fragen, und wenn man dann endlich so weit war, daß der Profitwuth behördlich bei der That ertappt worden sollte, dann war seine Sube zuweilen schon geschlossen. Einem Arbeiter wurde auf dem Revier kurz und bündig erklärt, daß man es ablehnen müsse, auf Veranlassung einer Privatperson Recherchen vorzunehmen; man möge selber kontrolliren und dann die Anzeige beim Polizei-Präsidium erstatten. Es ist klar, daß bei einem solchen behördlichen Verhalten die private Kontrolle fast zwecklos ist, denn abgesehen von der leicht möglichen wirtschaftlichen Schädigung des Arbeiters, ist es auch der Polizei bekante Thatsache, daß die von den Unternehmern während der Sonntagarbeit verschlossen gehaltenen Thürnen sich nur schwer einer Privatperson, dagegen leicht an Beamten öffnen. Bei aller Positivität wollen die unter der Sonntagsausbeutung leidenden Arbeiter der liebe Polizei aber doch einen guten Rath geben. Es sei ihr empfohlen, erstens des Sonntags nicht allein auf die verschlossenen Thüren, sondern auch, soweit ihr dies nur möglich, dahinter zu blicken; zweitens aber möge sie einmal den Postämtern des Sonntags Nachmittags nach 5 Uhr einen Besuch abstatten. Ihre Strafgeleitzettel würde da vielleicht einen ungeahnten Zuspruch erhalten!

Aus der Hauptstadt der Sozialreform. Wiederum haben umfangreiche Kündigungen von Nachwachbeamten in den letzten Tagen stattgefunden, und zwar in fast allen Polizei-Hauptmannschaften. Doch ist am meisten davon die siebente Hauptmannschaft auf dem Gesundbrunnen betroffen worden. Bei dieser neuesten Massenkündigung ist in bezug auf das Dienstalter der Wächter auch schon bis zur Grenze von neun Jahren vorgeschritten, während bisher fast nur solche Leute entlassen worden sind, die erst vier bis fünf oder sechs Jahre bezw. als Hilfs-wächter im Dienst waren. Es befinden sich unter jenen bis zu neun Jahren als Wächter thätig gewesenen Leuten verschiedene, die bereits im Alter von vierzig und mehr Jahren stehen und größere Familien haben.

Eine viertelstündige Arbeitszeitverspätung hatten Freitag früh um sechs Uhr die Arbeiter, die mit dem Vorortzuge von Spandau nach ihrer Arbeitsstätte befördert sein wollten. Grund: Der „Kais. Zug“ sollte um diese Zeit in den Bahnhof einlaufen, weswegen der übrige Eisenbahnbetrieb eine Zeit lang unterbrochen wurde! Es ist unbekannt, wie viel Lohnverlust und Strafgeleitzettel diese Maßregel u. a. für die Arbeiter der Dörve'schen Fabrik ausgemacht hat. Hier herrscht nämlich der schöne Brauch, daß zur Förderung frommer Tugend den zu spät kommenden Arbeitern an gewöhnlichen Tagen gnädigst nur eine Mark, an Tagen aber, die auf den Sonntag folgen, stramm zwei Mark vom länglichen Wochenlohn abgezogen werden.

Direktor Franz Renz trägt wie immer, so auch jetzt den Zeitläuften Rechnung und bringt das im heurigen Daffentanz ziemlich arg mitgenommene Reich der Chinesen vor dem Berliner Publikum zu schönem Ansehen. Der berühmteste aller Zirkusdirektoren hat darin einen scharfen Instinkt offenbart, daß er von den kriegsführenden Mächten des Ostens die Japaner, die in ihrer frischen Lebendigkeit ganz mit Unrecht dem hohlen, schmerzlichen Preussenthum zur Seite gestellt werden, links liegen ließ und dafür das Reich des Hofes, in dem wir so viele verwandtschaftliche Züge erblicken, in die Manege hob. Tjo Ni En heißt das chinesische Neujahrsfest, das phantastisch verklärt, am Donnerstag zum ersten Mal im Zirkus Renz gefeiert wurde. Man darf nun, wie uns der Verfasser des Festspiels ansehnlich belehrt, bei einem chinesischen Neujahrsfest weder an Festschmuck, noch an eingetriebene Hüte denken, auch kann von gehobener Stimmung nur insoweit die Rede sein, als die Zirkusmanege durch eine Original-Franz-Renz'sche Erfindung um einige Fuß in die Höhe gehoben und dann statt mit einer dampfenden Bowle, mit einem dampfenden Teppich belegt wurde. Nachdem diese Vorbereitungen getroffen, werden vor dem Kaiser des bezugten Landes, der sich zu allem, was um ihn her geschieht, unheimlich schweigsam verhält, eine Reihe Gaufelspiele aufgeführt, gegen die die Turgelbäume unierer Edelfen und Besten der reime Mumpst sind. Lustkünstler, Reckturner, Jongleure, chinesische Akte, Seiltänzer und Akrobaten belehren den Herrscher eindringlich darüber, daß er es mit Unterthanen zu thun hat, die im Winden und Drehen in einer Neujahrsnacht mehr leisten, als ein Berliner Gewerbetreibender das ganze Jahr hindurch. Aber erst die mit den Vertrauens der Getreuen in engen Beziehungen stehenden Balletdamen! Die bringen Musik in die Manege und stimmen im hübschen Schellenchorus das zum chinesischen Nationalhymne gehobene Lied von der schönen Mälerin aus dem Obersteiger an, sodas eitel Harmonie in China ist. Aber wie schon das Beispiel des deutschen Reichstages lehrt, kommt man schließlich bei der besten Abtönung auf den Hund und um so schlimmer ist es, wenn wie in China Damen ihre Wädhchen mit im Spiele haben. Ein Hundetanz, der diesmal vom zarten Geschlecht aufgeführt wird, loht zum Unglück das Verhängnis aller

Eintracht, den großen Moloch hean, und wenn das Stück an diesem Punkte nicht gerade zu Ende wäre, so würde die ganze chinesische Reichsherrschaft schon in der Neujahrsnacht in seinem grünen Nachen verschwinden!

Herr Direktor Renz erntete für das mit reichem Glitter ausgestattete Schauspiel verständnißvollen und wohlwollenden Beifall.

Zum dreihundertsten Male ist am Donnerstag **Charles Zante** über die Bretter des **Adolph Ernst Theater** gegangen und mit ihr sind fromm und fröhlich die **Bajaggi** marschirt, jene schallhaften Schächer, deren auf der Bühne ebenso lieblich wie auf der Straße schänderhaft klingendes Lied von der **Anne-Marie** in diesem Jahre so unendlich viel Unheil angerichtet hat. Es ist ja nicht zu verkennen, daß **Adolph Ernst** aus der Noth eine Tugend machen mußte und halb verschämt zu seiner alten Liebe zurückgekehrt ist, nachdem die schwinblichtige **Volotte** mit **Maly** und **Noth** über ihre 29 Tage hinweggebracht war. Aber wer da sah, wie flott die ehrwürdige Zante nach Jahresfrist noch über die Bühne trippelte, der mußte nicht allein über die sentimentale Anhänglichkeit des Direktors zu der Dame, deren gothischer Kreuz er trägt, verständnißvoll ein Auge zudrücken, sondern auch wünschen, daß der Mann, der in früheren Jahren so unendlich viel zur Verächtlichung des guten Geschmacks gethan hat, endgiltig von seinen bisherigen Diebhabereien kurirt werde. Wenn das Publikum dem Herrn Direktor binstorf ein wenig auf den Weg zum besseren Geschmack helfen würde, so wäre viel gewonnen.

Der Manuskriptenschatz der „königlichen“ Bibliothek zu Berlin ist kürzlich wieder um ein altes und besonders werthvolles Manuskript bereichert worden. Es ist, wie die „Postische Zeitung“ mittheilt, eine altfranzösische Kompilation eines jüdischen Arztes über die Fieber in hebräischer Schrift und umfaßt mehr als 300 Pergamentblätter in kleinem Format. Das Werk dürfte vor dem Jahre 1300 entstanden sein. Für die Geschichte der Medizin, die Kulturgeschichte und die Entwicklungsgeschichte der französischen Sprache soll das Werk von erheblichem Werthe sein.

Die Forsche des künftigen Staatsretters. Ein von Hannover nach hier übersiedelter Student **Richard Steinberg** hatte sich am Dienstag in der bei Studenten üblichen Manier geprügelt. Die Verletzungen, die er hierbei an der Stirne davontrug, waren an und für sich leichter Natur, erforderten auch nur wenige Nadeln und wären bald verschwunden, ohne besondere Spuren zurückzulassen. Aber das paßte anferm Studio nicht. Um seine Abfuhr dauernd zu einem hotten Nennomirchismus zu gestalten, kniepte er, trotz der Warnung des Inneparztes, bereits am folgenden Abend und that hierbei derartig d. S. Güt zu viel, daß die Wunde aufging und Steinberg blutüberströmt zusammenbrach. Jetzt liegt der Leichtsinrige schwer krank an der Stopfrose in einem hiesigen Krankenhaus.

Es ist nicht Alles Gold, was glänzt! Die oft bittere Wahrheit dieses Sprichwortes hat eine hiesige Künstlerin jüngst erfahren müssen. Sie ist nicht bloß der Liebling des Publikums, sondern erfreut sich auch der Zustimmung ihres Direktors, der bei Verleihung als Anlaß benutzte, um der Künstlerin seine Anerkennung für die Erfolge auf dem Draht durch Verleihung einer Krone aus Gold zu betheiligen. Das schöne Erinnerungszeichen rief nicht nur bei der also Ausgezeichneten selbst, sondern auch in der Familie Frohsinn und Jubel hervor. Als man aber später die praktische Seite in das Auge faßte, legte der Vater des Mädchens, als er von einem Goldarbeiter ein Armband abholte, das Siegeszeichen zur Schätzung vor. Dabei ergab sich nur ein Hauch von Gold, dagegen eine Masse werthlosen Metalls. In der Erregung lief der Vater zu dem Direktor und gab ihm zu verstehen, daß er selbst, wenn er ein Geschenk machen wolle, nur ein solches aus echtem Metall wählen würde, das selbst eines **Barons** würdig sei.

Auf eigenartige Weise verunglückt ist die 70jährige **Henriette Knochle**. Als sie vor dem Hause Weimenerstr. 9 vorüber ging, kam ihr ein großer Hund entgegen, der sie umstieß. Ein vorüberfahrender Troschkentischer brachte die alt. Dame, die sich nicht wider erheben konnte, nach ihrer Wohnung. Hier ergab sich, daß Frau Knochle einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitten hatte. Sie mußte deswegen nach einem Krankenhaus gebracht werden, und es erscheint zweifelhaft, ob bei dem Alter der Verletzten Heilung möglich sein wird.

Als der Pferdebahnwagen 396 am Freitag Morgen 10 Uhr durch die Kochstraße fuhr, wurde nahe der Wilhelmstraße ein Mann zu Boden geworfen und überfahren. Er wurde zunächst mit Hilfe des Konduktors in eine Haus Thür-Nische und dann nach der Unfallstation 1 in der Wilhelmstr. 10 gebracht. Dort wurde in ihm der Verwalter des Hauses Wilhelmstr. 88. namens **Wid** erkannt, dessen Verletzungen zum Glück nicht schwerer Natur sind. Der Pferde-Eisenbahnwagen mußte so lange halten, bis für die Unterbringung des Kranken gesorgt war.

Ueber eine eigenartige Räubergeschichte wird folgendes berichtet: Zwei achtzehnjährige Mädchen, **Martha Kaufmann** und deren Freundin **Marie Göbe**, die beide in dem Hause Schulstraße 17 zu Charlottenburg wohnen, fanden in der Nacht zum Donnerstag gegen 11 Uhr in der Schulstraße einen betrunkenen Mann, der seiner Sinne nicht mehr mächtig zu sein schien. Die Mädchen beschloßen, den Trunkenen in ihr. gemeinsame Wohnung zu schleppen und seiner Baarschaft zu berauben. Der Plan gelang. Während die Kaufmann den Mann festhielt, raubte die Göbe ihn aus und erbeutete 810 M. In diesem Augenblick lehrte dem Manne die Bestimmung wieder, er packte die Kaufmann und führte sie aus der Wohnung zur Polizei. Die Göbe war inzwischen mit dem Raub verschwunden und ist noch nicht ergriffen worden.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Morgens wurde ein Maler in seiner Wohnung, in der Bogenstraße, und Abends ein Läufer in seiner Wohnung, in der Saarbrückerstraße, erhandigt vorgefunden. — In der Hornstraße wurde Vormittags ein Troschkentischer bei dem Versuche, sein durchgehendes Pferd auszukasteln, zu Boden gerissen und am Kopfe verletzt. — Vormittags wurde im Bondwehr-Kanal, gegenüber dem Hause Kollbuser Ufer 22, die Leiche eines Arbeiters und Nachmittags in der Spree, an der Moabit Brücke, die Leiche eines etwa 60 Jahre alten unbekanntes Mannes angeschwommen. — Vor dem Hause Mariannenstr. 8 wurde Nach-

mittags eine 68 Jahre alte Frau durch einen Geschäftswagen überfahren und anscheinend innerlich schwer verletzt. — In der Ecke der Mariannen- und Raunigstraße wurde Abends ein einen Handwagen führender Knabe durch einen Geschäftswagen umgerissen. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden; sein auf dem Wagen sitzender Bruder trug eine leichte Quetschung an der Schulter davon. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 26. Oktober 1894.

| Stationen. | Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe. | Windrichtung. | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter. | Temperatur (nach Celsius) (M., N., P.) |
|-------------|--|---------------|-------------------------|--------------|--|
| Swinemünde. | 739 | SW | 8 | Regen | 9 |
| Hamburg. | 740 | W | 7 | bedeckt | 10 |
| Berlin. | 742 | WSW | 5 | halb bedeckt | 10 |
| Wiesbaden. | 752 | SW | 2 | bedeckt | 11 |
| München. | 756 | W | 6 | wolkenlos | 8 |
| Wien. | 752 | W | 5 | wolkenlos | 11 |
| Saparanda. | 731 | SO | 4 | Schnee | -2 |
| Petersburg. | 740 | SSO | 3 | bedeckt | 1 |
| Kort. | 744 | SSO | 5 | Regen | 12 |
| Aberdeen. | 748 | WS | 3 | halb bedeckt | 4 |
| Paris. | 758 | SSW | 2 | wolkenlos | 9 |

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 27. Oktober 1894.
Zunächst kühleres, vielfach heiteres Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Von der deutschen Pressfreiheit. Eine Anklage wegen Verleumdung durch die Presse wurde gestern zum zweiten Male gegen den Rechtsanwalt **Alois Korn** und den Redakteur des „Berliner Tageblatts“, **Friedrich Harich**, verhandelt. Dieselbe Anklage hatte bereits am 6. Februar d. J. die vierte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt und mit der Freisprechung beider Angeklagten geendet, da zu ihren Gunsten angenommen worden war, daß dieselben sich im guten Glauben befanden und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Auf die seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hat das Reichsgericht das freisprechende Urtheil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor die Strafkammer des Landgerichts II verwiesen. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor **Reichhoff**, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt **Schäffer**. Es handelte sich um einen Artikel, welcher von dem Rechtsanwalt **Korn** verfaßt war und mit seiner Namensunterschrift versehen in der Nummer des „Berl. Tagbl.“ vom 14. Juli 1893 Aufnahme gefunden hatte. Er trug die Ueberschrift: „Ueber einen kaum glaublichen Mißgriff der Sittenpolizei“ und schilderte ein unliebsames Abenteuer, welches einer Frau **Hallaya** begegnet sein sollte. Die Genannte ist die kürzlich geschiedene Ehefrau eines wohlhabenden Kaufmanns, welche sich jetzt ihr Brot als Kellnerin verdient. Sie wohnt bei einer Schwester in der Vorstadt. Als sie in der Nacht zum 9. Juli vor ihr Haus kam, bemerkte sie, daß sie keinen Hausschlüssel besaß. Sie klopfte deshalb in die Hände, um die Schwester aufmerksam zu machen, in demselben Augenblick gefellte sich ein gleichfalls im Hause wohnender junger Mann, der auch keinen Hausschlüssel hatte, zu ihr, als aber die Schwester oben das Fenster öffnete, gewahrte sie gerade noch, wie die **Hallaya** von zwei Kriminal-Schulheuten weggebracht wurde. Es wurde ihr vorgelesen, den jungen Mann angeprochen zu haben, sie wurde, wie der Artikel erzählte, die Nacht über in der Zelle festgehalten, am nächsten Morgen mit dem grünen Wagen nach dem Alexanderplatz befördert, von dem Polizeiarzt als krank erklärt und nach der Charitee geschickt, wo sie erst nach vier Tagen auf Grund des Zeugnisses eines Stabsarztes, der sie für ganz gesund erklärte, entlassen wurde. — Der Artikel gefellte das Verfahren der Polizeibeamten als argen Mißgriff, wogegen die Beamten befreiten, einen Mißgriff gethan zu haben. Die beiden Angeklagten wurden diesmal zu je 800 M. Geldstrafe verurtheilt.

Vermischtes.

Gut abgefährt! Folgendes reizende Momentbildchen wird in einer Pariser Korrespondenz gemeldet. Zeit der Aufnahme: Anfang der Herbstsession. Im Vorraum des Palais Bourbon begegnet sich zwei Deputirte; der eine stellt dem andern einen Beamteten vor: „Erlauben Sie, lieber Kollege, daß ich Ihnen einen Herrn vorstelle, der die meisten Dummheiten der Welt in seinem Leben geschrieben hat.“ — „Sie sind wohl Journalist?“ fragt der Andere. — „Nein, Kammerlenograph!“

Eisenbahnunglück. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr entgleiste kurz vor Braunschweig der Schnellzug Magdeburg-Hannover dadurch, daß der Postwagen aus dem Geleise sprang. Die Kar-penterbremse funktionierte vorzüglich, so daß sämtliche Wagen sofort standen. Personen wurden nicht verletzt; doch ist der Materialschaden nicht unbeträchtlich. Die eingetretene Verkehrs-störung war nach einigen Stunden beseitigt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffr (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ersipelt werden soll.

Stafford. Diese Ansichten sind nicht neu, und sind auch von W. in verschiedenen Schriften, vor allem in seiner Grundlegung dargelegt. Auch ist es uns schon wegen der ausführlichen Berichterstattung des Parteitages wegen ganz unbillig, ihren sehr nett geschriebenen, aber auch sehr ausführlichen Bericht zu veröffentlichen.

H. St. Renhalbenleben. Mehrjähriger Postabonnent. Wiesbaden. N. Schulze, Potsdam. Geben Sie der Expedition des „Vorwärts“ Ihre Adressen auf; Ihnen werden dann nach Schluss sämtlicher Listen zugesandt.

Achtung! Steinarbeiter Achtung!

Berlins und Umgegend.

Große öffentliche Versammlung am Sonntag, den 28. Oktober cr., Vormittags 10 Uhr, bei Herrn **Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.**

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Wahl der Vertrauensleute, Revisoren und eines Ausschussmitgliedes. 3. Verschiedenes. 297/8
Im Interesse seiner eigenen Angelegenheit wird ein jeder Kollege er-sucht, zu erscheinen.
Der Vertrauensmann: **J. Buchmann, Willibald-Alexistr. 39.**

Schmargendorf
Sanssouci.
Eanz frei, ohne weitere Nachzahlung.
5556*

Rock- und
Gesellschafts-Anzüge
in besten Stoffen u. größter Auswahl
zu billigen aber festen Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Groß-Frankfurterstraße 139.

Karton-Arbeiterinnen!

Die Fabrik von **Cohn u. Friedländer, Stralauerstr. 68,** ist wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit gesperrt.

Achtung, Rixdorf!
Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Die Beschäftigung des neuen Reichstags-Gebäudes findet am Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags, statt.
Sammelpunkt **Sahnhof Rixdorf,** Morgens 8 1/2 Uhr.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Die Ortsverwaltung.

Jed. Sonnabend gr. Gänse-Ausspielen bei **Jacob, Bochstraße 21.** 550b

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Au die Maurer und Putzer!

Die geplante **Versammlung** findet Umstände halber am Sonntag, den 28. d. M., nicht statt, sondern
am **11. November, Vormittags 10 Uhr,** in „**Bismarckshöhe**“. Der Kollege **Albert Paul** aus Hannover hält einen Vortrag über: Die soziale Krankheit (Arbeitslosigkeit). Es wird gebeten, daß alle Maurer und Putzer in genannter Versammlung erscheinen.
J. A.: Der provisorische Vertrauensmann der Maurer: **W. Schulze.**

F. Meissner, Uhrmacher,
Reichenbergerstr. 139, Lans.-Str.-Ecke,
reinst, wie jahrelang bekannt, für
1 M. jede Uhr, mit Einsetzen neuer
Feder 1,50 M. Garantie. 597b

Wasch- und Plättstatt krankheits-halber z. verkaufen Lindenstr. 68. 284b
Verkauf wegen Uebernahme eines
Bathhofes mein **Shankgeschäft** billig.
597b **Walter, Badstr. 28.**

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 27. Oktober.
Opernhaus. Hänsel und Gretel.
Schauspielhaus. Wie die Alten lungen.
Festung-Theater. Madame Sans-Gene.
Deutsches Theater. Die Weber.
Servier-Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Spieler-Theater. Ein Falliment.
Neues Theater. Komödianten.
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Der Vogelhändler.
Residenz-Theater. (Théâtre Libre.) L'école de Veufs. Les Fenêtres.
Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.
Belles Alliance-Theater. König Krause.
Alexanderplatz-Theater. Verbotene Liebe.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. O! diese Berliner!
National-Theater. Die Räuber.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Sonnabend, 27. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Schiller Vorstellung. Der Monist. — Abends 8 Uhr: Ein Falliment.
Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr: Der Weineidbauer. Abends 8 Uhr: Der Weidenfresser.
Dichter-Abend, im Bürger-Saal des Rathhauses, Abend 7 1/2 Uhr: Genau-Abend.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Direktion: Richard Schulz.
Emil Thomas a. G.
Anna Bäckers. Josefine Dora.
Zum 57. Male:

O! diese Berliner!

Große Fosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund.
Musik von Jul. Gindshofer.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Doppelvorstellung zu einfachen Preisen: Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets.
Vorher:
Die Weber.
Schauspiel in 4 Akten.
Serauf:
Der Raub der Helena.
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Karl Peters.

„Sanssouci“

Kottbuserstraße 4a.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Stettiner Sänger
(Meysel, Häckel, Pitro, Britton, Eberlus, Steidl und Blank).
Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. — Entree 50 Pf.
Billets à 40 Pf. (nur für die Wochentage gültig) sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Reßler, Kottbuserplatz, zu haben.
Stets wechselndes, amüsantes Programm.

Adolph Ernst-Theater Charley's Tante.

Schwant in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Fosse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt.
Neu! Sensationell! Neu!
Pusebach auf Korea.
Neu! Mr. Chong und Neu! Mr. Geschwister Sarno. Neu!
Aufstrotz sämtl. Spezialitäten.
Entree:
Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf.
Anfang:
Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
R. Winkler.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.
Die Hexenjackel, neueste Illusion.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali der grösste Mensch der Welt.
Prinzess Topase das kleinste Menschenkind.
Mexitanische Riesen-Cacteen in noch nie gesehener Größe.

Circus Renz

Carlstrasse.
Sonnabend, den 27. Oktober cr., Abends 7 1/2 Uhr:
Sensationeller Erfolg!
Tjo Ni En.

Vollständig neues Genre! Die Manne in 2 Minuten zur Bühne verwandelt. Ueberraschende Lichteffekte, glänzende Ausstattung. Reizvollste Tänze, u. a. los grolots vivants; jeu des barbichons etc.

Außerdem: Der ostpreussische Bengel Edinburgh, vorgef. von Herrn R. Renz. Bolero, in Prachtkostümen geritten von 6 Damen und 6 Herren; der Klown Gebr. Villand, des musical. Imitator-Klown Yhs etc.
Sonntag, Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): **Gr. Komiker-Vorstellung.** Vorverkauf am Sonnabend von 11 bis 2 Uhr an der Zirkus-Kasse.
Abends 7 1/2 Uhr: **Tjo Ni En.**
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Vorwaltung Berlin B.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 28. Oktober, Vorm. 10 Uhr,
im Märktischen Hof, Admiralstr. 18c.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über: „Infektions-Krankheiten.“
3. Verschiedene Kasenanlagenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.
294/3

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin C.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10 Uhr,
Kulmburgstr. 36 bei Raumann.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1894.
2. Verschiedene Kasenanlagenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
295/6

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20-600 Personen.

Achtung! Klempner. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 28. Oktober cr., Vormittags 10 Uhr,
im Konisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
Tagesordnung:
1. Wie stellen sich die Klempner zu einer Lohnbewegung im nächsten Frühjahr? Referent: Genosse **F. Berndt.** 2. Diskussion.
Kollegen, der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen **Der Einberufer.**
158/4

Zentral-Verband Deutscher Brauer

Prov. Brandenburg, Zweigverein Berlin.
Sonntag, den 28. Oktober 1894, Mittags 12 Uhr:
Monats-Versammlung
im Lokal des Herrn Fritz Zubeil, Lindenstraße 106.
Tages-Ordnung:
1. Besprechung über eine Verbands-Vorstands-Führung. 2. Lokale Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 575b
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten, da der Saal um 4 1/2 Uhr geräumt werden muß.
Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Schlosser und Maschinenbauer
bei **W. Gründel**, Brunnenstr. 188.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen C. Hoffmann: „Die Veredelung der Arbeit.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Besitzers zum Vorstände. 4. Aufnahme neuer Mitglieder, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 29. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Klempner
im Konisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen C. Hoffmann: „Die Pflichten eines zielbewussten Kollegen.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Besitzers zum Vorstände. 4. Verbandsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
175/8

Montag, den 29. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung des Nordens
bei **Reichert, Müllerstr. 7.**
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Jöhl: „Religion und Sittlichkeit im Lichte der Naturwissenschaft.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen in allen Versammlungen ersucht
Der Vorstand.

Möbel-

Kauf Gelegenheit für Fräuleute
zu außergewöhnlich billigen Preisen
Einrichtungen von 150 bis 3000 M.,
auch jedes Stück einzeln. **Rußbaum-
Mahagoni-Kleiderspind 90, Tisch 10,
Sopha 30 M., Seiden- und Blüsch-
garnituren, Paneelfophas, Buffet-
Säulentrumeau, Säulen-Kleiderspind,
Vertikow, Muschelspind, Schreib-
tische, Bettstelle m. Matratze 30 M.,
Muschelbettstelle, Spiegel, Küchen-Ein-
richtung, Verliehen gewesene billiger.
Gekaufte Möbel können kostenlos
lagern. Transport frei.
Neue Königstr. 56, 1 Tr.**

Bettfedern-Detail-Geschäft.

Ältestes Spezial-Geschäft
im Nordwesten Berlins ist sofort
zu verkaufen. Geringes Kapital er-
forderlich. **Branchenkenntnis** wird
angelernt. Vermittler unberücksichtigt.
Selbstrestellanten wollen ihre Adressen
sub **F. 619** in **Max Gerfmann's**
Ann.-Bur., Friedrichstr. 125, niederlegen.

Fahnen,

Schärpen, Bänder, Schleifen, Vereins-
abzeichen etc. für Arbeiter, Jäger-,
Turner-, **Fahnenvereine** u. s. w.
von billiger bis zu feinsten Qualität
in acht Gold und wachsfarber Seide,
nur Handarbeit in künstlerischer Aus-
führung, empfiehlt die Fahnen-
stickerei von **Frau M. Grillen-
berger, Nürnberg, Weizenstr. 12.**
Beste Referenzen seit zehnjähriger
Thätigkeit von zahlreichen bescheidenen
Vereinen in den verschiedensten Theilen
Deutschlands. Preisliste gratis u.
franko. Bestellungen für die Früh-
jahrsaison, speziell für den 1. Mai,
während der Wintermonate erbeten.
Zweijährige Garantie. 8912*

Rohtabak.

Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Formen, Bockfapen,
wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

Konkursmassen- Ausverkauf.

Pasewalkerstr. 2 u. Friedrichstr. 75
Gede Gerichtsstr. 35. Gede Jägerstr. 17.
Ledermwaren, Albums, Aluminium-
waren von 10 Pf. bis 30 M. p. Stk.,
ebenso Schreibwaren, Tinte, Papier,
Schmuck u. Wanddecorationen, Brochen,
Armbänder u. vieles and. enorm billig.
**Milchtübel, Kannen, Galten, Maße,
Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen
Butterkneten, Drehrollen.
Jordan, Al. Marinsstr. 28.**

Achtung!

Raherier, auch **Thielahl**, wöchentl.
1 M., Guckel, Lauffer Pl. 2, Elffer-
straße 12.

Wallstr. 82 (Ecke Neue Königsstr.)

W. Wolff.
Nur Güte mit Kontrollmarken.
Grosse Auswahl in Schirmen.
Alle Uhren 5482L*

Alle Uhren 5482L*

werden sauber und sorgfältig reparirt
unter Garantie des Gutgehens für
1,50 Mark (außer Bruch) bei
W. Winkler,
Berlin N., Kleinendörferstr. 2 g,
gegenüber der Dankes-Kirche.
Lager aller Arten Uhren, Uhrkotten

Schuhe und Stiefel

aus der Deutschen Schuhfabrik in Erfurt
empfehl
894L*

Jaquet-Anzüge

in Kammgarn und Cheviot zu billigen
aber festen Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstraße 139.

Jede Uhr

repariren u. reinigen kostet
bei mir unter Garantie des
Gutgehens nur **1,50 M.**,
ruher Bruch, keine Re-
paraturen billiger. Grosse
Lager neuer u. gebrauchter
Taschenuhren, Regulatoren u. Weder etc.
Alle Arten Ketten, sowie Brillen und
Pincenez. 5895*

Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.

Bitte genau auf No. 34 zu achten.

E. Strauss, Schneidemeister,

Blumenstr. 46 pt.
empfiehlt sich unter Garantie zur An-
fertigung gut passender Herren-Garde-
roben. Lager von Stoffen in Auswahl.
Kontante Zahlungsbedingungen. (603L*

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von **W. Hitzcke**, gegründet 1872,
Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße,
am Kottbuser Thor. 59702*

Ein j. Engl. der deutsch lernt, wünscht
mit einem Deutschen, w. engl. stud. zu
korresp. und Zeitungen zu tauschen.
Adresse Geo. M. Newton 17 Young
Street, Edinburgh. 575b

1 Hobelbank m. Werkzeug, 15 Zwinger,
4 Knechte zu verkaufen Lindenstr. 68
im Plattgeschäft. 5885

Unsern Genossen **Herm. Axt** zu
seinem heutigen Wiegenseite ein
donnerndes Hoch, daß die ganze Eisen-
bahnstraße sich um die kleine rote
Axt dreht und das Boykottbier-
trinken vergeht!
Die rothe 0,3 I Berlin.

Unserem reichthölzerarmen Suditer Franz Kitzing

zu seinem heutigen Wiegenseite ein
einfaches starkes Hoch, daß die paar
Streichhölzer, die noch da sind, sämt-
lich explodiren. — Franz mach's gut,
und glückliche Reise, machen wir.
5825 **Die Stammgäste.**

Die Beleidigungen gegen **Hrn. Rau**,
Velfortstr. 18, nehme zurück.
5845 **Hermann Göde.**

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß unser Sohn
Max am 25. d. M., Nachm. 5 1/2 Uhr
nach kurzem schwerem Leiden sanft
entschlafen ist. 9872
Die Beerdigung findet statt am
Sonntag, den 28. d. M., Nachmittags
1/2 Uhr, von der Wohnung Lebus-
straße 10 aus nach Wilhelmberg.
Wilhelm Schlawage nebst Frau
und Kindern.

Dem Restaurateur 589b
Herrn A. Wegner,

Prinzen-Allee 58, bestätigen wir auf
seinem Wunsch, daß derselbe das in
seinem Lokale zum Ausschank gelangende
Bier seit Ende Mai cr. ausschließlich
a. d. unterzeichneten Brauerei entnimmt.
Münchener Brauhaus Act.-Ges.

Möbel-

Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200-1000 M. Teilzahlung ge-
stattet. Elegante **Rußbaum- u. Maho-
goni-Kleiderspind** u. **Vertikow** 30 M.,
einfache 20 M.; **Sophas**, **Bettstellen** mit
Matratze 20 M.; **Wachstisch**, **Küchen-
spind**, **Kommoden** 12 M.; **Stühle** 8 M.;
Sophas 6 M.; **Säulen-Trumeau**
65 M.; **Plüschgarnitur** 60 u. 100 M.;
Panelfophas 30 M.; **Buffets**, **Silber-
schränke**, **Herren-Schreibtische**, **Schreib-
sekretäre**, **Zylinder-Bureau**, **Spiegel**
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand versäumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbel-Fabrik.

Empfehle den geehrten Genossen mein
Lokal zu Vereinen und
Zahlfeste. 548b
Mannfranz, Adlerstr. 17.

Vereinszimmer mit Piano b. Jacob,
Boechstraße 21. Ausschank von ring-
freiem Bier. 5815*

Schuh u. Stiefel

mit Kontrollmarke. [825L*
Empfehle mein Schuh- und Stiefel-
Geschäft. Gr. Ausw. i. Winter-Artikeln.
Louis Zaake,
Küstriner Platz Nr. 8.

Jeden Sonnabend Piesengänse- Auspielen.

590b
J. Gossmann, Artilleriestraße.

Jeden Sonnabend großes Gänse- Auspielen a. d. Billard.

Auch steht
ein Vereinszimmer mit Piano, 25 bis
30 Personen, zur Verfügung. 5855*

Sonnabend

590b
**Grosses Hasen- und Gänse-
Auspielen**, wozu freundl. einladet
J. Kosmann, Zimmerstr. 22.
Ringfreies Bier. 58

Sabe mein renovirtes

591b
Vereinszimmer,
50 Personen fassend, zu vergeben.
J. Lehmann,
SW., **Hollmann-Strasse 31. SW.**

Vereinszimmer ist Tischstr. 20. 5935

Freundl. Schlafst. für 2 Herrn j. v.
bei Schilinskl, Langestr. 88/89, 2 Tr.

Schlafst. für 2 j. Mädchen od. 2 j.
Herren, sep. Eing., bei Wischer, Man-
teuffelstr. 115, Hof pt. 5795

Arbeitsmarkt.

Ein Kupferschmied gesucht, der
mit dem Anpassen von Röhren an
Lokomotiven Bescheid weiß und gute
Zeugnisse besitzt. 180b
**Märkische Lokomotivfabrik
Schlachtensee.**

Für die Berliner Leser liegt
der heutigen Nummer unseres
Blattes die gefrige Gewinnliste
der preuß. Lotterie bei.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Bojkottirtes Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichentron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Rüh u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Denuhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schlößbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Piesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Rabon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Reuter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Vellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Tanz, Freienwalde a. O. Vertreter: B. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spiekermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marten, Vellermannstr. 6.

Gerichts-Beitrag.

Berlin ist schön, Berlin ist groß, und mit dem Schutz der Tugend steht's hier grandios! Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern der Dresdener Kuppelknecht Koblis wegen Kuppelerei zu verantworten. In einem Februar-Abende dieses Jahres fuhr der Angeklagte einen auf der Durchreise begriffenen Landmann auf dessen Wunsch von einem Bierkegel nach dem anderen. In dem zuletzt von ihnen besuchten Lokal trafen sie eine Frauenperson, deren Gewerbe dem Angeklagten bekannt war. Auf Verlangen des etwas angetrunkenen Fahrgastes gestattete Koblis, daß die Person bei demselben im Wagen Platz nahm. In diesem Verhalten erblickte die Anklagebehörde die Merkmale der Kuppelerei. Im Verhandlungstermin wurde die Behauptung des Angeklagten, daß er nicht gedacht habe, es würde in dem Wagen etwas Unschickliches vorkommen, für widerlegt erachtet und derselbe wegen Kuppelerei zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer, erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte infolge der Bestrafung auch des Jahres eines verlustig gehen würde, daß dies voraussichtlich auf die Dauer von zwei Jahren der Fall sein würde.

Wie mag es da erst den Besitzern der Berliner Nachtcafés und berühmtesten Balkons ergehen, wenn die einmal vor den Richter kommen?

Vom städtischen Bauwesen. Der Umbau der Damm- mühlen, der schon in der Stadtverordneten-Versammlung zu sehr lebhaften Debatten Veranlassung gegeben, hat auch eine Anlage wegen Verleumdung gezeitigt, die am Donnerstag vor der 9. Strafkammer dieses Landgerichts I verhandelt wurde. Angeklagt war der Architekt Wilh. Wernicke, welcher beschuldigt wurde, am 12. Januar d. J. durch eine Eingabe bei dem Magistrat diesen selbst, ferner die städtische Baudeputation und den Geh. Baurath Blankestein beleidigt zu haben. Der Angeklagte wurde im Jahre 1890 als Hilfsarbeiter bei der städtischen Baudeputation beschäftigt und ihm zunächst die Beaufsichtigung des Abbruchs der Damm- mühlen und später die Bau- leitung des Hauses Poststraße 16 übertragen. Seine Diäten betragen 8 M. und wurden später auf 9 M. erhöht. Er meinte, daß diese Diäten für seine Thätigkeit an dem Damm- mühlen-Grundstück kaum ausreichten und daß, als ihm der Umbau des Hauses Poststraße 16 noch übertragen wurde, die Diäten erhöht werden müßten, da er nun durchschnittlich 14—16 Stunden für die Stadt arbeitete. Die von ihm und von dem Bau-Inspektor Zekely, der dem Angeklagten das Zeugnis eines aus- gezeichneten tüchtigen Architekten giebt, wiederholt gestellten Anträge auf Erhöhung der Diäten wurden wiederholt auf die Autorität des Geheimen Bauraths Blankestein hin wiederholt abgelehnt. Es bildete sich nun ein sehr unfreundliches Verhältnis zwischen dem Angeklagten und der städtischen Bauverwaltung heraus, welches den Angeklagten schließlich dazu veranlaßte, seine Stellung zu kündigen. Die Bauverwaltung hatte zuletzt beschlossen, dem Angeklagten für den Fall der Fertig- stellung des Hauses zu einer gewissen Frist eine Pauschalver- gütung von 1800 M. zu zahlen, es kam aber nicht zu der Auszahlung, da Wernicke inzwischen gekündigt hatte. Letzterer ging nun klagbar gegen den Magistrat bzw. die Bauverwaltung vor und gab dem R. A. Dr. W. S. Bonl schriftliche Information für die anzustellende Klage. Eine Abschrift dieser Information schickte er zunächst an die Stadtverordneten-Versammlung, um diese mög- lichst zu veranlassen, die Streitfrage in Gütigkeit zu erledigen. Von der Stadtverordneten-Versammlung wurde er bedeuert, daß er zunächst den Inhaftenzug inne zu halten habe und er schickte sodann eine Abschrift der Information an den Magistrat, der daraufhin den Strafantrag gestellt hat. Der Angeklagte hat inzwischen die Klage gegen den Magistrat angestrengt, die er zunächst auf 300 Mark beschränkte; diese Klage ist vom Amtsgericht durch Urteil vom 28. Juni 1894 abgewiesen worden, sie wird aber in diesen Tagen die Berufungsinstanz beschäftigen. — In der mehrerwähnten Eingabe bzw. Information wird die Thätig- keit des Geh. Bauraths Blankestein einer sehr abfälligen Kritik unterworfen. Der Angeklagte spricht darin von der „vollständig unzuverlässigen Disposition des schlecht orientirten Bauraths Blankestein“, dessen Bauzeichnung nicht zu gebrauchen gewesen sei. Es habe sich ergeben, daß die Fundamente, deren Zustand dem Stadtbaurath hätte klar werden müssen, wenn er nur sorg- fältig die vorhandenen Pläne eingesehen hätte, ungenügend waren, so daß eine kostspielige Neuanordnung notwendig war. Es habe sich ferner die Nothwendigkeit eines Neubaus der Front er- geben, so daß an Stelle des Umbaus ein vollständiger Neubau getreten sei. Alle diese Vorgänge ließen das technische Urteil des Stadtbauraths in einer eigenthümlichen Beleuchtung er- scheinen. Der Angeklagte stellte ferner die Behauptung auf, daß Baurath Blankestein der Stadtverordneten-Versammlung den wahren Sachverhalt zu verheimlichen gesucht habe. Er habe nicht gewußt, daß das Frontmauerwerk der Damm- mühlen in der

Höhe von 7,40 Meter zu schwach sei, es habe deshalb eine neue Aufmauerung stattfinden müssen; die Baudeputation habe aber getäuscht werden sollen und deshalb sei das alte Mauerwerk gewissermaßen als Gardine vor der neuen Auf- mauerung stehen geblieben. Der Stadtbaurath habe nur danach getrachtet, der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber möglichst schnell ein fait accompli zu schaffen, sein ganzes Verhalten sei einseitig gewesen. Schließlich spricht der Angeklagte in der Eingabe von einer „wucherischen Ausbeutung seiner Arbeitskraft“, weil ihm die Baudeputation geschrieben: sie würde ihm gekündigt haben, wenn er sich geweigert hätte, neben seiner Thätigkeit bei dem Bau des Damm- mühlen-Grundstücks noch den Umbau des Hauses Poststraße 16 zu leiten. — Der An- geklagte behauptet, daß er die Schriftstücke nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen verfaßt und ab- geschickt habe. Durch die Darstellung der Thätigkeit des Stadtbauraths Blankestein habe er nur bezweckt, dem Magistrat zu zeigen, daß durch alle diese Zwischenfälle, Halbheiten und Bau-Unklarheiten seine Arbeitskraft über Gebühr in Anspruch genommen worden sei und eine Entschädigung gerechtfertigt er- scheine. Er behauptet, daß Stadtbaurath Blankestein in der That schlecht orientirt gewesen sei, da er sich mit der Einsicht in Plänen begnüge, die den schlechten Zustand der Fundamente allerdings nicht ergaben. Er selbst (der Angeklagte) habe erst auf der Pfandkammer den alten Plan entdeut, welcher ganz deutlich gezeigt habe, daß das Fundament aus neuen und alten Pfählen bestand und ein Theil der Pfähle nicht tief genug sei. Trotzdem habe Stadtbaurath Hoberich in Gegenwart des Bauraths Blankestein der Stadtverordneten- Versammlung versichert, daß das Fundament vorzüglich sei. Als festgelegt worden sei, daß das Fundament festsitzend sei, habe Baurath Blankestein schleunigst die Arbeiten selbständig vergeben, während sonst eine Ausschreibung gebräuchlich sei. Erst nachdem die Bauausführung schon ein Jahr lang im Gange war, sei die Stadtverordneten-Versammlung um die Bewilligung der Kosten angegangen. — Die Beweisaufnahme gestaltete sich vorwiegend zur Erörterung technischer Einzelheiten, die den Bau des Damm- mühlen-Grundstücks betrafen. — Als Sachverständiger griff der Wasserbauinspektor Königl. Baurath Eger wiederholt in die Diskussion über diese technischen Fragen ein. — Geh. Baurath Blankestein gab im Allgemeinen die von dem Angeklagten behaupteten Thatsachen zu, verwahrt sich aber entschieden gegen die vom Angeklagten daran geknüpften Schlussfolgerungen und namentlich gegen den Vorwurf, daß er „ungeheuerliche“ Bau- Anordnungen getroffen habe. Er gab zu, daß er sich bezüglich des Zustandes der Fundamente auf die bei der Ministerial-Bau- kommission niedergelegten Pläne verlassen und keine Ursache gehabt habe, noch nach anderen Plänen zu suchen. Wichtig sei auch, daß später der ältere Plan gefunden worden sei, in welchem eine Anzahl der Pfähle schwarz gezeichnet sei. Wenn er diesen Plan gekannt hätte, würde er vielleicht zweifelhaft geordnet sein; authentische Angaben über die Länge der Pfähle würde er aber auch aus dem alten Plane nicht erhalten haben. — Baurath Eger bestätigte dies im allgemeinen, meinte aber, daß es doch vorzüglicher gewesen wäre, nach den älteren Plänen zu forschen. — Stadtbaurath Blankestein bestritt ferner, daß sein Verhalten dem Angeklagten gegenüber irgendwie auf „Mancune“ beruhe; dasselbe sei lediglich von sachlichen Gründen diktiert gewesen. Wichtig sei es, daß, als im Mai 1891 die Fundamente als zu schwach befunden wurden, die be- treffenden Arbeiten selbständig vergeben worden seien; dies habe darin seinen Grund gehabt, daß es nicht rathlich erschien, zwei verschiedene Unternehmer, von denen der eine dem andern Schwierigkeiten machen konnte, an Ort und Stelle arbeiten zu lassen. Die ihm als „ungeheuerliche“ Maßregel vorgeworfene Verankerung der alten Frontmauer, die demnächst niederzureißen war, habe lediglich einen ästhetischen Zweck gehabt; es habe ver- wieden werden sollen, daß auf lange Zeit hinaus den Passanten der Blick in die Bauvrine offen stünde. Wichtig sei auch, daß erst nach Jahresfrist die Stadtverordneten-Versammlung um die Kostenbewilligung angegangen sei. Dies habe aber keineswegs den Zweck einer „Verheimlichung“ ge- habt, denn er hatte Nichts zu verheimlichen. In dem Augenblick, als der schlechte Zustand der Fundamente erkannt worden, seien schon so viele Gelder verausgabt worden, daß die Stadt sich in der Zwangslage befand, unter allen Umständen nun auch die sich ergebenden bedeutenden Mehrkosten über den Kostenanschlag hinaus zu bewilligen. Er habe keinen Zweifel daran gehabt, daß die Stadtverordneten-Versammlung diese Kosten bewilligen würde, er habe den betreffenden Antrag an die Versammlung aber erst dann gerichtet, als er die Kosten- summe genau überschauen konnte. — Auf eine Frage des Rechts- anwalt W. S. Bonl, der sich auf verschiedene Bauzeichnungen und den stenographischen Bericht der Stadtverordneten-Versammlung be- zog, wurde Geh. Baurath Blankestein angeregt, sich darüber zu äußern, ob schließlich der Bau von einem Umbau zu einem voll- ständigen Neubau geworden sei. Der Zeuge meinte, daß man darüber verschiedener Meinung sein könne; so viel müsse er zu- geben, daß die Kosten so hoch seien, wie bei einem Neubau. Längere technische Erörterungen über die Frage, ob einzelne An- ordnungen und Maßnahmen des Geh. Bauraths Bl. als unge- heuerlich zu bezeichnen seien, wurden von dem Angeklagten, dem Staatsanwalt Strechler und dem Geh. Baurath Blankestein geführt. Der Sachverständige Baurath Eger konnte einzelne dieser Maßregeln vom technischen Standpunkte zwar als „ungeheuerlich“, aber nicht als „ungeheuerlich“ bezeichnen. Der Angeklagte blieb bei der Behauptung, daß größere Summen städtischer Gelder ganz unnütz verausgabt worden seien. — Stadtbauinspektor Zekely gab dem Angeklagten das Zeugnis eines tüchtigen Architekten. Er habe seinem Gefühl nach die Diäten-Ansprüche desselben, für berechtigt gehalten und es als selbstverständlich angenommen, daß derselbe für seine Thätigkeit bei Poststr. 16 besonders bezahlt werden würde. Er habe erst später den Grundjah der städtischen Bauverwaltung erfahren, novach den nicht akademisch geprägten Baubeistellenden nicht mehr als 9 Mark Diäten gezahlt werden dürfen. Auch diesem Zeugen ist der Originalplan der Ministerial-Bau- kommission bis zu seiner Auffindung ganz unbekannt gewesen; wäre er von Anfang an bekannt gewesen, so hätte das auch nichts geändert, denn nicht durch den Plan, sondern durch Messungen an Ort und Stelle erst konnte festgestellt werden, wie tief die Pfähle in das Flußbett gingen. Der Zeuge erklärt, daß Stadtbaurath Blankestein dafür bekannt sei, mit den Diäten zu knapsen; er seinerseits habe es unbillig gefunden, die Forderung des Angeklagten abzulehnen. — Den Vorwurf des Angeklagten, daß der Baurath Blankestein von einer „Mancune“ gehalten sei, weiß Geh. Rath Bl. entschieden zurück. R. A. W. S. Bonl folgte diese Mancune aus folgendem Vorfalle: Der Angeklagte hatte einmal einen Maurerlehrling mit einem Schimpfwort belegt und der Vater des Jungen hatte sich darüber beschwert. Der Bau-

Inspektor Zekely hatte den Angeklagten nachdrücklich in Schutz genommen, Geh. Rath Blankestein aber hatte ihm einen energischen Verweis ertheilt. Letzterer bestritt, daß dieser Verweis Zeugnis für einen persönlichen Groll sei. — Der alldann ver- nommene Baurath Dr. Hoberich gab zu, daß er seinerzeit in der Stadtverordneten-Versammlung die Fundamente als vorzüglich geschätzt habe. Er sei auch heute noch der Ansicht, daß die Fundamente im wesentlichen vorzüglich waren. Er habe vor längerer Zeit Gelegenheit gehabt, die Zeichnungen der Ministerial- Baukommission einzusehen und habe einen ausgedehnten Wald von Pfählen gesehen. Er gebe auch zu, in der Stadtverordneten- Versammlung gesagt zu haben, daß das Mühlengebäude im Charakter und Stil unverändert bleiben solle und bei dem Neu- bau sei ja auch im Wesentlichen die äußere Form beibehalten worden. Der weitaus größte Theil der Pfähle sei stehen ge- blieben. — Rechtsanwalt W. S. Bonl verwies darauf, daß der Zeuge schon selbst von einem „Neubau“ gesprochen habe; thatsächlich sei kein Stein auf dem anderen geblieben. — Auf Befragen des Verteidigers erklärte Baurath Eger: Daß ein Bau von dem Umfange des Damm- mühlen-Grundstücks die volle Arbeitskraft des Angeklagten in Anspruch nahm und daß, wenn ihm daneben noch ein anderer Bau übertragen wurde, dies eine das gewöhnliche Maß überschreitende Thätigkeit darstelle. — Auf die Vernehmung der ferner noch als Zeugen geladenen Bau- meister Eißler, Baurath Klymann und Stadtv. Mat- terne, Sachs II. und Dr. Friedemann wurde allseitig verzichtet. — Staatsanwalt Strechler gab zu, daß man bei der ganzen Sachlage die Mißstimmung des Angeklagten verstehen könne. Es sei auch nicht von der Hand zu weisen, daß auf Seite der städtischen Behörden eine unrichtige Orientirung vorgelegen habe. Daraus könne aber nach Lage der Sache niemand ein Vor- wurf gemacht werden. Die Vorwürfe, die der Angeklagte gegen den Geh. Rath Blankestein erhob, seien ungerechtfertigt, denn es sei nicht erwiesen, daß dem- selben irgend welche Pflichtverletzungen zur Last zu legen seien. Der Angeklagte sei zweifellos in der Wahrnehmung be- rechtigter Interessen gewesen, über dieselbe aber hinausgegangen. Das ganze Schreiben zeige, daß es dem Angeklagten darauf angekommen sei, dem Stadtbaurath Blankestein etwas an Zeuge zu fügen. Er beantrage zwei und vierzig Mark Geld Strafe event. 20 Tage Gefängnis.

Verteidiger R. A. W. S. Bonl bestritt nicht, daß der Angeklagte einige Ausdrücke vorsichtiger hätte wählen können, im übrigen seien aber alle Behauptungen des Angeklagten voll als wahr erwiesen. Es sei erwiesen, daß Geh. Baurath Blankestein thatsächlich schlecht orientirt, ja, daß er überhaupt nicht informiert gewesen sei. Geh. Rath Blankestein habe hier heute selbst gesagt: „er habe sich über die verschiedene Markirung der Pfähle auf dem Plan den Kopf nicht zerbrochen“. Dazu sei er aber doch wohl da und als oberster Baubeamter der Stadt habe er die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Geld der Bürger nicht vergeudet werde. Auch die Behauptung, daß Geh. Rath Bl. die wahre Sachlage ver- heimlicht habe, sei im vollen Umfang erwiesen. Thatsächlich habe er vom Juni 1891 bis 18. Mai 1892 keine Mittheilung an die Stadtverordneten-Versammlung oder die Baudeputation ge- lungen lassen. Der Baurath Klymann habe seiner Zeit erklärt, daß man sich in einer Zwangslage befände, diese Zwangslage sei durch das Verschweigen und Verheimlichen des Bauraths Blankestein herbeigeführt worden. Er habe die gesammte öffentliche Meinung getäuscht, wäre der Stadtverordneten- Versammlung reiner Wein eingeschenkt worden, so wäre der Bau nun und nimmer genehmigt worden. Zum Zweck der Täuschung habe der Baurath auch die „Gardine“ stehen lassen, um zu verheimlichen, daß es sich um einen vollständigen Neu- bau handelte. Der Baurath hatte kein Recht, aus ästhetischen Rück- sichten auf eigene Faust und ohne Befragen der Stadtverordneten- Versammlung mehrere Tausend Mark unnütz auszugeben. Nach Ansicht des Verteidigers seien die von dem Angeklagten mit Bezug auf Geh. Rath Blankestein gebrauchten Ausdrücke „ungeheuerlich“ und „wenig einseitig“ zwar scharf, aber be- rechtigt, denn der Geheim-Rath Blankestein habe doch gewiß beim Bau der Damm- mühlen keine große Einsicht an den Tag gelegt. Derselbe habe beispielsweise An- ordnungen getroffen, die sofort von der Tiefbauverwaltung wieder aufgehoben wurden. Dadurch seien mehrere Tausend Mark un- nutz geopfert worden. Ebenso sei der Vorwurf des Angeklagten, daß seine Arbeitskraft in wucherischer Weise ausgebeutet worden sei, als erwiesen anzusehen. Wie festgelegt worden sei, erhebe die dem Angeklagten übertragenen Thätigkeit beim Bau der Damm- mühlen die volle Arbeitskraft eines Mannes. Trotz dessen habe man ihm auch noch den Bau in der Poststraße aufgebürdet. Wenn der Angeklagte in seiner Eingabe an den Magistrat gegen Geheimen Rath Blankestein den Vorwurf der Mancune er- hebe, so sei auch dies berechtigt, denn es lasse auf Voreingenommenheit schließen, daß dem Angeklagten aus ganz geringfügigen Anlässen ernste amtliche Rügen ertheilt worden seien. Der Verteidiger führt schließlich noch aus, daß der An- geklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, und bittet aus allen diesen Gründen um dessen Freisprechung.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten nur der Verleumdung des Geh. Bauraths Blankestein, nicht aber der Verleumdung der städtischen Baudeputation für schuldig und verurtheilte ihn deshalb zu einer Geldstrafe von 20 M. ev. 2 Tagen Haft. Der Gerichtshof habe es dahingestellt sein lassen, ob die gegen den Baurath Blankestein erhobenen Beschuldigungen als erwiesen anzusehen seien, oder nicht. Der Angeklagte habe zweifellos in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und könne deshalb nur wegen der beleidigenden Absicht und Form bestraft werden. Diese seien in den Ausdrücken „ungeheuerlich“ und „wucherische Ausbeutung“ gefunden worden.

Soziale Uebersicht.

Der Lohnreduktion von 5 pCt., welche der Norddeutsche Lloyd vor wenigen Wochen bei allen seinen Arbeitern eintreten ließ, ist nun auch noch eine wesentliche Einschränkung der Ar- beitszeit gefolgt. Bei den Schiffszimmerern, Segelmachern, Tischlern, Klempnern, Formern und einem Theil der Bodarbeiter ist die ständige Arbeitszeit eingeführt. Selbstredend ist damit wiederum ein Lohnausfall verbunden und zwar größtentheils um den vollen Betrag für die bisher mehr gearbeiteten zwei Stunden. Rechnet man die erste Reduktion von 5 pCt. und den letzt- genannten Ausfall zusammen, so ist das gleich einer Gesamt- reduktion des Lohnes um 25 pCt. Fürwahr, sehr traurige An- sichten für den bevorstehenden Winter, aber gleichzeitig auch ein charakteristisches Bild aus der besten aller Welten!

Misshandlung der Arbeit. In Ebersfeld wird ein neuer Stadttheil angelegt, das Thiergarten-Viertel. Das soll das Eldorado der Geldprogen werden, dorthin wollen sie sich zurück-

ziehen nach des Tages Last und Mühe. Der Geruch des Arbeiter-schweißes dringt nicht bis dahin und damit auch ihr Blick nicht an das Gland erinnert werde, ist bestimmt worden, daß in der Nähe störende Geschäfte, auch keine Fabriken erbaut werden. Durch nichts sollen die Bestenben an die Existenz von gewöhnlichen, für sie sich qualenden Menschen erinnert werden, wie aus folgender zynisch rohen Notiz eines dortigen Kapitalistenblattes hervorgeht: „Durch die höheren Häuser an der Thiergartenstraße werden nach der Bebauung die hier und da jetzt noch sichtbaren Schornsteinspitzen der Fabriken vollständig dem Blick entzogen.“ — Die Arbeiter, nachdem sie den nötigen Mehrerwerb für ihre „Arbeitgeber“ geschafft, kehren heim in ihre Höhlen, ihre Kuschel-er eilen in ihr Eden (auch von Arbeitern hervorgebracht) und schlennen — so will es die heilige Ordnung.

„Ich sehe voraus, daß Sie gesund sind und keinem Arbeiterverbande angehören,“ heißt es am Schluß eines Briefes, welchen die Firma Franz Anton Neblem in Bonn a. Rh. an einen dort um Arbeit nachsuchenden Maler richtete. — Das letztere dürfte der Firma wohl bei weitem die Hauptsache sein.

Heber die wirtschaftliche Lage der bayerischen Landgemeinden will die bayerische Regierung Untersuchungen anstellen. Zu diesem Zwecke sollen aus jedem Regierungsbezirk „8 typische“ Gemeinden, also zusammen 24, ausgewählt werden. Es bleibt abzuwarten, ob die an und für sich löbliche Absicht nicht durch die in Deutschland allgemein beliebte bürokratische Art der Ermittlung vereitelt wird.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Töpfer! Wie Euch allen bekannt sein wird, ist in der letzten Versammlung vom 19. d. M. beschlossen worden, daß jeder arbeitende Kollege 10 pCt. von seinem Arbeitsverdienst für die im Fensterstreik befindlichen und wegen derselben Sache gemobbelten Kollegen an die Kommission abzuführen hat. Wir bringen hiermit obigen Beschluß nochmals in Erinnerung und ersuchen Euch, diesem gewissenhaft nachzukommen.
J. A.: Mich. Topf, Gipsstr. 16.

Zugung von Töpfern ist fern zu halten: Nach G. S. r. i. h. nach dem Geschäft von Böhm u. Sohn und nach dem Geschäft von Fuchs. Ferner nach Zwickau nach dem Geschäft von Scholz, da dort der bestehende Lohnsatz nicht bezahlt wird.

An die Schlosser und Maschinenbauer! In der letzten Zeit hat sich erfreulicherweise unter den Berliner Metallarbeitern ein reges Bestreben gezeigt, den Mißständen und fortwährenden Lohnrückstellungen entgegenzutreten. Neues Leben pulst, die Widerstandskraft beginnt zu wachsen. Nur bei den Schlossern und Maschinenbauern scheint in dieser Beziehung ein Stillstand eingetreten zu sein.

Kollegen! Ihr müßt, daß in keiner Branche der Metallindustrie die Ausbeutung und Knechtschaft eine solch rücksichtslose und brutale ist, als speziell in der Eureigen. Auf der einen Seite eine ungeheure Ausdehnung der Arbeitszeit in Begleitung fortwährender Lohnkürzungen, andererseits ein täglich wachsendes Meer von Arbeitslosen. Das ist die gegenwärtige Situation. Wagt der Einzelne, gegen derartige Zustände Einspruch zu erheben, so giebt es nur die eine Antwort: „Wem es nicht paßt, mag gehen!“ Würde doch erst kürzlich in einer Maschinenfabrik des Nordens von einem Kollegen gefordert, nachdem er am Sonnabend Tag und Nacht gearbeitet, auch noch am Sonntag Vormittag zu schuften. Dieser Aufgabe war derselbe nicht gewachsen. Die Folge war, man setzte

denselben einfach auf Pfahle, ohne Rücksicht darauf, daß er bereits mehrere Jahre in diesem Betriebe thätig, und in demselben durch den Verlust eines Auges zum Invaliden geworden ist. Kollegen, wir meinen angeichts solcher Vorgänge sei es endlich an der Zeit, energisch gegen derartige Brutaltaten Front zu machen. Wir ersuchen daher alle Schlosser und Maschinenbauer in der morgen Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10 Uhr im Restaurant Grindel, Brunnenstr. 188, stattfindenden Versammlung zu erscheinen, um eine gegenseitige Aussprache zu ermöglichen. — Alles weitere befragt das heutige Inserat.

Der Vorstand

aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins.
Achtung, Metallarbeiter! Infolge Differenzen und da eine Lohnbewegung nicht ausgeschlossen, ist der Bezug von Arbeitern jeglicher Kategorie in die Fabrik für elektrische Anlagen von Kremenichy, Maier u. Komp. unter allen Umständen fern zu halten.

Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck ersucht!

Achtung, Holzarbeiter! Zugang ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Kalowitz (Ostpreußen); von Tischlern und Stuhlmalern nach G. S. r. i. M. (Medienburgische Waggonfabrik); von Holzbildhauern, Drechslern und Tischlern nach Nordhausen (Firma: W. Gustav Köhler, Inhaber: Strippenhauer und Gader); von Drechslern nach Lauterberg (Fabrik Hilsgeiß); von Tischlern, Drechslern, Holzbildhauern und Möbelpolierern nach G. S. r. i. M. (Firma: Hilsgeiß); von Tischlern und Drechslern nach M. Gladbach (Rambel's Werkstätte) und Helmsedt (Saalfeld'sche Tischfabrik); von Glasern nach G. S. r. i. M.

Das Agitationskomitee der Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Sachsen macht bekannt, daß in nächster Zeit eine Konferenz für Sachsen stattfinden wird. In derselben soll über Organisation und Agitation verhandelt werden namentlich mit Rücksicht auf die letzten Vorgänge (Vereinsauflösungen u.) in Sachsen.

Der Streikstreik in Schlotheim ist bekanntlich beendet und die Fabrikanten nähern ihren theuer erkauften Sieg weidlich aus. Jener wurden nur ca. 20 Mann in Arbeit genommen; aber schließlich mußten sie sich doch bequemen, die Ausgesperrten zum größten Teil wieder in Arbeit zu nehmen; denn ohne Arbeiter auch kein Gewinn. Jeder, der anfängt zu arbeiten, muß sein Mitgliedsbuch mitbringen, welches der Fabrikant als Siegestrophäe behält. Die Folge davon ist, daß die Zahl der Verbandsmitglieder daselbst auf rund 20 gesunken ist und die Fiktale belohnung ausschließlich von den Ausgesperrten aufrecht gehalten wird. Die örtlichen Leiter des Streiks werden wohl so leicht keine Arbeit wieder erhalten und suchen nun, so gut wie es geht, für eigene Rechnung zu arbeiten. Gegen die Gesamtkommission ist Strafantrag wegen Aufruhrs gestellt, außerdem ist der dortige Sozialist angeklagt, weil er in der letzten Zeit des Streiks Unterhaltungen nur gegen Wechsel auszahlte. Das geschah auf Anregung des Streikkomitees, das dadurch etwaige Bankrottgefahren festhalten wollte. Da nun einen rechtlicher Anspruch auf Unterstutzung niemand hat, sondern alle Leistungen freiwillige sind, so darf man gespannt sein, welche Gesetzesparagrafen hier in Anwendung kommen sollen, um eine strafbare Handlung heranzubuzigieren. Zu unterstützen sind immer noch 20 Verbandsmitglieder.

Das Protokoll des internationalen Kongresses der Textilarbeiter, der diesen Sommer in Manchester (England) stattgefunden hat, ist nunmehr allerdings nur in englischer und französischer Sprache erschienen und kann bezogen werden durch Paul Wagner, Berlin O., Fruchtstr. 85, S. 4 Tr.

Die Mitglieder der Orts-Krankenkasse des Mantelgewerbes machen wir auf die den 28. d. M. und den 11. November stattfindenden Wahlen ihrer Vertreter aufmerksam. (Siehe Bekanntmachung in Nr. 250 d. Bl.) Welcher Werth auf die zu wählenden Personen zu legen ist, erhebt sich zur genüge, wenn die Mitglieder vor Augen geführt wird, welche Aufgaben den Vertretern in Gemeinschaft mit dem Vorstände in nächster Zukunft bevorsteht. Die Frage der Zentralisation der Krankenkassen ist eine brennende geworden und harret über kurz oder lang ihrer endgiltigen Entscheidung. Ferner sind der Ausbau der freien Arztwahl in Verbindung mit der Ausdehnung der Gewährung der Unterstutzungen an Familienangehörige, nicht dringender genug zu empfehlende Aufgaben, welche es allen Mitgliedern, speziell den älteren, wohl werth erscheinen lassen müssen im Interesse ihrer sowie ihrer Kollegen, die kleine Last eines Vertreters auf sich zu nehmen. Da die Wahlen nach dem Geheße geheime sein müssen, ist es dringend nötig, daß die Mitglieder sich zu der am 28. d. stattfindenden Vorversammlung zum Zwecke der Aufstellung der Kandidaten recht zahlreich einfänden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Brief-Adresse oder eine Postansage) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

G. N. 93. Sie haben schon gehört — und als Genosse hätten Sie es von selbst wissen müssen — daß an dem Zentralorgan der Sozialdemokratie „bürgerliche“ — d. h. die Interessen der Bourgeoisie vertretende — Schriftsteller nicht als Mitarbeiter angestellt sind. Unter „Mitarbeiter“ verstehen wir natürlich nicht solche Personen, die aus dem Publikum an uns schreiben, oder uns einfach Nachrichten schicken, ohne zu unseren regelmäßigen Berichtstattern zu gehören, — und natürlich auch nicht solche, die durch nicht für uns bestimmte, aber von uns veröffentlichte Briefe oder sonstige Auslassungen unfreiwillige Mitarbeiter sind, und die eine sehr gemischte Gesellschaft bilden. Wer Ihnen etwas Anderes gesagt hat, hat gesagt, was nicht wahr ist. Wären Sie Mitglied der organisierten Partei, — was Sie leider nicht sind — so würden Sie durch die Prekommission und sonst reichlich Gelegenheit gehabt haben, sich von der Haltlosigkeit Ihrer Vermutungen zu überzeugen. Werden Sie Mitglied der organisierten Partei, und unterrichten Sie sich über die Verhältnisse des „Vorwärts“ — das ist der gute Rath, den wir Ihnen zum Schluß geben.

P. W. N. 7. Der „Nordpol“ ist immer noch nicht entdeckt.

H. M., F. L., P. Bohnstraße, S. G. 76, 100, H. L., S. G.: Kommen Sie gelegentlich in die Sprechstunde.

H. K. Anmeldung ist nicht erforderlich, Vorsicht bei Statutenabfassung aber gerathen, damit die Kasse nicht als „Versicherungsverein“ von der Polizei und dergleichen Organen behandelt werde.

G. N. 22. Nach zutreffender Ansicht steht vierzehntägige Kündigungsfrist beziehentlich Entschädigungsanspruch Ihnen zu. **Novawald.** Weil die Post dafür besondere Beilagengebühren berechnet.

J. M. Einwendungen wie die Ihrige halten wir für inopportun. Die Sache ist doch in Ihrem Sinne erledigt. Woju den Quart breittreten.

Renatus. Natürlich schon längst vergeben.

Vorstand des Frauen-Bildungsvereins. Wir sind der Meinung, daß, nachdem beide Theile zu Worte kamen, die Polemik damit für uns erledigt ist.

Verwandter 45/46. Wohnt Landbergerstr. 62.

S. J. Berlin ohne die Vororte hat 1715 000 Einwohner. 57, 1863. 1. Ist zweifelhaft. 2. Ja. 3. Ja. Sprechen Sie doch in eiligen Fällen lieber in der Sprechstunde vor.

Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Am Sonnabend, den 3. November d. J.:
Große öffentl. Mitglieder-Versammlung
in den Armii-Hallen, Kommandantenstr. 20.

1. Aufstellung der Kandidatenliste zu der Delegirtenwahl. 2. Verschiedenes.
Am Sonnabend, den 10. November,
findet in demselben Lokal die definitive

Wahl der Delegirten der Arbeitnehmer
nach § 48 unseres Statuts statt.
Wählbar und wahlberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind (§ 48 unseres Statuts).

Am Sonntag, den 11. November,
findet die **Wahl der Delegirten der Arbeitgeber** in demselben Lokal statt
definitive Wahl der Delegirten der Arbeitgeber (§ 48 unseres Statuts).

Der Vorstand.
J. A.: W. Erdmann, Vorsitzender. R. Dittbornor, Schriftführer.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (S. S. 86, Hamburg.)

Die Mitglieder-Versammlungen sämtlicher Ortsverwaltungen finden am Sonntag, den 28. Oktober, Vormittags 10^{1/2} Uhr, statt.

Verwaltung A: bei Krone, Mantuffelstraße 29.
B: bei Hoffmann, Reichsbergerstr. 16.
C: bei Grube, Mariendorferstr. 5.
D: bei Wornau, Rosenhaldenstr. 57. 109/20

3. Vorstandwahl. 4. Besprechung über die am 2. Dezember zu Hamburg stattfindende außerordentliche Generalversammlung eventuell Delegirtenwahl. 5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen, wo jeden Sonnabend, Abends 8—10 Uhr, Beiträge entgegen und neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, sind:
Verwaltung A: Kohl, Raunynstr. 78 und Meier, Langestr. 55.
B: Hoffmann, Reichsbergerstr. 16 u. Krause, Stalitzerstr. 65.
C: Grube, Mariendorferstr. 5 und Lenz, Alte Jakobstr. 69.
D: Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27 u. Klantsch, Georgenkirchstraße 25.
Die Ortsverwaltungen.

Verband der Möbelpolierer von Berlin und Umgegend.

Morgen, Sonntag, Nachm. 2 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20:
General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes, der Kassier, der Kommission, vom Arbeitsnachweis u. s. w. 2. Neuwahl des Vorstandes sowie Bestätigung der Bevollmächtigten und Kassier, Erwahlung für die Fachkommission. 3. Anträge. 4. Verbandsangelegenheiten u.
5. Ausgabe des Statuten-Nachtrages. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Alle Mitglieder der Zahlstellen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Nach der Versammlung: **Botsamensein mit Damen.**
Montag, den 29. Oktober, Abends 8 Uhr, in Rixdorf, Hermannstr. 118 bei Babenschneider: **Versammlung der Zahlstelle Rixdorf.**
Der Vorstand.
199/16

Orts-Krankenkasse des Gewerbes der

Lackierer
zu Berlin.

Sonnabend, den 3. November 1894,
Abends punkt 8^{1/2} Uhr,
bei H. S. i. g., Neue Friedrichstr. 44:
Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Wahl für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 12 des Statuts.
4. Stellungnahme zum Verbands der Orts-Kassen mit freier Arztwahl.
5. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ersucht um zahlreiches und pünktliches Erscheinen 162/7

Der Vorstand.
J. S.: G. Müller, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Ortliche Verwaltung Berlin F.
Montag, den 29. d. M., Abds. 8^{1/2} Uhr,
bei Herrn Häbner, Ewinemünderstr. 35:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Wahl eines Beitragsammlers.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
236/2 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler.

(Eingelchr. Hilfsstoffe 3.)
Ortliche Verwaltung Berlin G.
Mitglieder-Versammlung
am Montag, den 29. Oktober cr.,
Abends 8 Uhr, im Lokal von Wilke,
Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.
Die Sprechstunden finden an diesem Abend nicht statt. 237/8

Der Vorstand.
Jeden Sonnabend: **Gr. Gänse-Ausspielen** a. b. Billard. Kleines Vereinszimmer zu vergeben. 398/5
Emil Häbner, Stalitzerstr. 126.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.

Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 28. Oktober, Nachm. 5 Uhr, Lindenstr. 106 bei Zubeil:
Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht über die entstandenen Differenzen mit dem Birthe der Arminii-Hallen. 2. Vierteljährlicher Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.
Zur Beachtung! Das für den 27. Oktober angekündigte Kränzchen findet nicht Arminii-Hallen, sondern am 10. November bei Busz, Gr. Frankfurterstraße 65 statt.
Der Vorstand.
J. A.: H. Holz, Rulandstr. 21.

Allgemeiner Deutscher Tapezierer-Verein (Filiale Berlin).

Montag, 29. Oktober, Abends 8^{1/2} Uhr, bei Freygang, Schäferstr. 18—19:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Fragekasten.
Mitgliedsbuch legitimirt und ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Wiederverkäufer gesucht!

Verlag von E. Salzer in Heilbronn:
Pestalozzi's Ideen über Arbeiterbildung und soziale Frage.

Von Dr. Paul Natorp, Prof. der Philos. an der Universität Marburg.
Preis 40 Pf.

Louisenstädtisches Klubhaus

16. Annenstrasse 16.
Inhaber: **Bernhard Schneider** (früher Louis Ehrenberg) empfiehlt allen Freunden und Bekannten seinen

Saal für Festlichkeiten, Vereine und öffentliche Versammlungen, ca. 250 Personen fassend, sowie mehrere Vereinszimmer.
Jeden Sonntag und Donnerstag öffentlicher Tanz.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit; Franz. Billard.
Ausschank der Schloßbrauerei Fürstenwalde.
ff. Grätzer- und Weissbier. 900L*

Verkehrskontal und Arbeitsnachweis mehrerer Gewerkschaften. Circa 60 politische und Fachzeitungen liegen aus. — Telephon-Amt IV No. 1116.

Weiß- u. Bairisch-Bierlokal von Fritz Zubeil

Naunyn-Strasse 36
in Vertretung übernommen habe. 956L
Reinhold Streit, Tischler.

Durch **Auflösung** des Geschäfts findet Gesundbrunnen, **Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee**, ein **totaler Ausverkauf** des großen Lagers in fertigen

Herren- und Knaben-Garderoben,

sowie in Schlafrocken, Joppen und sämtlichen Arbeiter-Sachen

zur Hälfte des Selbstkostenpreises

statt, da der Laden bereits anderweitig vermietet, müssen die enormen Vorräte **baldigst** geräumt sein. Laden- sowie Gaseinrichtung stehen billig zum Verkauf.

9698*

Winter-Paletots
zu billigen aber festen Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Große Frankfurterstraße 139.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4495L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Pianino kauft Kube, Adalbertstr. 66.

Sohlroller hochfein. Verkauf. Straß-
funderstr. 30, Laden.

Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen

Feinste Likörmischung
Champagnerflasche **Mark 1,25**
Carl Mampe
Ukürfabrik Berlin, N. 28

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
mit eigener Werkstatt.
Große Auswahl in Nussbaum u. Mahagoni, sowie
großes Lager von Küchenmöbeln empfiehlt zu den
billigsten Preisen bei nur solider Ausführung [776L*]
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin S., Sebastianstraße Nr. 20 (früher 27/28).

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
gelangen die **Restbestände** meines seit 21 Jahren be-
stehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Leinenwaaren!

zu **spottbilligen** Preisen zum **Ausverkauf.**
Am Stadt-
bahnhof
Börse. **J. Brünn** Am Stadt-
bahnhof
Börse.

4. Hackescher Markt 4.

Jede Uhr

5466*L

zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gut-
gehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene
Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine,
von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Staat
Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.
Uhrmacher. Chausseestr. 78.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher
in **Essen** werden jetzt, außer in den bekannten
Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Belleallianestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten
Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche
Einkäufe zu unterstützen. 786L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Otto Eleser, Uhrmacher (Fachmann), Rannysstr. 15.
wohnt jetzt wieder
Nur **1 Mark** kostet die Reinigung jeder Uhr. Bei allen
Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.
Lager und Reparaturwerkstatt für Uhren, Musikwerke, Gold-
waaren und optische Gegenstände. Auf das Einschleifen
von Brillengläsern kann gewartet werden.



Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsstr. 59, vorn l., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit vertieft gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.
Teilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sopha 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Nussbaum-Arbeitsstühle 80, Stühle
3 Mark, hochfeine Muschelständer 15
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Cylinderbüreau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Panee-
sopha 75, Buffets, Trumeaus 65 M.,
Betten, Coulisentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Großpreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbelmagazin Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
können bis Januar kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

Grosse Auswahl
Damen-Mäntel
eigener Fabrik, neueste Façons,
enorm billig.

Regen-Paletot, anschließend
und lose, aus besten engl. Stoffen,
dicke, neueste Façons, 10 M.,
12 M., 15 M.
Regen-Paletot mit abzu-
nehmender Pelzine, mit u. ohne
Capuchon, 12, 15, 20 M.
Regen-Mäntel mit hohen-
sollem-Pelzine, mit u. ohne
Capuchon u. reicher Applikations-
stickerei, 18, 20, 25 M.
Sachsisch-Mäntel in größter
Auswahl, 10, 12 u. 15 M.
Golf Cape (Herbst-Umhang)
leichte Neuheit,
in leichten, warmen Stoffen.
Große Farben-Auswahl, 7,50,
9, 12, 15 u. 20 M.
Jaquets für Herbst u. Winter,
sehr dicke Façons in
den neuesten Farben u. Stoffen,
9 M., 10 M., 12 M., 15 M.
Plüsch-Jaquets 30 u. 40 M.
Plüsch-Capes und **Fragen**,
sehr engl. Façon, 30, 40,
50 Mark. 929L*
Mäntel-Fabrik
Sielmann & Rosenberg
Berlin, Kommandantenstr.,
Ecke Lindenstraße.

37 Als anerkannt reelle und
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren (Eg. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Möbel-Tischlerei u. Lager

Polster- und Dekorations-Werkstatt

6482

August Herold, Tischlermeister

83/84 Oranienstr. 83/84 **Berlin NW.,** 83/84 Oranienstr. 83/84
zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.

Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.
Verkauf nur gegen **Cassa** ohne Zwischenhandel zu Werkstattpreisen.

Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Illustrierte Musterbücher kostenfrei.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 260—3000 M.

Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.

Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe,
Schneidermeister, Oranienstr. 204.

fertig und nach Maß. — Garantie für tadellosen Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. — Billigste, feste Preise. 9828*

Möbeltischlerei und Lager

647L*

A. Schulz, Tischlermeister,

5 Reichenberger-
Strasse 5,
gegründet 1878.

empfehle sein enorm
großes Lager in
Mahagoni- u. Nus-
baum-Möbel, sowie
Polsterwaaren eig.
Fabrik, zu billigen
Preisen. Garantie
für dauerh. Arbeit.



Harmonikas

mit **Uhrfeder-Stahlbläsen** und echtem **Federball**
mit **Stahlzungen** sind die **haltbarsten** und daher
die **billigsten** der Welt. **2 Jahre Garantie.**
Preislisten gratis und franko. 1782R

A. Müller's Harmonikafabrik, Hannover.



Streng reelle Bedienung!

Herren- u. Knaben-Garderoben.

Größtes fertiges Lager der Luisenstadt.

**M. Schulmeister, Schneidermstr., Dresdenerstr. 4, Kottbuser-
thor,**

empfehle zur
Saison sein reich sortirtes Lager zu **außergewöhnlichen billigen Preisen!**
Bestellungen nach Maß von deutschen, englischen und französischen Stoffen werden in **eigener**
Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung **billig** und **gut** schnell angefertigt.

Begründung des Geschäfts 1878.

In **Roh-
Tabaken**
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
**!! billigster
Einkauf!!**

W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Martin Klein,
Uhrmacher, 5464L*
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten
Wand- und Taschen-Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen

Freie Volksbühne.

Zur Ergänzung der Abteilungen bis 1100 Mitglieder liegen einige Karten in folgenden Zahlstellen aus:
 Karten II. Abteilung: Frau Niemeyer, Weberstr. 19.
 III. " Ang. Hintz, Panfstr. 14a; E. Arndt, Staliger-
 Straße 107; Max Rothe, Koppenstr. 90.
 IV. " H. Winkelmann, Adersstraße 158; Alex. Ochs,
 Lindenstr. 59; H. Baako, City-Passage.
 V. " W. Eßner, Ritterstr. 15; G. Schulz, Admiral-
 straße 40a; Alb. Böttger, Jossenerstr. 21.

Sonntag, den 28. Oktober, Nachmittags 2^{1/2} Uhr,
 II. Serie IV. Abteilung im „National-Theater“:
Der Biberpelz.

Mitglieder zur VII. Abteilung werden in
 allen Zahlstellen aufgenommen.
 Die nächste Vorstellung der VII. Abteilung findet am Sonn-
 tag, den 18. November, statt.

Spielplan für den Monat November.

II. Serie (Nationaltheater).

147. Vorstellung Sonntag, den 4. November, V. Abteilung.
 149. " " " 11. " VI. "
 151. " " " 18. " VII. "

Zur Aufführung gelangt:

Der Biberpelz.

Mitwirkende: Dir. Max Löwenfeld. Dir. M. Samst. Gustav Schwabe.
 Mathilde Buchwald.

III. Serie (Lessing-Theater).

148. Vorstellung Sonntag, den 4. November, I. Abteilung.
 150. " " " 11. " II. "
 152. " " " 18. " III. "

Zur Aufführung gelangt:

Die Stützen der Gesellschaft.

Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Deutsch von E. Klingensfeld.
 Mitwirkende: Damen: Marg. Höcker. Marie Reisenhofer. Milly Riska.
 Herren: Kober. Retty. Sauer. Suske. Vorwerk. Waldow. Wehrlin.
 Beginn der Vorstellungen 1^{1/2} Uhr, der Vorstellungen 2^{1/2} Uhr.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 274/19 J. H.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Treptow und Umgegend.

Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 4^{1/2} Uhr, im Restaurant zum Karpenteich
 (Inhaber: Otto):

Öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag, Referent G. Wagner. 2. Diskussion.
 3. Sozialfrage in Treptow. 4. Bericht über den 25. 255/5
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
 Die Genossen des 4. Kreises (Südost) sind besonders verpflichtet
 in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einborster.



Solidarität!
 Arbeiter! Nur Hüte,
 welche nebenstehende Marke
 unter dem Schweißleder tragen,
 bieten Garantie, daß den
 Verfertigmern gerechtes Lohn
 wurde!
 Kauft nur Hüte
 mit dieser Marke!

In folgenden
 Geschäften sind
Hüte
 mit
Kontroll-
marke
 zu haben.

- H. Aertsens, Prinzenstr. 28.
- O. Arnold, Dresdenerstr. 116.
- F. Antoni, Chausseestr. 60.
- Rud. Beisse, Chausseestr. 70.
- W. Bracklow, Schönhauser Allee 29.
- O. Böttcher, Landsbergerstr. 113.
- E. Dittmer, Adersstr. 68a.
- G. Dunsing Nachh., Dresdenerstr. 6.
- Max Eckard, Alexanderstr. 16, Oranien-
 straße 57, Kommandantenstr. 20,
 Spittelmarkt 13, Alexanderstr. 1.
- A. Fuchs, Mantuffelstr. 35/36.
- O. Gerholdt, Dresdenerstr. 2.
- E. Grünbaum, Badstr. 44.
- Th. Gerlach, Lindenstr. 89.
- G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130.
- H. Giraabock, Ruppinerstr. 4.
- Ph. Haase, Reinickendorferstr. 64.
- R. Haase, Kastanien-Allee 36.
- P. B. Hansen, Münchebergerstraße 26,
 Beusselstr. 18.
- A. Holtze, Rummelsburg,
 Schillerstr. 11.
- O. Jörs Nachh., Panfstr. 5a.
- J. Kock, Kastanien-Allee 80.
- W. Klem, Bernauerstr. 108.
- G. Kuako, Adersstr. 24.
- G. Köpke, Prinzenstr. 60.
- Ph. Krull, Zionskirchstr. 55.

- L. F. Koschel, Charlottenburg,
 Sophie-Charlottenstr. 27.
- Arnold Lange, Brunnstr. 181.
- A. Lemaitre, Wilmerstraße.
- H. Meissner, Neue Höfstr. 43.
- J. C. Otto, Chausseestr. 22.
- M. Polvogt, Gleditschstraße Nr. 52, am
 Winterfeldt-Platz.
- E. Rieck, Badstr. 64.
- W. Rother, Arndtstr. 31.
- E. Radloff, Charlottenburg,
 Berlinerstraße 50.
- H. J. Stoboy, Oranienstr. 170.
- Carl Stark, Neue Königstr. 73.
- Carl Scholz, Hochmeisterstraße 6.
- G. Schaudt, Reichensee, Lang-
 handstraße 71.
- A. Schumann, Gerichtstr. 20.
- W. Wolff, Ballstraße 62, Ecke Neue
 Köpkestraße.
- C. Wolter, Zionskirchplatz 2.
- Rud. Wegener, Moabit, Stromstr. 59.
- A. Wittenbecher, Adersstr. 4.
- W. Zapel, Staligerstr. 131.
- A. Zechelius, Mantuffelstr. 17.
- Oskar Liscow, Oranienstr. 147a.
- Jean C. Klinge, Göpenick, Grün-
 straße 34.
- A. Grassert, Rummelsburg,
 Zährschmidtstr. 2a.

Es ist immer nach der Marke zu fragen, das Ein-
 kleben derselben beim Kauf ist Betrug.

Die Kommission.

J. H.: C. Kempe, Weinstraße Nr. 12.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
 Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Büch-
 ermöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Köpckestr. 25.

Th. Sabor,
 Oranienstraße Nr. 204, zwischen Heinrichsplatz
 und Mantuffelstraße,
 empfiehlt sein reichsortirtes Lager in
Damen- und Kinderhüten
 garnirt und ungnarnirt zu außerordentlich billigen Preisen.

Adhtung! Adhtung! Adhtung!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Infolge der Reorganisation des Wahlvereins werden die Mitglieder dringend
 gebeten, die Umschreibung der alten Bücher in nachstehend bezeichneten Zahlstellen
 schleunigst bewirken zu wollen. Die Zahlabende finden jeden Sonnabend von 8 Uhr
 ab statt.

Görlitzer Viertel.

- Stadtbezirk 63 bei Pätzsch, Adalbertstr. 62.
 Kassirer: Möller.
- Stadtbezirk 64 bei Zubeil, Raunynstr. 86.
 Kassirer: Strell.
- Stadtbezirk 66 bei Schmidt, Adalbertstr. 16.
 Kassirer: Schulze.
- Stadtbezirk 68 bei Breyer, Reichenbergerstr. 170.
 Kassirer: Kobl.
- Stadtbezirk 69 bei Breitenfeld, Staligerstr. 117.
 Kassirer: Traczyk.
- Stadtbezirk 90 bei Weiland, Reichenbergerstr. 160.
 Kassirer: Weisse.
- Stadtbezirk 91 bei Gumlich, Reichenbergerstr. 149.
 Kassirer: Thiel.
- Stadtbezirk 92 bei Fürstenau, Reichenbergerstr. 89.
 Kassirer: Voigt.
- Stadtbezirk 93 bei Scheyer, Reichenbergerstr. 54.
 Kassirer: Behm.
- Stadtbezirk 94 bei Bieberstein, Raunynstr. 2.
 Kassirer: Scharf.
- Stadtbezirk 110 bei Fechner, Bienerstr. 50.
 Kassirer: Buchholz.
- Stadtbezirk 111 bei Goltz, Grünauerstr. 3.
 Kassirer: Lohse.
- Stadtbezirk 112a bei Dierberg, Forsterstr. 17.
 Kassirer: Rehnisch.
- Stadtbezirk 112b bei Spindler, Reichenbergerstr. 118.
 Kassirer: Köppen.
- Stadtbezirk 113 bei Seldler, Statiborstr. 16.
 Kassirer: Schütze.
- Stadtbezirk 95 bei Zubeil, Raunynstr. 86.
 Kassirer: Schabring.
- Stadtbezirk 85 bei T. Tyra, Oranienstr. 4.
 Kassirer: Gerdsdorf.

Köpnicker Viertel u.

- Stadtbezirk 96 bei Ulrich, Waldemarstr. 75.
 Kassirer: Baberske.
- Stadtbezirk 97 bei Neumann, Mariannenstr. 53.
 Kassirer: E. Voigt.
- Stadtbezirk 98 bei Denner, Mantuffelstr. 19.
 Kassirer: P. Treptow.
- Stadtbezirk 99 bei Petit-Jean, Brangelstr. 4.
 Kassirer: Poppel.
- Stadtbezirk 100 bei Köppen, Köpnickerstr. 20a.
 Kassirer: Menzel.
- Stadtbezirk 101 bei Schilling, Pückerstr. 55b.
 Kassirer: Zimmermann.
- Stadtbezirk 102 bei Manzey, Brangelstr. 124.
 Kassirer: Westphal.
- Stadtbezirk 103 bei Manzey, Brangelstr. 124.
 Kassirer: Westphal.
- Stadtbezirk 104 bei Carl Scholz, Brangelstr. 82, in der
 Wohnung.
- Stadtbezirk 105 bei Maass, Zeughofstr. 6.
 Kassirer: Philipp.
- Stadtbezirk 106 bei Trittelwitz, Faldensteinstr. 7.
 Kassirer: Bauer.
- Stadtbezirk 107a bei Redanz, Brangelstr. 84.
 Kassirer: Bahlke.
- Stadtbezirk 107b bei Pank, Schleißerstr. 38.
 Kassirer: Degener.
- Stadtbezirk 108 bei Tolksdorf, Görlitzer- und Sorauer-
 straßen-Ecke.
 Kassirer: Klawitter.
- Stadtbezirk 109 bei Hubrich, Rübenerstr. 22.
 Kassirer: Wenzel.

Raffenlokale der Bezirke im Osten:

- Stadtbezirk 145 bei Homuth, Ballnertheaterstr. 20.
 Kassirer: Ibscher.
- Stadtbezirk 146 bei Köpnick, Schillingstr. 30a.
 Kassirer: Lorenz.
- Stadtbezirk 147 bei Kleinau, Blumenstr. 52a.
 Kassirer: Wollschläger.
- Stadtbezirk 148 bei Köpnick, Schillingstr. 30a.
 Kassirer: Zastrow.
- Stadtbezirk 149 bei Wagner, Holzmarktstr. 49.
 Kassirer: Wiedekopf.
- Stadtbezirk 150 bei Spiekermann, Marckstr. 6.
 Kassirer: Breitbarth.

In den vorstehend bezeichneten Lokalen werden auch regelmäßig neue Mitglieder
 aufgenommen und bittet zu diesem Zweck um rege Agitation **Der Vorstand.**

Ausschank der Brauerei Pichelsdorf. **Fritz Zubeil** **Ausschank der Brauerei Pichelsdorf.**
106 Lindenstr. 106 (vis-à-vis der Nonenburgerstrasse)
 (früher Raunynstraße 86)
 empfiehlt den Parteigenossen, sowie allen Freunden und Bekannten nebst
 deren Familien sein **neueröffnetes**
Weiss- u. Bairisch-Bierlokal
 nebst schönem Naturgarten sowie Saal (ca. 300 Personen fassend)
 zu öffentlichen Versammlungen, für Vereine und Festlichkeiten.
 Mehrere Vereinszimmer mit Pianinos, 2 franz. Billards u. Regel-
 bahnen. Mittagstisch sowie Speisen à la carte zu jeder Tageszeit zu
 soliden Preisen. — „Wiener Arbeiter-Zeitung“ und sonstige politische
 und Fachzeitungen liegen aus. Fernsprecher Amt IV. No. 1399.

Sonntags- Hosen
 Werktags- Engl. Leder- von 1,50 an
 in großer Auswahl zu billigen, festen
 Preisen empf. Julius Lindbaum,
 Grosse Frankfurterstrasse 139.

Wo speisen Sie?
 In der Pom-
 merischen Küche
Oranienstr. 181
 bei G. Buckow.
 Mittag mit Bier
 50 Pf., Frühstück u.
 Abendessen (für 50
 bis 50 Pf.) große Auswahl. 601 L.
Rein Ringbier.
 Zimmer mit Piano zu vergeben.

Fest-Saal mit Bühne
 Brunnenstr. 188
 (500 Personen) zu Versammlungen
 und Festlichkeiten noch einige Tage frei.
 In Vertretung: **W. Gröndel.**
A. Specht, Markgraf-
Saal und Vereinszimmer.
Ringfreies Bier!

Evora-Bräu
 Fürth-Nürnberg,
 in vorzügl. Qualität empfiehlt in Ge-
 binden von 17 Litern an, auch in
 Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
 Telephon Amt III Nr. 404.
Vereinszimmer,
C. Meckelmann, auch als Zahlstelle
 zu vergeben. Garten-
 straße 165.

Empfehle nach wie vor meinen
 fröhlichen Frühstücks- Mittags- und
 Abendtisch. 9932
Ausschank vom
Mündy. Branhaus,
 sowie N. Weiß- und Gräber-Bier
 Jeden Mittwoch Gänse- Aus-
 speisen auf dem Billard, wozu
 ergebens einladet
J. Jablonsky, Raunynstr. 37
 Gr. Vereinszimmer Neue Höfstr. 49